



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

FORSCHUNGSBERICHT

538

Einordnung gesellschaftspolitischer Debatten zur sozialen Ungleichheit

Dezember 2019

ISSN 0174-4992

Einordnung gesellschaftspolitischer Debatten zur sozialen Ungleichheit

Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)
Universität Duisburg-Essen
47048 Duisburg



Prof. Dr. Martin Brussig
Prof. Dr. Ute Klammer
Philipp Langer

unter Mitarbeit von Margard Ody, Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Duisburg, 15.05.2019 / 25.07.2019

Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den Auftragnehmern in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen.

Kurzbeschreibung

Die vorliegende Kurzexpertise analysiert Daten und Debatten zur sozialen Ungleichheit in Deutschland und darauf bezogene Einstellungen und insbesondere die Erwartungen an sozialstaatliches Handeln. Ziel ist es, eine Übersicht und systematische Auswertung demoskopischer und sozialwissenschaftlicher Umfragen und Studien hinsichtlich der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und ihren Ursachen sowie damit gegebenenfalls verbundenen Erwartungen an Sozialpolitik zu leisten.

Das Risiko arm zu sein ist seit 2005 relativ konstant geblieben, allerdings sind einige Bevölkerungsgruppen davon besonders betroffen. Erwerbstätigkeit stellt den zentralen Faktor zur Verhinderung von Armut dar. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird durch sozialstaatliche Umverteilung begrenzt. Vorliegende Umfragen und Studien weisen durchweg auf ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in Bezug auf die Einkommensverteilung hin. Zugleich zeigen die datenbasierten Befunde aus der Forschung, dass die Wahrnehmung der eigenen Situation und die Wahrnehmung der allgemeinen Lage häufig auseinanderfallen. In den Studien wird eine überwältigende Zustimmung für die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung deutlich, insbesondere in der Alters- und Krankenversicherung. Die vorliegenden Studien können keine kausalen Antworten darauf liefern, warum die wahrgenommene Ungleichheit nicht mit der tatsächlichen Verteilungssituation übereinstimmt.

Abstract

This paper analyzes data and debates on social inequality and related attitudes in Germany and in particular the expectations of citizens towards the welfare state. The aim of the paper is to provide an overview and systematic evaluation of demographic and socio-scientific surveys and studies with regard to attitudes to social inequality and their causes as well as associated expectations of social policy.

The risk of being poor has remained relatively constant since 2005, although some of the population groups are particularly affected. Employment is the central factor in preventing poverty. The inequality of income distribution is contained by social welfare redistribution. Existing surveys and studies consistently point to a high sense of injustice among the population in terms of income distribution. At the same time, the data-based findings from research show that the perception of one's own situation and the perception of the general situation often fall apart. The studies show overwhelming approval for state responsibility for social protection, especially in old-age and health insurance. The present studies cannot provide any causal answers to why the perceived inequality does not match the actual distribution situation.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
1. Einleitung	15
1.1 Ziel der Kurzexpertise	15
1.2 Vorgehen und Aufbau der Kurzexpertise	15
2. Zur Entwicklung der Ungleichheit	17
2.1 Einleitung	17
2.2 Kennziffern und Daten zur Entwicklung sozialer Ungleichheit	17
2.2.1 Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit	17
2.2.2 Verteilungswirkungen des Sozialstaats	22
2.2.3 Entwicklung der Arbeitsmarktteilhabe	23
2.2.4 Entwicklung der sozialen Mobilität	25
2.3 Deutungen zur Entwicklung der Ungleichheit	27
2.3.1 Armuts- und Verteilungsberichte von WSI, DGB und Paritätischem Gesamtverband: Armut bis in die Mitte der Gesellschaft?	27
2.3.2 Gibt es einen „Niedergangsdiskurs“?	31
2.4 Zwischenfazit	32
3. Wahrnehmung von Ungleichheit	34
3.1 Einleitung	34
3.2 Einschätzungen der Bevölkerung zum Ausmaß sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit	34
3.3 Ursachen und Folgen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit	36
3.4 Zeitliche Entwicklungen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit	38

3.5	Wahrnehmung sozialer Spannungen und Konflikte	39
3.6	Einschätzungen zum Stellenwert und den Ausprägungen von Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft	40
3.7	Zwischenfazit	41
4.	Wahrnehmung der persönlichen Situation	43
4.1	Einleitung	43
4.2	Die Einschätzungen der eigenen sozialen Teilhabe – Befunde und zeitliche Entwicklungen	43
4.3	Abstiegsängste und ihre Ursachen	46
4.4	Befunde zum Verhältnis von objektiver Situation und subjektiver Einschätzung	48
4.5	Gründe für wahrgenommene Teilhabeprobleme	50
4.6	Befunde zu den Folgen gefühlter Ausgrenzung	51
4.7	Zwischenfazit	52
5.	Erwartungen an den Sozialstaat	53
5.1	Einleitung	53
5.2	Grundlegende Erwartungen an den Sozialstaat	53
5.3	Einstellungen zur Umverteilung durch Besteuerung	56
5.4	Ausgewählte Handlungsfelder: Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung	58
5.5	Entwicklung der Erwartungen	60
5.6	Zwischenfazit	61
6.	Fazit	62
7.	Anhang: Vorgehen bei der Literaturrecherche	63
	Literaturverzeichnis	64

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der Armutsrisikoquote und des Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung, 1995 - 2014	20
Abbildung 2:	Einschätzung der eigenen sozialen Teilhabe in Westdeutschland und Ostdeutschland, 1980 - 2016	44
Abbildung 3:	Prekaritäten-Ressourcen-Modell des Inklusionsempfindens	49
Abbildung 4:	Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung 1991 bis 2014, in Prozent	54

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
ALG II	Arbeitslosengeld II
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
Ausschuss.-Drs.	Ausschuss-Drucksache
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BSJO-Skala	Basic Social Justice Orientations Scale
c.p.	ceteris paribus
CAPI	Computer assisted personal interview
CATI	Computer assisted telephone interview
DEAS	Deutscher Alterssurvey
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Ebda.	ebenda
et al.	et alii (und andere Autor_innen)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
f., ff.	folgende, fortfolgende (Seiten)
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAQ	Institut Arbeit und Qualifikation
IAW	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung
ISJP	International Social Justice Project
ISSP	International Social Survey Programme
LINOS-Studie	Legitimation of INequality Over the life-Span
NDR	Norddeutscher Rundfunk
PRE-Modell	Prekaritäten-Ressourcen-Modell
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
u.a.	unter anderem
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung
ZEW	Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

Zusammenfassung

Die vorliegende **Kurzexpertise analysiert Daten und Debatten zur sozialen Ungleichheit in Deutschland und darauf bezogene Einstellungen und insbesondere die Erwartungen an sozialstaatliches Handeln**. Ziel ist es, eine Übersicht und systematische Auswertung demoskopischer und sozialwissenschaftlicher Umfragen und Studien hinsichtlich der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und ihren Ursachen sowie damit gegebenenfalls verbundenen Erwartungen an Sozialpolitik zu leisten.

Die **Betrachtung der sozialen Ungleichheit auf der Basis vorliegender Daten** (insbesondere aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung) belegt, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland ungleich verteilt sind. Die Einkommensverteilung ist zwar seit 2005 konstant, zu Beginn der letzten Dekade, d.h. zu Beginn des 21. Jahrhunderts, waren die Einkommen insgesamt jedoch deutlich gleichmäßiger verteilt. Die Entwicklung unterscheidet sich nach Einkommensgruppen, so gingen die Löhne in den unteren Einkommensdezilen real zurück. Beim Vermögen zeigt sich eine noch stärkere Ungleichheit der Verteilung. So besitzt das oberste Dezil der Haushalte über 50 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die untere Hälfte der Einkommensverteilung zusammen nur über rund 1 Prozent der Vermögen verfügt. Seit dem Ende der 1990er Jahre ist der Vermögensabstand zwischen diesen Gruppen deutlich angewachsen.

Das Risiko arm zu sein ist zuletzt über einen längeren Zeitraum relativ konstant geblieben, allerdings sind einige Bevölkerungsgruppen davon besonders betroffen. Insbesondere Arbeitslose und Alleinerziehende zählen zu den Risikogruppen. Diese beiden Gruppen sind auch überdurchschnittlich von (erheblicher) materieller Deprivation betroffen, welche allerdings seit 2008 für beide Gruppen deutlich zurückgegangen ist.

Erwerbstätigkeit stellt den zentralen Faktor zur Verhinderung von Armut dar. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in Deutschland seit 2006 deutlich zugenommen. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist kontinuierlich zurückgegangen, während bei Langzeitarbeitslosigkeit eher eine Verfestigung auszumachen war, bevor Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeiterwerbslosigkeit seit 2016 wieder deutlich gesunken sind. Allerdings schützt auch Erwerbstätigkeit nicht immer vor geringem Einkommen und Armut. So führen die Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung sowie atypischen Beschäftigungsformen dazu, dass die Armutsrisikoquote von Erwerbstätigen seit Anfang des letzten Jahrzehnts deutlich angestiegen und besonders hoch bei Alleinerziehenden ist. Die Einführung des Mindestlohns konnte den Anteil der Personen im Niedriglohnbereich bisher nicht signifikant reduzieren, sondern lediglich den Abstand zur Niedriglohnschwelle (Niedriglohnlücke) verringern. Ein deutlicher Anstieg war in der letzten Dekade auch bei der atypischen Beschäftigung auszumachen. Diese ist zwar nicht gleichzusetzen mit prekärer Arbeit, dennoch zeigen Analysen, dass das Gehalt von atypisch Beschäftigten häufiger im Niedriglohnbereich liegt als das Gehalt von Normalbeschäftigten. Dementsprechend weisen Personen in atypischer Beschäftigung auch ein deutlich höheres Armutsrisiko auf als Personen in Normalarbeitsverhältnissen.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird durch sozialstaatliche Umverteilung begrenzt. Insbesondere bei Arbeitslosen und Alleinerziehenden sowie Kindern und jungen Erwachsenen bis 24 Jahre wird die Armutsgefährdung durch das Steuer- und Transfersystem deutlich reduziert. Trotz der steigenden bzw. hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit hat die Umverteilungswirkung durch das Steuersystem jedoch abgenommen. Zurückgeführt wird dies vor allem auf die Entlastungen bei den direkten Steuern und auf den quantitativen Bedeutungszuwachs von indirekten Steuern.

Zur Reduzierung der sozialen Ungleichheit sind Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft von Bedeutung. Analysen zur sozialen Mobilität zeigen, dass die Bildungsvoraussetzungen und der Erwerbsstatus im Elternhaus zentrale Einflussfaktoren für den Bildungs- und Berufsweg der Kinder sind. Darüber hinaus zeigen Analysen, dass die intergenerationalen Einflüsse im Bildungs- und

Berufsstatus weiterhin deutlich ausgeprägt sind. So kann zwar der Bildungs- und Berufsstatus der Eltern überwunden werden und der Übergang in die nächsthöhere Kategorie gelingen. Mobilitätssprünge von der unteren in hohe Kategorien sind allerdings selten.

In anderen Armuts- und Verteilungsberichten von politisch unabhängigen Akteuren, namentlich des DGB, des WSI sowie des Paritätischen Gesamtverbandes, werden im Wesentlichen die gleichen Daten wie in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung genutzt, diese aber sehr viel kritischer gedeutet. Es zeigt sich, dass die Betrachtung von objektiven Indikatoren zur Entwicklung von sozialer Ungleichheit mit erheblichen Kontroversen hinsichtlich der Dateninterpretation verbunden ist. Gerade vor diesem Hintergrund scheint die Betrachtung von individuellen Wahrnehmungen von Bürgerinnen und Bürgern und deren Erwartungen an den Sozialstaat wichtig, da sie sich nicht unmittelbar aus den objektivierbaren Daten zu Armut und Ungleichheit ergeben.

Mit Daten aus der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS, Wellen seit 1984), dem SOEP (Wellen seit 2009) und dem ISSP (Wellen seit 1987) liegen insgesamt umfangreiche Daten zur **Wahrnehmung und Beurteilung der Einkommensverteilung und sozialen Ungleichheit** vor, wenn auch die Daten in unterschiedlichen Abständen erhoben werden und vielfach keine lückenlosen Zeitreihen existieren, die präzise Aussagen über längerfristige Entwicklungen zulassen würden. Insgesamt weisen die vorliegenden Umfragen und Studien durchweg auf ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in Bezug auf die Einkommensverteilung hin. Zeitreihenuntersuchungen zeigen, dass Westdeutsche über die gesamte Periode 1991 - 2006 Deutschland als gerechter wahrnahmen als Ostdeutsche, dass jedoch die Diskrepanz in den Wahrnehmungen im Beobachtungszeitraum sank. Besonders in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts gab es in beiden Teilen Deutschlands einen Trend zur Wahrnehmung stärkerer Ungleichheit. Forschungsergebnisse aus diesem Zeitraum weisen zudem auf eine große Wahrnehmung von Konflikten zwischen Arm und Reich durch die Bevölkerung in Deutschland hin. Frauen nehmen den Daten zufolge die Konflikte stärker wahr als Männer und junge Menschen eher als alte, ebenso nehmen ärmere Menschen den Konflikt zwischen Armen und Reichen stärker wahr als reiche Menschen. Die Akzeptanzbereitschaft in Bezug auf soziale Ungleichheit ist dabei nicht nur von individuellen, sondern gleichzeitig von regionalen Faktoren bestimmt. Dabei wird Einkommensungleichheit von der Bevölkerung nicht per se abgelehnt. Gerechtigkeitsdefizite werden allerdings vor allem im Bereich niedriger Einkommen gesehen, die mehrheitlich als zu niedrig eingeschätzt werden – und zwar sowohl von Beziehern niedriger, wie auch höherer Einkommen. Auch zu hohe Einkommen werden als ungerecht angesehen, insofern der Mechanismus von Leistung und Gegenleistung – wie bei (zu) niedrigen Einkommen – hier als „außer Kraft gesetzt“ wahrgenommen wird.

Zugleich zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland faktisch sehr wenig über die tatsächliche Einkommensverteilung und soziale Schichtung in Deutschland wissen und auch ihre eigene Position nur schlecht einordnen können. Mehrere Studien weisen auf einen hohen Einfluss der medialen Berichterstattung auf die Einschätzung und Bewertung der (ungleichen) Einkommensverteilung durch die Bevölkerung hin.

Empfundene Einkommensungerechtigkeit wirkt sich negativ auf die subjektive Gesundheit wie auch die allgemeine Lebenszufriedenheit aus. Wahrgenommene Ungleichheit ist gekoppelt mit fehlendem Vertrauen in das Funktionieren des Arbeitsmarktes und kann zudem dazu führen, dass das Vertrauen in das ökonomische System schwindet. Mehrheitlich gehen die Menschen in Deutschland den vorliegenden Daten zufolge davon aus, dass die bestehende Ungleichheit längerfristig negative Folgen für die Wirtschaftsentwicklung haben wird.

Vorliegende Studien weisen darauf hin, dass mit der Wahrnehmung einer hohen Ungleichheit die Bindung an den allgemeinen Wertekonsens loser wird bzw. werden kann. Prekarisierung und die Sorge, hiervon betroffen zu sein, werden in der Forschung in Zusammenhang mit dem Aufstieg der

neuen Rechtsparteien gebracht. Die vorliegenden Daten belegen u.a., dass „Nichtwählen“ vor allem eine Frage der Einkommensklasse ist, der Menschen angehören.

Die datenbasierten Befunde aus der Forschung zeigen, dass die **Wahrnehmung der eigenen Situation** und die Wahrnehmung der allgemeinen Lage häufig auseinanderfallen. Insgesamt ist das Gefühl, persönlich sozial ausgegrenzt zu sein, in Deutschland weniger verbreitet als in vielen anderen europäischen Ländern. Dennoch sind wahrgenommene Ungerechtigkeiten und Defizite bezüglich der eigenen Situation aufgrund belegter gesellschaftlicher Folgen klar aus den Daten erkennbar. Es wird deutlich, dass Ausgrenzungsempfinden häufig im Zusammenhang mit sozialen Benachteiligungen steht, die arbeitsmarkt- und integrationspolitisch sowie wohlfahrtsstaatlich beeinflussbar sind: Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere in Verbindung mit niedriger Qualifikation, prekäre Erwerbsverhältnisse oder Krankheit können zu Perspektivlosigkeit führen. Zur Frage möglicher künftiger Auswirkungen der wahrgenommenen und kritisch beurteilten Ungleichheit können vorliegende Befragungsdaten nur begrenzt Auskunft geben. In der Forschung findet sich einerseits die Vermutung, dass die Zunahme kritischer Einstellungen zur Ungleichverteilung in den höheren Einkommensklassen zu einer höheren Zustimmung zu sozialstaatlicher Umverteilung und damit mehr Solidarität führen könnte, andererseits wird die Gefahr gesehen, dass Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen keinen gemeinsamen sozialen Raum mehr teilen und sich die Lebenswelten daher entkoppeln.

Die vorliegenden Studien zeigen eine überwältigende Zustimmung für die **Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung**, die in der Bevölkerung der Bundesrepublik seit der Vereinigung (1990) durchgängig bei mindestens 85 Prozent lag. Die Auffassung, dass der Staat zuständig dafür ist, grundlegende arbeitsmarktbezogene Risiken abzusichern, ist nach Handlungsfeldern abgestuft. Sie ist sehr hoch in der Alters- und Krankenversicherung, also bezogen auf das Risiko, aufgrund eines hohen Alters oder aufgrund von Krankheit nicht mehr arbeiten zu können. Sie ist demgegenüber schwächer ausgeprägt in der Grundsicherung.

Die demoskopischen Umfragen zeigen recht stabil weiterhin eine nur begrenzte Bereitschaft, neue Spielräume für die Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen zu erschließen. Abgelehnt werden Steuer- und Beitragserhöhungen, Staatsverschuldung und Leistungskürzungen. Noch am ehesten deutet sich eine Unterstützung für höhere Unternehmens- und Erbschaftssteuern bzw. für die Einführung einer Vermögenssteuer an.

Die Konstanz dieser Meinungen ist höher als es die öffentlichen Debatten erscheinen lassen. Zwar lässt sich über die 1990er Jahre und die Jahre bis 2010 eine leicht rückläufige Unterstützung für den Sozialstaat feststellen. Sie lag aber auch dann bei mindestens 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, in Ostdeutschland war sie stets höher. Seit etwa 2012 wird der Sozialstaat wieder stärker unterstützt. Die Zustimmung aus der westdeutschen Bevölkerung beläuft sich auf ca. 90 Prozent und hat damit wieder das Niveau vom Anfang der 1990er Jahre (früheste hier ausgewertete Studie) erreicht und sich im Übrigen dem Niveau in der ostdeutschen Bevölkerung angeglichen. Es liegt nahe, in dieser Entwicklung einen ursächlichen Zusammenhang zur Wahrnehmung der Ungleichheit in der Gesellschaft und langfristigen Trends in der Sozialpolitik zu vermuten: einer gewissen Akzeptanz von Sozialstaatsreformen in den 1990er Jahren, die Leistungskürzungen mit sich brachten, aber eine erneuerte Wertschätzung des Sozialstaates angesichts einer steigenden Ungleichheit, die zunehmend als übermäßig hoch bewertet wurde. Diese Schwankungen in der öffentlichen Meinung bewegen sich aber vor dem Hintergrund einer grundsätzlich sehr verbreiteten Zustimmung zur Zuständigkeit des Sozialstaates für die Absicherung von arbeitsmarktbezogenen Risiken.

Trotz der hohen Konstanz der Haltungen gegenüber dem Sozialstaat ist festzuhalten, dass für aktuelle Einschätzungen der **Zeitbezug der Daten**, auf die sich aktuelle Debatten stützen, wichtig ist. Das gleiche gilt für Aussagen zur Entwicklung der Ungleichheit, ihrer Wahrnehmung und Bewertung.

Wie die Auswertung der Studien gezeigt hat, hinken wissenschaftliche Veröffentlichungen den Erhebungszeitpunkten um mehrere Jahre hinterher. Ein Zeitverzug von sieben bis zehn Jahren ist nicht ungewöhnlich. Zwar gibt es insbesondere von den großen Umfrageinstituten Momentaufnahmen, doch diese Momentaufnahmen lassen sich schwerer in mittelfristige Entwicklungen einordnen und gehen selten über eine Beschreibung bivariater Zusammenhänge hinaus.

Die vorliegenden Studien können keine kausalen Antworten darauf liefern, warum die wahrgenommene Ungleichheit nicht mit der tatsächlichen Verteilungssituation übereinstimmt. Hier stellt sich die Forschungsfrage, wodurch sich Unterschiede in der wahrgenommenen Ungleichheit erklären lassen. Weitere **Forschungsbedarfe** zeigen sich u.a. bezüglich des Zusammenhangs von Ausgrenzungserfahrungen und Institutionenskepsis. Auch den Fragen, was als „gerechter Lohn“ angesehen wird und wie die Wahrnehmung der eigenen Situation vom jeweiligen sozialen Umfeld, aber auch von der Darstellung und Rezeption von Medienberichten abhängig und damit sozial konstruiert sind, wäre näher nachzugehen.

Politisch zu reflektieren sind die in wissenschaftlichen Studien nachgewiesenen Folgen des verbreiteten Gefühls, selbst zu schlecht für die eigene Arbeit entlohnt zu werden: neben einem Rückzug am Arbeitsplatz, der sich u.a. in verringerter Leistungsbereitschaft und Engagement äußert, wurde auch ein Rückzug aus der politischen Willensbildung (Stichwort Wahlbeteiligung) nachgewiesen. Selbst wenn die eigene Position nicht als ungerecht empfunden wird, führt die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung zu ähnlichen Reaktionen.

Bei der Konzeption politischer Maßnahmen ist allerdings das Ergebnis aus einer experimentellen Studie zu berücksichtigen, dem zufolge Expertenmeinung und Laienmeinung über Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten in der Sozialpolitik auseinanderklaffen. Ob deshalb eine bessere Vermittlung der Expertenpolitik in die Bevölkerung hinein oder bessere Formen der Bürgerbeteiligung an der Politikentwicklung (oder beides) erforderlich ist, lässt sich auf Grundlage dieser Kurzexpertise nicht beantworten.

Die Literaturrecherche hat gezeigt, dass das BMAS in den Jahren 2005 bis 2010 umfangreiche **Datenerhebungen und komplexe Auswertungen** zu den „Einstellungen im Sozialstaat“ gefördert hat. Mehrere Veröffentlichungen dieses Projektes sind in die vorliegende Kurzexpertise eingegangen. Eine Aktualisierung dieser Studien könnte sinnvoll sein, um die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Ungleichheit, ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung und den damit zusammenhängenden Erwartungen an den Sozialstaat auf eine robuste empirische Grundlage zu stellen.

1. Einleitung

1.1 Ziel der Kurzexpertise

Die vorliegende Kurzexpertise analysiert Daten und Debatten zur sozialen Ungleichheit in Deutschland und darauf bezogene Einstellungen und insbesondere die Erwartungen an sozialstaatliches Handeln. Ziel ist es, eine Übersicht und systematische Auswertung demoskopischer und sozialwissenschaftlicher Umfragen und Studien hinsichtlich der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und ihren Ursachen sowie damit gegebenenfalls verbundenen Erwartungen an Sozialpolitik zu leisten.

Im Einzelnen behandelt die Kurzexpertise die folgenden Themenkomplexe:

- Zur Einbettung der Thematik werden in einem Einstiegskapitel auf der Basis anerkannter Kennziffern **Daten und Fakten zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit, der individuellen Arbeitsmarktteilhabe und (Abwärts-) Mobilität sowie zu den Verteilungswirkungen des Sozialstaats** aufbereitet. Dabei wird vor allem auf die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung Bezug genommen, jedoch auch weitere Untersuchungen herangezogen, die zu anderen Befunden kommen.
- Im Hinblick auf die **Wahrnehmungen von sozialer Ungleichheit** werden demoskopische Umfragen und umfragebasierte sozialwissenschaftliche Studien ausgewertet, und zwar hinsichtlich i) der Einschätzungen der Befragten zu Ausmaß und Ursachen sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, soweit möglich auch in der zeitlichen Entwicklung, ii) der Wahrnehmung sozialer Spannungen und Konflikte, sowie iii) den Einschätzungen zum Stellenwert und den Ausprägungen von Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft.
- Im Hinblick auf die **Wahrnehmungen der persönlichen Situation** im sozialen Kontext werden Befragungsergebnisse dazu aufgearbeitet, wie die eigene soziale Teilhabe eingeschätzt wird, welche Gründe für eventuelle persönliche Teilhabeprobleme verantwortlich gemacht werden, inwiefern auf der individuellen Ebene Abstiegsängste bestehen, und was gegebenenfalls die Ursachen dafür sind.
- Im Hinblick auf die **Erwartungen an den Sozialstaat und an das sozialpolitische Handeln** werden demoskopische Umfragen und umfragebasierte sozialwissenschaftliche Studien ausgewertet, die Einschätzungen der Bevölkerung zur Leistungsfähigkeit und Zielgenauigkeit der sozialen Absicherung von elementaren Lebensrisiken (auch in Verhältnis zu Formen privater Absicherung) erfassen, sowie Erwartungen an künftiges sozialpolitisches Handeln und an die Finanzierung des Sozialstaats erheben, wobei insbesondere Aspekte des sozialen Ausgleichs und der Verteilungsgerechtigkeit beachtet werden.

Hierbei werden, soweit die aufgearbeiteten Umfragedaten konsistente Zeitreihen liefern, jeweils auch Entwicklungen im Zeitverlauf herausgearbeitet.

1.2 Vorgehen und Aufbau der Kurzexpertise

In einem ersten Arbeitsschritt wurden per Desk Research geeignete demoskopische Umfragen und umfragebasierte sozialwissenschaftliche Studien erfasst und gesichtet. Die Sammlung erfolgte durch eine systematische Literaturrecherche. Die dabei eingesetzten Such- und Auswahlkriterien sind im Anhang dargelegt. Einbezogen wurden primär Studien, die anerkannten methodischen Standards genügen; wichtige Kriterien dafür sind die Repräsentativität der Ergebnisse im Hinblick auf die ausgewählte Grundgesamtheit, die Geeignetheit (Neutralität) der eingesetzten Items und die Sorgfalt bei der Interpretation der Befragungsergebnisse. Im Einzelfall wurden zunächst allerdings auch methodisch problematische Studien berücksichtigt, soweit dies wegen ihres besonderen

Aufmerksamkeitswertes bzw. ihrer besonderen Publizität sinnvoll erschien. Sofern diese Studien letztlich in die Auswertung eingingen, wird auf die konkreten Schwächen dieser Studien und deren Bedeutung für die Interpretation der Befunde in der Kurzexpertise ausdrücklich hingewiesen. In einem zweiten Arbeitsschritt wurden die gesammelten sozialwissenschaftlichen Studien zu den genannten Themenkomplexen und den ihnen zugeordneten Einzelthemen ausgewertet, systematisiert und zusammenfassend dargestellt.

In einem dritten Arbeitsschritt wurden wesentliche Daten und Kennziffern zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit, der individuellen Arbeitsmarktteilhabe und (Abwärts-) Mobilität sowie zu den Verteilungswirkungen des Sozialstaats (Einkommensposition vor und nach Steuern/Sozialleistungen) in Deutschland per Desk Research zusammengestellt und aufbereitet. Dies basiert primär auf der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung und den damit verbundenen Untersuchungen. Die hier gesammelten Befunde werden in einem eigenständigen Kapitel am Beginn der Kurzexpertise konzise zusammengefasst. Diese Zusammenfassung soll als Referenzfolie für die Interpretation den subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Bevölkerung gemäß den in der Kurzexpertise aufgearbeiteten demoskopischen und umfragebasierten sozialwissenschaftlichen Studien dienen.

Aus diesem Vorgehen ergibt sich der Aufbau der Expertise: Zunächst werden die mittelfristigen Entwicklungen der sozialen Ungleichheit basierend auf der Armuts- und Reichtumsberichterstattung unter besonderer Berücksichtigung des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts zusammengefasst (Kapitel 2). Anschließend werden Befunde zur Wahrnehmung von Ungleichheit in der Gesellschaft (Kapitel 3) und zur Wahrnehmung der persönlichen Situation (Kapitel 4) analysiert und eingeordnet, bevor die Erwartungen an den Sozialstaat auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher und insbesondere demoskopischer, also umfragebasierter Studien, beschrieben werden (Kapitel 5). Ein kurzes Fazit beschließt die Kurzexpertise (Kapitel 6). Im Anhang werden die Suchkriterien der Literaturrecherche und die einbezogenen Datenbanken benannt.

2. Zur Entwicklung der Ungleichheit

2.1 Einleitung

Dieses Kapitel verfolgt das Ziel, die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit, der individuellen Arbeitsmarktteilhabe und (Abwärts-) Mobilität sowie zu den Verteilungswirkungen des Sozialstaats auf der Basis anerkannter Kennziffern darzustellen. Ausgangspunkt bildet der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht von 2017 (BMAS 2017). In diesem spielen „materieller Wohlstand, Einkommen, Vermögen, ihre Verteilung und die Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland [...] eine zentrale Rolle“ (ebda., S. 27). Seit dem zweiten Bericht beinhaltet die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung ein umfangreiches Indikatorentableau zur Beschreibung der Entwicklung von Lebenslagen in der Gesellschaft. Die Darlegung der Entwicklung dieser 38 „Kernindikatoren“ ist ein wesentlicher Bestandteil des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts und bildet den Anknüpfungspunkt für den folgenden Abschnitt. So wurde für die in diesem Kapitel angestrebte Beschreibung der Entwicklung der „objektiven Ungleichheit“ auf zentrale Indikatoren der Armuts- und Reichtumsberichterstattung zurückgegriffen. Dazu zählen Einkommensverteilung (G01)¹, Vermögensverteilung (G02), Erwerbstätigkeit (G10), Arbeitslosigkeit (G11), Armutsrisiko (A01), Wirkung von Sozialtransfers (A02), In Work Poverty (A03), Langzeitarbeitslose und Langzeiterwerbslose (A04) sowie materielle Deprivation (A09). Gegenüber dem Fünften Armuts- und Reichtumsbericht von 2017 kann für die meisten Indikatoren auf aktualisierte Daten zurückgegriffen werden.² Über die Beschreibung der Entwicklung der „Kernindikatoren“ hinaus, wurden bei einigen Dimensionen tiefergehende Auswertungen des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts sowie angrenzende Studien hinzugezogen, insbesondere zur sozialen Mobilität, zur Entwicklung von atypischer Beschäftigung sowie Niedriglohnbeschäftigung und den Verteilungswirkungen des Sozialstaats (IAW 2016; Thomsen et al. 2016; RWI 2016; IAW und ZEW 2016 sowie darüber hinaus Bosch und Kalina 2017; Bach et al. 2016; Grabka und Goebel 2017, Kalina und Weinkopf 2018). Den auf der Armuts- und Reichtumsberichterstattung beruhenden Kennziffern zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit werden außerdem weitere Analysen zu Armut und Verteilung gegenübergestellt und betrachtet, ob und in welcher Hinsicht diese zu anderen Erkenntnissen gelangen.

2.2 Kennziffern und Daten zur Entwicklung sozialer Ungleichheit

2.2.1 Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit

Einkommensverteilung

Anhand der Einkommensverteilung kann dargestellt werden, wie sich das Einkommen in einer Gesellschaft auf einzelne Personen oder Haushalte verteilt. Das Einkommen ist maßgeblich für den individuellen Konsum und Lebensstandard (BMAS 2017, S. 501). Unter Einkommen werden alle Einnahmen von Personen und privaten Haushalten nach staatlicher Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben und der Gewährung von Transferzahlungen verstanden. Um die Einkommen

¹ Die Nummerierung der Indikatoren im Armuts- und Reichtumsbericht erfolgt anhand der drei Bereiche Gesellschaft („G“), Armut/Armutsgefährdung („A“) sowie Reichtum („R“) (BMAS 2017, S. 500).

² Die dem Indikatorentableau des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zugrunde liegenden Daten werden online frei und aktualisiert zur Verfügung gestellt. Die in dieser Kurzexzerte genutzten Daten sind zum Stand 7. September 2018: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Open-Data/opendata.html>.

verschiedener Haushaltskonstellationen vergleichen zu können, werden Haushaltseinkommen unter Verwendung von Bedarfsgewichten in Äquivalenzeinkommen³ umgerechnet (zur Kritik am Äquivalenzeinkommen siehe unten) (ebda., S. 501).⁴

Die Aussagen zur Entwicklung der Einkommensverteilung sind stark vom Betrachtungszeitraum abhängig (Niehues 2017; Grabka und Goebel 2017). Bei der Betrachtung ab Mitte des letzten Jahrzehnts zeigt sich eine konstante Verteilung der Einkommen. Zwischen 2005 (0,290) und 2015 (0,294) gab es nach Daten des Sozio-oekonomisches Panels (SOEP) nur geringfügige Veränderungen des Gini-Koeffizienten. Das oberste Einkommensdezil verfügt seit 2005 durchgängig über 22,6 bis 23,4 Prozent der Nettoäquivalenzeinkommen, das unterste Dezil zwischen 3,3 und 3,5 Prozent. Das Verhältnis zwischen oberer und unterer Hälfte der Einkommensbezieher liegt seit 2005 konstant bei 70 zu 30 Prozent (BMAS 2017, S. 504).

Wird hingegen der Zeitraum seit der Wiedervereinigung betrachtet, ist ein deutlicher Anstieg der Einkommensungleichheit festzustellen (Grabka und Goebel 2017). Alle im Armuts- und Reichtumsbericht berücksichtigten Kennziffern befanden sich in den 1990er Jahren sowie bis Anfang der 2000er Jahre deutlich unter den gegenwärtigen Werten. Nach Daten des SOEP lag der Gini-Koeffizient 1995 bei 0,254 und 2000 noch bei 0,255. Seit 2006 stagniert die Ungleichheit bei den bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen (Grabka und Goebel 2017, S. 77).

Neben der Einkommensverteilung nach Personen oder Haushalten (personale Einkommensverteilung) wird häufig auch die funktionale Einkommensverteilung betrachtet. Diese stellt die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens (Volkseinkommen) zwischen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Arbeitnehmereinkommen dar. Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung wird insbesondere auch mit Blick darauf diskutiert, inwiefern die Bezieher_innen von Arbeitseinkommen an einem steigenden Volkseinkommen partizipieren (Klammer 2018, S. 368). Zur Analyse der funktionalen Einkommensverteilung wird in der Regel die Lohnquote, also der Anteil des Arbeitnehmereinkommens am Volkseinkommen, herangezogen. Unabhängig davon, ob die bereinigte oder unbereinigte⁵ Lohnquote betrachtet wird, kann festgestellt werden, dass ab 2003 der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen zurückgegangen ist (BMAS 2017, S. 54.). Im Jahr 2007 erreichte die bereinigte Lohnquote mit 65 Prozent einen historischen Tiefststand. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist im Jahr 2009 ein Einbruch des Volkseinkommens zu verzeichnen, im Rahmen dessen die Lohnquote kurzzeitig wieder gestiegen ist. Seit 2012 liegt die bereinigte Lohnquote konstant bei rund 69 Prozent, womit sie unter dem Anteil der 1990er und Anfang 2000er Jahre liegt (zwischen 1995 und 2003 machte die bereinigte Lohnquote durchgängig zwischen 72 und 73 Prozent des Volkseinkommens aus) (IAQ 2018).

Der gesunkene Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen steht im Zusammenhang mit der Entwicklung von Löhnen und Gehältern. Zwischen 1993 und 2007 gab es eine längere Phase von stagnierenden und auch rückläufigen Reallöhnen (BMAS 2017, S. 56).⁶ Seit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein Anstieg der Reallöhne zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt

³ Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied (IAW und ZEW 2016, S. 17).

⁴ Da mit einer einzigen Maßzahl die Einkommensverteilung nicht ganzheitlich dargestellt werden kann, werden in der Regel unterschiedliche Kennziffern herangezogen. In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung wird erstens der Gini-Koeffizient ausgewiesen. Dieser stellt auf einer Skala von 0 bis 1 den Grad einer Verteilung dar. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto ungleicher ist die Verteilung. Zweitens zeigt der Palma-Ration an, in welcher Relation die Einkommenssumme der obersten 10 Prozent der Einkommensverteilung zu denen der untersten 40 Prozent steht. Als drittes werden Einkommensanteile für einzelne Dezile ausgewiesen (BMAS 2017, S. 501).

⁵ Die Lohnquote wird von der Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach Arbeitnehmer_innen und Selbstständigen beeinflusst. Wird bei der Erwerbstätigenstruktur eine Konstanz unterstellt, errechnet sich die bereinigte Lohnquote (BMAS 2017, S. 53).

⁶ Von 1993 bis 2007 sind die Bruttolöhne und -gehälter real um 0,4 Prozent gesunken. Die Nettolöhne und -gehälter sind sogar um 0,6 Prozent gesunken (BMAS 2017, S. 56).

2019).⁷ Allerdings kann eine Spreizung bei der Entwicklung der Löhne abhängig Beschäftigter ausgemacht werden. Daten des SOEP zeigen, dass sich zwischen 1995 und 2015 die realen Bruttostundenlöhne bei den unteren vier Einkommensdezilen insgesamt rückläufig entwickelt haben, während in den darüber liegenden sechs Einkommensdezilen teilweise ein deutlicher Anstieg der Bruttostundenlöhne zu verzeichnen war (BMAS 2017, S. 59f.).

Ebenfalls auf Basis des SOEP kann gezeigt werden, dass seit Mitte der 1990er Jahre der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich deutlich angestiegen ist.⁸ Zwischen 1995 und 2009 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Niedriglohnbereichs von 19 auf 24 Prozent zu beobachten. Seitdem geht der Umfang des Niedriglohnbereichs etwas zurück und lag 2016 bei rund 22 Prozent (Kalina und Weinkopf 2018). Besonders häufig unterhalb der Niedriglohnschwelle arbeiten Minijobber_innen (84 Prozent), junge Arbeitnehmer_innen bis 25 Jahre (59 Prozent) sowie Beschäftigte ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (44 Prozent) (ebda., S. 7). In Ostdeutschland erhielten im Jahr 2016 35 Prozent der abhängig Beschäftigten einen Niedriglohn, in Westdeutschland arbeiteten rund 20 Prozent der Beschäftigten zu einem Niedriglohn (ebda., S. 3).⁹

Nach aktuellen Berechnungen hat die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 bisher nicht zu einer relevanten Verringerung des Anteils von Beschäftigten im Niedriglohnbereich geführt (ebda., S. 2). Durch den Mindestlohn hat sich jedoch die durchschnittliche Position der Bezieher_innen von Niedriglöhnen verbessert. So lassen sich deutliche Steigerungen des durchschnittlichen Stundenlohns am unteren Rand des Lohnspektrums verzeichnen. Dadurch ist die Niedriglohnlücke, also der Abstand zwischen dem durchschnittlichem Niedriglohn und der Niedriglohnschwelle,¹⁰ geringer geworden (ebda., S. 1).¹¹

Armutsrisikoquote

Von der Einkommensverteilung abhängig ist die Armutsgefährdungsschwelle. Als armutsgefährdet werden in der Forschung meist Personen bezeichnet, deren Einkommen unter 60 Prozent des Medians aller Nettoäquivalenzeinkommen liegen. Der prozentuale Anteil von Personen unter dieser Schwelle wird als Armutsrisikoquote ausgewiesen (BMAS 2017, S. 549). Nach Daten des SOEP lag die Armutsrisikoquote 1995 bei 11,6 Prozent, bis Mitte des letzten Jahrzehnts stieg die Quote auf rund 14 Prozent an und blieb seitdem nahezu unverändert. Am aktuellen Rand kann jedoch ein Anstieg der Armutsrisikoquote verzeichnet werden, so wird für 2015 eine Quote von 16,8 Prozent ausgewiesen.

Die Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Armutsrisikoquote zeigt, dass diese parallel zur Entwicklung der Einkommensverteilung verläuft, wie auch Abbildung 1 verdeutlicht.

⁷ Von 2010 bis 2017 ergibt sich ein Anstieg der Nettolöhne und -gehälter von jahresdurchschnittlich 1,3 Prozent (Statistisches Bundesamt 2019).

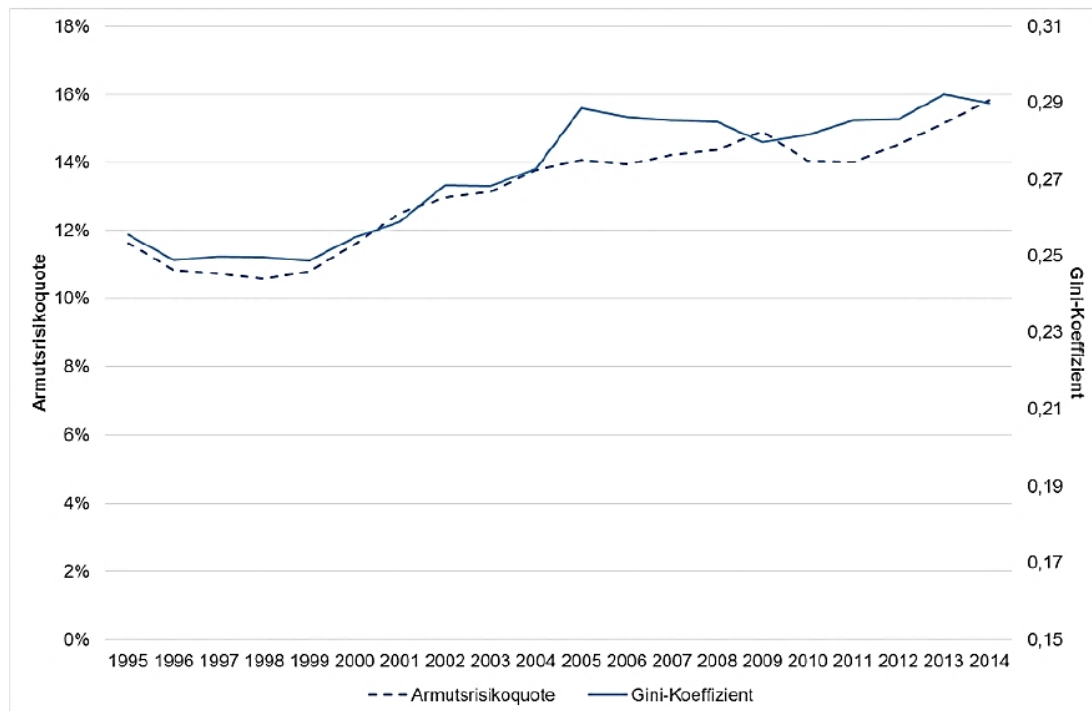
⁸ Nach der international verwendeten Definition liegt die Schwelle des Niedriglohnbereichs bei einem Verdienst von zwei Drittel des Medianverdienstes (BMAS 2017, S. 65).

⁹ In Westdeutschland liegt der Niedriglohnanteil seit 2012 bei knapp unter 20 Prozent, er ist jedoch im Jahr 2016 wieder gestiegen. In Ostdeutschland hat sich der Anteil an Bezieher_innen von Niedriglöhnen seit 2013 stetig verringert (Kalina und Weinkopf 2018, S.3).

¹⁰ Die Niedriglohnschwelle, von Kalina und Weinkopf auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit berechnet, hat sich von 9,60 Euro im Jahr 2013 auf 10,44 Euro im Jahr 2016 erhöht (Kalina und Weinkopf 2018, S. 4).

¹¹ Im Niedriglohnbereich lag im Jahr 2016 der durchschnittliche Stundenlohn bei knapp 77 Prozent der Niedriglohnschwelle, wodurch eine Steigerung von 4 Prozent gegenüber 2014 zu verzeichnen ist (Kalina und Weinkopf 2018, S. 6).

Abbildung 1: Entwicklung der Armutsrisikoquote und des Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung, 1995 - 2014



Quelle: BMAS 2017, S. VII. Datenbasis: SOEP.

Außerdem zeigt sich, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Eine besonders hohe Armutsrisikoquote weisen Arbeitslose (69,7 Prozent) und Alleinerziehende (36,5 Prozent) auf, während Erwerbstätige mit 8,6 Prozent nur etwa halb so oft wie der Durchschnitt unter der Armutsrisikoschwelle liegen (ebda., S. 550).

Gerade bei Analysen zur Armutsrisikoquote findet sich Kritik an den – auch der personalen Einkommensverteilung zugrundeliegenden – personengewichteten Haushaltsnettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen). Insbesondere hinsichtlich der Berechnung der verwendeten Bedarfsgewichte existiert eine längere Diskussion, die auch in einer Begleitstudie zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht aufgegriffen wird (IAW und ZEW 2016, S. 18).¹² Mit Blick auf die Armutsrisikoquote wird in dieser auch die Festlegung auf die 60-Prozent Linie kritisch diskutiert (ebda., S. 26f.).¹³ Um die Auswirkungen veränderter Parameter zu verdeutlichen, werden im Rahmen der Begleitstudie Sensitivitätsanalysen für alternative Äquivalenzskalen sowie Armutsrisikoschwellen durchgeführt. Die Analysen zeigen, dass geringfügige Verschiebungen bei der Armutsgrenze bzw. die Verwendung einer alternativen Äquivalenzgewichtung zu anderen Ergebnissen führen (ebda., S. 27-34). Gerade bei Alleinlebenden und Alleinerziehenden mit Kindern bis 14 Jahre ergeben sich – je nach Bedarfsgewicht – erhebliche Schwankungen bei der Armutsrisikoquote (ebda., S. 33).

Die Armutsrisikoquote gibt nur den Anteil der Personen unterhalb einer definierten Armutsrisikoschwelle an. Für Aussagen zur Intensität von Armut bedarf es einer Analyse der Armutsrisikolücke. Diese gibt an um wie viel Prozent das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten

¹² IAW und ZEW verweisen in der Studie unter anderem darauf, dass der Bedarf in unterschiedlichen Landesteilen verschieden ausfällt sowie insbesondere mit Blick auf besonders hohe Einkommen eine Bedarfsgewichtung nicht zielführend ist, da hier meist nur ein Teil des Einkommens zur Deckung des eigentlichen Bedarfs dient (IAW und ZEW 2016, S. 18f.). Nach den Autoren „könnte auch argumentiert werden, dass je nach Analysezzweck unterschiedliche Gewichte geeignet wären“ (ebda., S. 18).

¹³ IAW und ZEW (2016, S. 27) beschreiben die 60-Prozent Linie als Armutsschwelle unter Verweis auf ihren Ursprung als „reine Willkür“. Denn als Fuchs (1967) dieses Armutskriterium einführte, empfahl er „that we define as poor any family whose income is less than one-half the median family income ... no special claim is made for the precise figure of one-half“ (IAW und ZEW 2016, S. 27).

Personen unter der Armutrisikoschwelle liegt (ebda., S. 26).¹⁴ Je niedriger die Einkommen der Personen unter der Armutsschwelle ausfallen, desto höher ist die Armutrisikointensität. Nach Daten des SOEP bewegt sich die relative Armutslücke – mit einigen jährlichen Schwankungen – im Zeitraum von 1995 bis 2015 zwischen 18 und 22 Prozent. Am aktuellen Rand ist ein Anstieg sowie mit 22,2 Prozent die höchste relative Armutslücke seit 1995 zu verzeichnen.

Materielle Deprivation

Anknüpfend an die Beschreibung der Einkommens- und Vermögensverteilung und Armutrisikoquote ist es auch von Relevanz, inwieweit individuelle Mangelsituationen in Deutschland auftreten. Dafür wird erfasst, in welchem Umfang sich Personen als üblich geltende Güter und Aktivitäten nicht leisten können. Wenn Entbehrungen in mindestens drei von neun Bereichen¹⁵ auftreten, wird von „materiell deprivierten“ Personen gesprochen. Wird aufgrund finanzieller Einschränkungen auf vier Bereiche verzichtet, wird von „erheblich materieller Entbehrung“ gesprochen (BMAS 2017, S. 573).

Die European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) zeigt auf, dass der Anteil von Personen sowohl mit einfacher als auch erheblicher materieller Deprivation zwischen 2008 und 2016 relativ konstant ist bzw. am aktuellen Rand eher eine Abnahme der materiellen Deprivation zu verzeichnen ist. So lag der Anteil von Personen in der Gesamtbevölkerung mit einfachen materiellen Entbehrungen im Jahr 2016 bei 9,7 Prozent, während er 2009 noch bei 12,5 Prozent lag.

Besonders häufig von (erheblicher) materieller Deprivation betroffen sind Arbeitslose (50,5 bzw. 24,3 Prozent erheblich), Alleinerziehende (26,7 bzw. 10,9 Prozent erheblich) und Alleinlebende (21,3 bzw. 11,5 Prozent erheblich). Gerade in diesen Risikogruppen ist jedoch eine erhebliche Abnahme der materiellen Entbehrungen seit 2008 auszumachen.

Vermögensverteilung

Neben der Einkommensverteilung ist auch die Vermögensverteilung von Bedeutung. Vermögen geht mit finanzieller Unabhängigkeit und materieller Absicherung einher und wird als wichtige Möglichkeit von privaten Haushalten gesehen, um unterschiedlichen Lebensrisiken begegnen zu können (BMAS 2017, S. 506).¹⁶ In den Analysen zur Vermögensverteilung wird – den Definitionen von amtlichen Statistiken folgend – Vermögen als Bestand an Geld- und Sachvermögen nach Abzug der Verbindlichkeiten betrachtet (ebda., S. 506).¹⁷

Für das Jahr 2013 wird ein durchschnittliches Immobilien- und Geldvermögen von 123.000 Euro je Haushalt errechnet (BMAS 2017, S. 507). Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen westdeutschen (140.000 Euro durchschnittlich) und ostdeutschen (61.000 Euro durchschnittlich)

¹⁴ Definiert wird die relative Armutrisikolücke als „Differenz zwischen Armutrisikogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutrisikogrenze in Relation zur Armutrisikoquote“ (BMAS 2017, S. 615).

¹⁵ Folgende neun Bereiche werden zur Operationalisierung der als üblich geltenden Güter und Aktivitäten herangezogen: 1. Finanzielles Problem, die Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen. 2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können. 3. Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können. 4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können. 5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen. 6. Fehlen eines Autos im Haushalt. 7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt. 8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt. 9. Fehlen eines Telefons im Haushalt (BMAS 2017, S. 573).

¹⁶ Neben dem Gini-Koeffizienten werden im Armut- und Reichtumsbericht die Vermögensanteile für die obere und untere Hälfte der Verteilung sowie Vermögensanteile für einzelne Dezile beschrieben. Hierfür wird auf die EVS sowie das SOEP zurückgegriffen, auf Basis dessen unterschiedliche Kennziffern der Vermögensverteilung ausgewiesen werden können (BMAS 2017, S. 506).

¹⁷ Methodische Fragen ergeben sich hierbei dahingehend, dass in den Daten keine repräsentativen Informationen zu den vermögendsten Haushalten enthalten sind. Darüber hinaus anzumerken ist, dass die Daten zu den Vermögensbeständen von Haushalten lediglich auf Angaben der befragten Personen beruht. Dies führt insbesondere auch mit Blick auf die unsichere Bewertung des Sachvermögens, wie Immobilien, oder den Tageskursen von Aktien zu methodischen Problemen (BMAS 2017, S. 506). Die Daten zur Vermögensverteilung sind folglich mit gewissen Unsicherheiten verbunden.

Haushalten. Der Vermögensabstand zwischen West- und Ostdeutschland hat jedoch im zeitlichen Verlauf stetig abgenommen (Grabka 2014).¹⁸

Bei der Betrachtung der Vermögensverteilung ist hervorzuheben, dass nach Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) das oberste Dezil der Haushalte über 51,9 Prozent des gesamten Nettovermögens besitzt, während die Haushalte der unteren Hälfte zusammen nur über 1 Prozent der Vermögen verfügen. In den letzten Jahren ist die Vermögensverteilung zwar konstant geblieben, aber im Vergleich zum Ende der 1990er Jahre hat der Vermögensabstand zwischen den vermögensstärksten und der unteren Hälfte der Haushalte deutlich zugenommen. So verfügte die untere Hälfte 1998 nach Daten der EVS noch über 3,7 Prozent und das oberste Dezil über 44,7 Prozent des gesamten Nettovermögens. Auch mit Blick auf verschiedene Haushaltstypen lassen sich Unterschiede bei der Vermögensverteilung ausmachen. So nimmt das durchschnittliche Vermögen mit dem Alter zu, demgegenüber verfügen Alleinerziehende über ein geringeres Durchschnittsvermögen als Paare oder allein lebende Personen (BMAS 2017, S. 507).

2.2.2 Verteilungswirkungen des Sozialstaats

In diesem Abschnitt wird dargestellt, welche Verteilungswirkungen vom deutschen Steuer- und Transfersystem ausgehen. Eine umfassende Analyse der Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems wurde durch das DIW auf Basis einer integrierten Datengrundlage aus dem SOEP, der EVS sowie der Lohn- und Einkommensteuerstatistik durchgeführt (Bach et al. 2016). Die Studie kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass das gesamte Steuer- und Transfersystem moderat progressiv wirkt, die Progressions- und Umverteilungswirkungen seit Ende der 1990er Jahre jedoch abgenommen haben (ebda., S. 9). So sind zwar die Einkommens- und Unternehmenssteuern stark progressiv. Insbesondere die Einkommenssteuer wird zu wesentlichen Teilen durch höhere Einkommensdezile getragen; das oberste Dezil trägt rund 45 Prozent der gesamten Einkommenssteuer (Bosch und Kalina 2017, S. 25). Die „direkten“ Steuern sind allerdings für weniger als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens verantwortlich (Bach 2018, S. 425). Die sogenannten indirekten Steuern, wie z.B. Mehrwertsteuer und Energiesteuer, sind demgegenüber stark regressiv, sie belasten also ärmere Haushalte deutlich stärker als einkommensstarke Haushalte (Bach 2018, S. 425). Bach et al. (2016) zeigen, dass Einkommenssteuer- und Unternehmenssteuerreformen vor allem im oberen Bereich der Einkommensverteilung zu „deutlichen Entlastungen“ geführt haben, während gleichzeitig Erhöhungen bei den indirekten Steuern die regressiven Belastungswirkungen angehoben haben (Bach et al. 2016, S. 9). Die Gesamtbelastung durch Steuern hat von 1998 bis 2015 im untersten Einkommensdezil um 5,4 Prozent zugenommen, während das oberste Dezil im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent entlastet wurde (ebda., S. 93f.).

Die Beiträge zur Sozialversicherung wirken bis in den obersten Einkommensbereich leicht progressiv. Dies wird damit begründet, dass in den unteren Einkommensdezilen in erstere Linie Rentner und nichterwerbstätige Personen mit geringen Sozialbeiträgen zu finden sind (ebda., S. 48). Beim obersten Einkommensdezil gehen die Belastungen durch Sozialbeiträge wieder zurück, da in diesen Fällen die Beitragsbemessungsgrenze spürbar wird (ebda., S. 48). Die Sozialversicherungsleistungen werden als „leicht redistributiv“ (Bosch und Kalina 2017, S. 25) eingestuft. Eine Umverteilung von oben nach unten ergibt sich zum einen infolge der unterschiedlichen Risikostruktur. Gerade die Arbeitslosenversicherung oder Erwerbsunfähigkeitsrenten werden im überdurchschnittlichen Ausmaß von Geringqualifizierten und prekär Beschäftigten in Anspruch genommen (ebda., S. 25). Zum anderen erfolgt die Umverteilung durch familiengebundene Leistungen (z.B. beitragsfreie Versicherung von Familienangehörigen) sowie die Möglichkeit, „mit relativ geringen Beiträgen den

¹⁸ Im Jahr 1993 verfügten ostdeutsche Haushalte nur über rund 30 Prozent des westdeutschen Vermögens. 2013 besaßen ostdeutsche Haushalte 44 Prozent des Vermögens westdeutscher Haushalte (Grabka 2014, S. 960).

vollen Schutz einer Krankenversicherung“ (Bosch und Kalina 2017, S. 25) zu erwerben.¹⁹ Die Grundsicherungsleistungen gehen zum Großteil an die untersten drei Dezile, wo längere Zeiten der Arbeitslosigkeit den Erwerb von Ansprüchen auf Sozialversicherungsleistungen begrenzt haben (ebda., S. 25). Bosch und Kalina (2017, S. 28) verweisen hierbei darauf, dass verschiedene Maßnahmen „die redistributive Rolle der Sozialversicherungen eingeschränkt“ haben. Genannt werden die Hartz-Gesetze und die damit verbundene Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs für Ältere und den Deregulierungen am Arbeitsmarkt sowie die Absenkung des Rentenniveaus (ebda., S. 28). Dennoch wird bei einem Vergleich der Markteinkommen²⁰ und der Nettoeinkommen der Einkommensdezile deutlich, dass die sozialstaatliche Umverteilung die Ungleichheit der Einkommensverteilung deutlich reduziert. So verfügt das unterste Dezil über 1,3 Prozent des gesamten Markteinkommens, nach der Umverteilung sind es 3,9 Prozent des Nettoeinkommens. Die untere Hälfte der Einkommensverteilung verfügt in der Verteilung vor Steuern über 20,5 Prozent der Einkommen, nach sozialstaatlicher Umverteilung sind es 30,7 Prozent (Bosch und Kalina 2017, S. 26). Ab dem sechsten Einkommensdezil ist der Anteil an den Nettoeinkommen geringer als bei der Einkommensverteilung vor Steuern und Transfers (ebda. S. 26).

Die hohe Bedeutung der Sozialtransfers wird auch durch den Indikator „Armutrisikoquote vor Sozialtransfers“ bestätigt. Dieser basiert auf einem fiktiven Äquivalenzeinkommen, welches keine Sozialtransfers beinhaltet. In der hypothetischen Konstellation ohne Sozialtransfers liegt die Armutrisikoquote seit den 1990er Jahren je nach Datenquellen konstant zwischen 20 und 25 Prozent. Die Sozialtransfers reduzieren vor allem bei Arbeitslosen und Alleinerziehenden sowie etwas geringer bei Kindern und jungen Erwachsenen bis 24 Jahre das Armutrisiko (BMAS 2017, S. 555). Ohne Sozialtransfers betrüge – nach Auswertungen auf Basis des SOEP – das Armutrisiko von Arbeitslosen 79,7 Prozent, bei Alleinerziehenden läge es bei 57,1 Prozent und bei Paaren mit Kindern bei 43 Prozent.

Insgesamt ergibt sich eine erhebliche Umverteilungswirkung des Steuer- und Transfersystems. Für das Jahr 2015 liegt der Gini-Koeffizient bei 0,53 für die Markteinkommen und bei 0,34 für die Nettoäquivalenzeinkommen einschließlich Transfers und nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen. Nach Berücksichtigung der indirekten Steuern steigt der Gini-Koeffizient wieder auf 0,37 an (Bach et al. 2016, S. 34). Die gesamten Umverteilungswirkungen des Steuersystems haben seit Ende der 1990er Jahre jedoch abgenommen. Wesentlich dafür ist eine Verlagerung der Belastungen von den direkten zu den indirekten Steuern (siehe oben).

2.2.3 Entwicklung der Arbeitsmarktteilhabe

Erwerbstätigkeiten und (Langzeit-)Arbeitslosigkeit

Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Faktor zur Vermeidung von relativ geringen Einkommen und Armut (BMAS 2017, S. 525). Die Erwerbstätigenquote stellt den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dar. Anhand der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat wird deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung seit 2006 deutlich zugenommen hat und vor allem Frauen und Ältere häufiger in Erwerbsarbeit sind (ebda., S. 525). Im europäischen Vergleich sind die deutschen Erwerbstätigenquoten überdurchschnittlich.

Arbeitslosigkeit geht hingegen mit erheblichen gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen einher. Die von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesene Arbeitslosenquote setzt die registrierten Arbeitslosen in Verhältnis zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose). Daneben wird die

¹⁹ Die Verteilungswirkungen von Sachleistungen, also nicht monetären Transfers, sind meist nicht berücksichtigt. Kontrafaktische Analysen zeigen, dass bei einer privaten Finanzierung der Sachleistungen die Einkommensungleichheit deutlich höher liegen würde (Bosch und Kalina 2017, S. 25).

²⁰ Markteinkommen beinhalten Lohneinkommen, Selbstständigeneinkommen und Vermögenseinkommen einschließlich dem Mietwert der Eigentümerwohnung (Bosch und Kalina 2017, S. 26).

Unterbeschäftigungsquote ausgewiesen. In dieser werden neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmende an einer Maßnahme der Arbeitsförderung, kurzfristig erkrankt oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind. Insgesamt ist in Deutschland die Arbeitslosenquote deutlich zurückgegangen, von 11,7 Prozent im Jahr 2005 auf 5,4 Prozent im Jahr 2018, Mai 2019 auf 4,9 Prozent (Bundesagentur für Arbeit). Auch die Unterbeschäftigungsquote ist in diesem Zeitraum signifikant zurückgegangen, von 12,8 Prozent auf gegenwärtig (Frühjahr 2019) 7,2 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2019a).

Besonders schwerwiegende individuelle und gesellschaftliche Folgen werden für Langzeitarbeitslosigkeit ausgemacht. Neben einer hohen Armutsgefährdung zählen dazu unter anderem der Verlust sozialer Kontakte, Ausgrenzungs- und Stigmatisierungserfahrungen (Hirsland und Ramos Lobato 2014) oder negative gesundheitliche Folgen (Paul et al. 2016). In Deutschland wird Langzeitarbeitslosigkeit definiert als die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die 12 Monate oder länger arbeitslos gemeldet sind. Analog zur Arbeitslosigkeit lässt sich ab 2005 zunächst ein Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit ausmachen. Nach den Fortschritten in den Jahren 2007 bis 2009 stagnierte die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen bei rund einer Million. Diese Phase der Stagnation endete 2016 mit einem sichtbaren Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit: sie sank von 2015 bis 2017 um fast 140.000 auf 901.000.

Die Langzeitarbeitslosigkeit ist damit stärker zurückgegangen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Der stärkere Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit erklärt sich vorrangig mit dem gesunkenen Risiko, aus der „Kurzarbeitslosigkeit“ in Langzeitarbeitslosigkeit überzutreten. Ab 2010 beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit bis 2017 durchgängig zwischen 35 und 37 Prozent an allen Arbeitslosen. Zuletzt war die Langzeitarbeitslosigkeit erneut rückläufig und lag im Januar 2019 bei einem Anteil von 32 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2019b). Trotz der jüngsten Entwicklung kann festgehalten werden, dass langzeitarbeitslose Menschen besonders schwer eine Beschäftigung finden. Ein überdurchschnittlich hohes Risiko in Langzeitarbeitslosigkeit zu geraten weisen ältere Personen über 55 Jahren sowie Geringqualifizierte auf (Bundesagentur für Arbeit 2018, S. 4). Auch gesundheitliche Probleme und die Betreuung von Kindern stellen wesentliche Vermittlungshemmnisse dar (ebda., S. 12).

In Work Poverty und atypische Beschäftigung

Auch Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor einem geringen Einkommen und Armut. Mit dem Begriff „In Work Poverty“ wird darauf eingegangen, dass Personen armutsgefährdet sein können, obwohl sie in Beschäftigung sind und ein regelmäßiges Einkommen erzielen. Die Armutsrisikoquote von Erwerbstätigen beinhaltet alle Personen, die im Vorjahr länger als sechs Monate erwerbstätig waren, deren Nettoäquivalenzeinkommen jedoch unter 60 Prozent des Medians aller Nettoäquivalenzeinkommen liegt (sogenannte Armutsrisikoschwelle, s. oben) (BMAS 2017, S. 560). Insgesamt weisen Erwerbstätige im Vergleich zu Arbeitslosen eine unterdurchschnittliche Armutsrisikoquote auf. Allerdings ist die Quote bei Erwerbstätigen seit Anfang der letzten Dekade sichtbar angestiegen, nach Daten des SOEP von 6,4 Prozent im Jahr 2000 auf 10,3 Prozent im Jahr 2015. Besonders hoch ist die Armutsrisikoquote mit fast einem Viertel bei erwerbstätigen Alleinerziehenden. Außerdem überdurchschnittlich betroffen sind Erwerbstätige aus Ostdeutschland (17,4 Prozent), Teilzeiterwerbstätige (19,0 Prozent) sowie junge Erwachsene bis 24 Jahre (23,5 Prozent).

Auch stellt sich die Frage, wie sich der Bedeutungszuwachs von atypischer Beschäftigung auf Einkommen und Armutsgefährdung auswirken. Atypische Beschäftigung meint alle Formen der Erwerbstätigkeit, die nicht dem sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“ zuzuordnen sind. Dieses wird im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht definiert als „abhängiges und unbefristetes Lohnarbeitsverhältnis mit einem Umfang von mindestens 31 Stunden pro Woche“ (BMAS 2017, S. 79).

Im Rahmen dieser Kurzexponente können die Entwicklung und Auswirkungen der unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung nicht detailliert dargestellt werden. Grundsätzlich kann jedoch anhand einer Begleitstudie zum Armuts- und Reichtumsbericht durch das RWI aufgezeigt werden, dass bei einem ersten Erwerbseintritt im Zeitraum 2008 bis 2012 die Wahrscheinlichkeit eines Eintritts in atypische Beschäftigung um 28 Prozentpunkte höher war als bei einem Berufseinstieg im Zeitraum 1992 bis 1995. Bei Übergängen aus Arbeitslosigkeit lag die Wahrscheinlichkeit sogar um 32 Prozentpunkte höher (RWI 2016, S. 67).

Atypische Beschäftigung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit prekärer Arbeit. Zu prekärer Arbeit wird atypische Beschäftigung vor allem dann, wenn Auswirkungen auf berufliche Stabilität und Entlohnung entstehen (BMAS 2017, S. 85).²¹ Die Wirkungen atypischer Beschäftigung unterscheiden sich in Abhängigkeit von der Form der atypischen Beschäftigung sowie des Zeitpunktes des Eintritts in atypische Beschäftigung. Insbesondere bei einem Übergang aus Arbeitslosigkeit führt atypische Beschäftigung kurz- und mittelfristig zu einer höheren Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeit (RWI 2016, S. 2). Darüber hinaus erhalten atypisch Beschäftigte deutlich häufiger Niedriglöhne als Personen in Normalarbeitsverhältnissen (Kalina und Weinkopf 2015). Dementsprechend ist auch die Wahrscheinlichkeit neben der Erwerbstätigkeit aufstockend SGB-II-Leistungen zu beziehen höher als bei Normalbeschäftigten (Thomsen et al. 2016, S. 23). Diesen Ergebnissen folgend kann außerdem festgestellt werden, dass Personen, die atypisch beschäftigt sind mit 19,2 Prozent ein deutlich höheres Armutsrisiko aufweisen als Personen in Normalarbeitsverhältnissen mit 5,6 Prozent (ebda., S. 132). Allerdings ist auch darauf zu verweisen, dass Armutsgefährdung eine hohe Pfadabhängigkeit aufweist. Demnach waren armutsgefährdete Haushalte bereits häufig vor der atypischen Beschäftigung armutsgefährdet. Im Vergleich zu andauernder Arbeitslosigkeit verringert atypische Beschäftigung eher das Armutsrisiko (ebda., S. 23).

2.2.4 Entwicklung der sozialen Mobilität

Ein Schwerpunkt des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist die Analyse sozialer Mobilität: „Soziale Aufstiegsmobilität gilt als wesentliches Charakteristikum und Versprechen offener Gesellschaften. Ein hohes Maß an sozioökonomischer Durchlässigkeit steht für Chancengleichheit“ (BMAS 2017, S. 27). Betrachtet wird dazu zum einen die intragenerationale Mobilität, also die Veränderung von Lebenslagen „innerhalb des eigenen Lebensverlaufs“ (BMAS 2017, S. 615). Zum anderen wird die intergenerationale Mobilität analysiert, welche die soziale Mobilität „im Vergleich der Generationen“ untersucht (ebda., S. 615). Grundlage dafür bildet eine Begleitstudie des IAW (2016) zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht.

Intragenerationale Mobilität und Aufstiege in und aus Armut

Beim Blick auf Übergänge in verschiedenen Lebensphasen wird im Rahmen der Studie zunächst festgestellt, dass vor allem die Bildungsvoraussetzungen im Elternhaus zu den stärksten Einflussfaktoren für Bildungs- und Statusungleichheit gehören (IAW 2016, S. 4). Nach Analyse des IAW „besuchen 84 Prozent der Kinder, deren Eltern beide Hochschulzugangsberechtigungen besitzen, in Klasse 5 ein Gymnasium. Wenn kein Elternteil über diesen Bildungsabschluss verfügt, sind es dagegen nur 31%“ (IAW 2016, S. 24). Bei Kindern von Alleinerziehenden (27 Prozent) sowie Kindern aus armutsgefährdeten Haushalten (23 Prozent) ist die Wahrscheinlichkeit für einen Besuch eines Gymnasiums besonders niedrig (ebda., S. 24). Die Effekte der Bildungsvoraussetzungen zeigen sich auch im fortgeschrittenen Alter, unter anderem hinsichtlich der Aufnahme eines Studiums (ebda., S. 60).

Darüber hinaus werden auch zwischen dem Erwerbsstatus der Eltern und dem Ausbildungsweg der Kinder signifikante Zusammenhänge identifiziert. Beispielsweise bricht aus Familien ohne

²¹ Zum umfassenderen Konzept der „Prekarität im Lebenszusammenhang“ siehe u.a. Klenner et al. (2012).

Erwerbsbeteiligung über ein Viertel der Jugendlichen ihre erste berufliche Ausbildung ab, was einen ungefähr doppelt so hohen Wert wie bei anderen Auszubildenden darstellt (ebda., S. 60).

Als „zentraler Aspekt sozialer Mobilität“ werden in der Begleitstudie des IAW außerdem Abstiege in und Aufstiege aus Armut analysiert (IAW 2016, S. 118). Armutsübergänge²² im Erwachsenenalter sind vor allem mit dem Verlust der Erwerbstätigkeit verbunden. So gehen nach Analysen auf Basis des SOEP über 80 Prozent der Abstiege in Armutsgefährdung von Personen im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter mit einem gesunkenen Haushaltsnettoeinkommen einher. Demgegenüber gehen Aufstiege aus Armut überwiegend mit einem gestiegenen Haushaltsnettoeinkommen einher (ebda., S. 118).

Auch hinsichtlich Armutsübergängen in der Kindheit spielen das Haushaltseinkommen und die Erwerbsbeteiligung die zentrale Rolle. In vier von fünf Fällen ist das Absinken des Haushaltseinkommens um mindestens 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ursächlich für einen Übergang in Armut. In jedem vierten Fall findet gleichzeitig eine Abnahme der Erwerbsintensität des Haushaltes statt. Umgekehrt führt in vier von fünf Fällen ein Anstieg des Haushaltseinkommens zur Überwindung der Armutsgefährdung (ebda., S. 169). Darüber hinaus auffällig ist den Autoren zufolge das „sehr hohe Armutsrisiko von Kindern der Alleinerziehenden“ (ebda., S. 169). Schon bei einem Einzelkind in einem Alleinerziehendenhaushalt ist das Armutsrisiko doppelt so hoch wie im Durchschnitt (ebda., S. 169).

Intergenerationale Mobilität

Anhand einer langfristigen Betrachtung von sozialer Mobilität innerhalb einer Gesellschaft kann dargestellt werden, ob eine Gesellschaft heute sozial durchlässiger ist als früher (BMAS 2017, S. 242). Im Rahmen der Begleitstudie des IAW (2016) wurden Regressionsmodelle erstellt, die den Status des Kindes in Abhängigkeit des Status der Eltern analysieren. Die Analysen des IAW zeigen, dass intergenerationale Einflüsse sowohl auf den Bildungs- als auch auf den Berufsstatus weiterhin von wichtiger Bedeutung sind, und zwar sowohl auf die Weitergabe eines niedrigen Status als auch auf den intergenerationalen Zusammenhang bei hohen Positionen. Demnach findet aus niedrigen Positionen bei Bildungs- und Berufsstatus zwar eine Mobilität in die nächsthöhere Kategorie statt. Selten sind allerdings Übergänge von niedrigen in hohe Positionen (IAW 2016, S. 179). Beispielhaft kann aufgezeigt werden, dass bei Personen, die zwischen 1970 und 1986 geboren wurden, Aufstiege vom niedrigsten zum mittleren Bildungsstatus mit 56 Prozent relativ häufig vorkommen, während Aufstiege vom niedrigsten zum höchsten Bildungsstatus nur zu 10 Prozent geschehen. Für die zwischen 1944 und 1956 Geborenen ist demgegenüber festzustellen, dass „48 Prozent der Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsstatus aus diesem nicht aufsteigen konnten. Ein Aufstieg gelang lediglich 40 Prozent in den mittleren sowie fast 12 Prozent in den hohen Bildungsstatus“ (BMAS 2017, S. 242). Gleichzeitig kommen auch intergenerationale Abstiege aus der höchsten in den mittleren Bildungsstatus häufiger vor: So erreichen in den jüngeren Geburtsjahrgängen (1970 bis 1986) 54 Prozent der Kinder von Eltern mit hohem Bildungsabschluss nur einen mittleren Bildungsabschluss. Bei der älteren Geburtskohorte (1944 bis 1959) lag dieser Wert bei 45 Prozent (ebda., S. 242). Insgesamt zeigt die Begleitstudie des IAW, dass sich die Durchlässigkeit der Gesellschaft langfristig verbessert hat, vor allem da eine stärkere Aufstiegsmobilität aus unteren Positionen zu beobachten ist. Demgegenüber kommen Aufstiegsprünge vom unteren zum oberen Bildungsstatus selten vor, während Abstiege aus dem höchsten Bildungsstatus zugenommen haben (ebda., S. 243).

²² Bezugspunkt bildet das Überschreiten der Armutsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens (IAW 2016, S. 118).

2.3 Deutungen zur Entwicklung der Ungleichheit

Wie die Stellungnahmen verschiedener Akteure zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2017 aufzeigen, wird dieser grundsätzlich als wichtige und fundierte Grundlage zur Abbildung des Ausmaßes und der Entwicklung von sozialer Ungleichheit in Deutschland anerkannt (vgl. Ausschuss.-Drs. 18(11)1100, S. 5ff.). Gleichwohl sind die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung mit erheblichen politischen, wissenschaftlichen und medialen Diskussionen verbunden. Zu nennen sind vor allem die Kritikpunkte, denen zufolge in der interministeriellen Ressortabstimmung zum Bericht „Schönigungen“ vorgenommen werden (Smith Ochoa und Yildiz 2019, S. 7) und/oder der Bericht teilweise soziale Probleme in Deutschland verharmlose (Paritätischer Gesamtverband 2017, S. 46).

In den Kontroversen um den Bericht fließen häufig wissenschaftliche und politische Argumentationen zusammen (Smith Ochoa und Yildiz 2019, S. 7). Denn der Armuts- und Reichtumsbericht ist nicht nur ein empirisches, sondern immer auch ein politisches Dokument, welches normative Aussagen beinhaltet (ebda., S. 11). So geht es in der Diskussion zum einen darum, was „die richtigen Fakten“ (Smith Ochoa und Yildiz 2019, S. 5) sind, um die soziale Lage in Deutschland treffend zu beschreiben. Zum anderen wird diskutiert – auch bei einer Zustimmung zu den Fakten –, wie entsprechende Ergebnisse und Entwicklungen zu deuten seien, sowie welche Folgen sich aus den Erkenntnissen für das politische Handeln ergeben sollten.

Um dieses Spannungsverhältnis der Armuts- und Reichtumsberichterstattung aufzugreifen, werden im Folgenden Ergebnisse und damit verbundene Aussagen des Fünften Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung weiteren Armuts- und Verteilungsberichten gegenübergestellt. Anhand dessen soll betrachtet werden, ob und in welcher Hinsicht Abweichungen in den Einschätzungen zur Entwicklung von sozialer Ungleichheit bestehen und worauf diese beruhen. Zurückgegriffen wird dafür auf die Armuts- und Verteilungsberichte, die auch in der parlamentarischen Diskussion zum Armuts- und Reichtumsbericht von Relevanz sind. Hierbei handelt es sich um den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie die Verteilungsberichte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Während diese drei Berichte argumentativ in eine ähnliche Richtung gehen und beispielsweise die Armutsgefährdung der gesellschaftlichen Mitte beschreiben, gibt es auch eine Reihe von Veröffentlichungen, die thematisieren, dass es in der gegenwärtigen Armutsdebatte teilweise zu Verkürzungen komme und die Zunahme von sozialer Ungleichheit überdramatisiert werde. Zur Darstellung dieser Perspektive werden aktuelle Veröffentlichungen von Cremer (2018, 2019) herangezogen.

2.3.1 Armuts- und Verteilungsberichte von WSI, DGB und Paritätischem Gesamtverband: Armut bis in die Mitte der Gesellschaft?

Das **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung** betrachtet im Rahmen eines jährlichen Verteilungsberichtes die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland. In den Berichten wird nicht die Gesamtheit der Indikatoren des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung verwendet, sondern es werden jährlich Schwerpunkte auf bestimmte Themenbereiche gesetzt.²³ Im aktuellen Verteilungsbericht des WSI wird auf Basis von SOEP-Daten die Entwicklung von Einkommensarmut und Einkommensreichtum analysiert (Spannagel 2018). Dabei wird der Frage nachgegangen, wie sich der Bevölkerungsanteil der dauerhaft von Armut Betroffenen bzw. dauerhaft in Reichtum Lebenden von Anfang der 1990er Jahre bis 2015

²³ Im „WSI Verteilungsmonitor“ werden darüber hinaus weitere Themenfelder betrachtet und aktuelle Daten und Grafiken aufgeführt: https://www.boeckler.de/wsi_47204.htm.

entwickelt hat. Im Mittelpunkt der Analyse steht das verfügbare reale Haushaltseinkommen. Als in dauerhafter Armut bzw. dauerhaftem Reichtum lebend werden diejenigen Haushalte bezeichnet, die über einen Zeitraum von fünf Jahren durchgehend ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgrenze bzw. oberhalb der Reichtumsgrenze aufweisen. Dieses Kriterium ist anspruchsvoller als jenes, das im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht zur Messung von Einkommensarmut oder -reichtum verwendet wird, wo Haushalte als dauerhaft armutsgefährdet bzw. reich eingestuft werden, wenn sie im Befragungsjahr sowie in zwei der drei vorangegangenen Jahre arm oder reich waren (BMAS 2017, S. 551 und S. 578). Die verwendete Armutsgrenze entspricht dem in der Berichterstattung der Bundesregierung verwendeten üblichen Standard und liegt bei 60 Prozent des Medians des nach Anzahl und Alter der Haushaltseinkommen gewichteten Haushaltseinkommens (siehe Abschnitt 2.2.1, S. 19). Als einkommensreich werden Haushalte bezeichnet, die über das Doppelte des mittleren Einkommens verfügen.²⁴

Die Analysen des WSI bestätigen zunächst das Ergebnis der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, wonach die Armutsquote im Jahr 2015 bei 16,8 Prozent lag (siehe Abschnitt 2.2.1, S. 20), was einen Anstieg um fast 6 Prozent gegenüber 1991 darstellt (Spannagel 2018, S. 6). Auch der Anteil der dauerhaft von Armut betroffenen Personen ist angestiegen, und zwar von 3,1 Prozent (1991-1995) auf 5,4 Prozent (2011-2015). Der Anstieg erfolgte vor allem von 1995 bis 2001 (ebda., S. 7).

Beim Einkommensreichtum verlief der Anstieg deutlich weniger stark, von 5,6 Prozent im Jahr 1991 auf 7,5 Prozent im Jahr 2015 (Spannagel 2018, S. 6). Beim Blick auf den dauerhaften Reichtum sind die Ergebnisse weniger klar, was auf die unzureichende Datenlage und auf Auswirkungen der Wiedervereinigung auf das gesamtdeutsche Medianeinkommen und damit auch auf die Reichtumsgrenze zurückgeführt wird (Spannagel 2018, S. 6). So zeigen die Daten, dass der Anteil der dauerhaft Reichen zunächst gesunken ist, von 3,3 Prozent (1991-1995) auf 2,8 Prozent (2001-2005).²⁵ Am aktuellen Rand (2011-2015) liegt der Anteil der dauerhaft reichen Haushalte mit 3,4 Prozent auf dem Niveau wie zu Beginn der 1990er Jahre. Hervorgehoben werden in der Analyse des WSI die Ergebnisse für Ostdeutschland. Hier zeigt sich ein starker Anstieg der dauerhaft armen Haushalte, ein relativ hoher Anteil an dauerhafter Armut im Vergleich zu den gesamtdeutschen bzw. westdeutschen Anteilen sowie ein niedriger Anteil der dauerhaft Reichen (ebda., S. 8).

Da im Verteilungsbericht des WSI strengere Kriterien für dauerhafte Armut bzw. dauerhaften Reichtum angelegt werden, liegen die Ergebnisse unter den Werten, die im Armuts- und Reichtumsbericht aufgeführt werden. Nach dessen Definition lag die dauerhafte Armutsgefährdung im Jahr 2015 bei 8,9 Prozent, der Anteil der dauerhaft Reichen Haushalte betrug 2015 5,4 Prozent (BMAS 2017, S. 551 und S. 578).

Zusammenfassend wird in den Analysen des WSI festgehalten, dass immer mehr Menschen in dauerhafter Armut leben und auch beim Reichtum eine Verfestigung festzustellen ist. Diese Entwicklung sei „bedenklich“, fördere soziale Spaltung und gefährde „den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft“ (Spannagel 2018, S. 11).

²⁴ Auch in den Analysen des WSI wird – analog zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – angemerkt, dass fehlende Daten vor allem die Analyse von Reichtum erschweren. Hervorgehoben wird, dass Datenquellen fehlen, mit denen Einkommen und Vermögen von Haushalten zusammenhängend betrachtet werden können sowie außerdem, dass sehr hohe Einkommen in den meisten Erhebungen wie auch im SOEP untererfasst sind.

²⁵ Der Ausgangswert (3,3 Prozent) fällt im Vergleich zu den 2,3 Prozent dauerhaft Reichen in Westdeutschland zu diesem Zeitpunkt hoch aus. Dies wird auf die Berechnung der Reichtumsgrenze zurückgeführt, welche auf Medianeinkommen beruht. Dieses ist direkt nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland, wodurch das gesamtdeutsche Medianeinkommen (und damit auch die Reichtumsgrenze) ebenfalls geringer ist als im Westen des Landes (vgl. Spannagel 2018, S. 7).

Auch der **Paritätische Gesamtverband** veröffentlicht einen jährlichen Armutsbericht, welcher zuletzt auch Bezugspunkt öffentlicher Kontroversen um Armut in Deutschland gewesen ist. Vor dem Hintergrund häufiger Kritik am relativen Armutsbegriff (Becker 2017) wird in den konzeptionellen Grundlagen zum Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes betont, dass das Konzept der relativen Armut essentiell sei, um „die Probleme der Menschen“ wirklich einfangen zu können (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 5). So wird auch positiv hervorgehoben, dass trotz der Debatte um relative und absolute Armut der relative Armutsbegriff auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung weiterhin maßgeblich ist (Paritätischer Gesamtverband 2017, S. 47). Analog zum Verteilungsbericht des WSI werden auch im Paritätischen Armutsbericht die Haushalte als arm (und nicht als armutsgefährdet) bezeichnet, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens einer Gesellschaft zur Verfügung haben. Diese Begriffsunterscheidung im Vergleich zur Berichterstattung der Bundesregierung wird mit einer Begleitstudie zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht begründet (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 7f.). Diese legt auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage dar, dass die relative Armutsschwelle genau den subjektiven Einschätzungen der Bürger_innen entspricht, ab welchem Einkommen eine Person als arm zu bezeichnen sei (Götte 2015).

Zentrale Befunde des Armutsberichts 2018 des Paritätischen Gesamtverbandes sind (auf Basis des SOEP), dass trotz guter Konjunktur ein Anstieg bei der Armut zu beobachten ist, dass vor allem untere Einkommensdezile nicht vom wachsenden gesellschaftlichen Reichtum profitieren und, dass mit einer Armutsquote von 16,8 Prozent ein Rekordhoch erreicht wurde (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 14). Betroffen sind insbesondere arbeitslose Personen, Alleinerziehende und Migrant_innen (ebda.). Weitergehend wird vom Paritätischen Gesamtverband hervorgehoben, dass die Kinderarmut in Deutschland „anhaltend und alarmierend hoch“ sei. So lebte im Jahr 2015 jedes fünfte Kind in Armut (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 14). Hierbei handelt es sich grundsätzlich um Fakten, die auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung aufgeführt werden (BMAS 2017, S.549ff.). Allerdings wird hier vor allem die hohe Armutsrisikoquote von Kindern und der starke Anstieg dieser nicht gleichermaßen problematisiert. Die Unterschiede in der Beschreibung der Ergebnisse kommen unter anderem darin zum Ausdruck, dass im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht davon gesprochen wird, dass es sich um Kinder handele, die in Armut leben, sondern „in einem Haushalt mit geringen finanziellen Ressourcen“ (BMAS 2017, S. 250).

Darüber hinaus werden im Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes auf Basis von SOEP-Daten die tiefgreifenden Folgen von Armut hervorgehoben. Dargelegt werden zum einen die zahlreichen Entbehrungen von Armutsbetroffenen, aufgeführt werden hierzu beispielsweise fehlende finanzielle Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten oder für einen eigenen Internetanschluss (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 39ff.). Zum anderen werden die höheren psychischen Belastungen von armutsbetroffenen Menschen beschrieben (ebda., S. 46).

Die Analyse von Armut in Deutschland des Paritätischen Gesamtverbandes weicht mit Blick auf die dargelegten Fakten nur unwesentlich von den Ausführungen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ab. Deutliche Unterschiede ergeben sich jedoch in der Beschreibung und Bewertung der Daten. So kommt der Paritätische Gesamtverband zu dem Schluss, dass Armut „weit in die Mitte der Gesellschaft“ (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 48) hineinreiche. Vor diesem Hintergrund wird kritisiert, dass Armut und deren Zunahme häufig nicht „sichtbar gemacht wird“ (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 57), da dadurch politischer Handlungsdruck entstehen würde. Auch aus diesem Grund hält der Paritätische Gesamtverband die Bundesregierung grundsätzlich für „die falsche Instanz, um soziale Wirklichkeit in Deutschland sachgerecht zu analysieren und zu bewerten“ (Paritätischer Gesamtverband 2017, S. 46). Kritik an der aktuellen Berichterstattung der

Bundesregierung wird auf drei Punkte bezogen: Fehlende Unterstützung von Forschung zum Ausmaß der „Dunkelziffer der Armut“, das Fehlen einer bundesweiten Wohnungslosigkeitsstatistik sowie die fehlende Veröffentlichung von Zahlen zur Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (Paritätischer Gesamtverband 2018, S. 57).

Der aktuelle **Verteilungsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)** führt keine den Bericht leitenden konzeptionellen Überlegungen an, sondern legt den Schwerpunkt auf Ergebnisse und daraus identifizierte Handlungsfelder. Die Ausführungen des DGB beziehen sich auf unterschiedliche Themenbereiche, wie die Entwicklung des Arbeits- und Kapitaleinkommens oder die Einkommens- und Vermögensverteilung. Im Unterschied zu den bisher dargelegten Armuts- und Verteilungsberichten wird häufig eine international vergleichende Perspektive eingenommen. Aufgrund dessen und der Vielfalt an Themen fußt der Verteilungsbericht des DGB auf unterschiedlichen Datenquellen.

Der DGB Verteilungsbericht geht zunächst auf die Entwicklung von Löhnen und Einkommen ein und legt dar, dass die (unbereinigte) Lohnquote 2017 bei 68,8 Prozent lag, womit sie seit einigen Jahren konstant verläuft, jedoch niedriger ist als zu Beginn der 2000er Jahre (DGB 2018, S. 15; siehe auch Abschnitt 2.2.1, S. 18). Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitseinkommen wird ein leichter Reallohnzuwachs ausgemacht. Die realen Löhne liegen jedoch – infolge von Reallohnverlusten in den 2000er Jahren – aktuell nur knapp über dem Niveau der Jahrtausendwende (DGB 2018, S. 29). Hervorgehoben wird hierbei, dass die Lohnangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland seit 20 Jahren stagniert. Weitergehend wird die Entwicklung bei Kapitaleinkommen analysiert. Herausgearbeitet wird unter anderem, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen seit dem Jahr 2000 jahresdurchschnittlich mit 3,3 Prozent stärker als die Arbeitnehmerentgelte (+2,4 Prozent) gestiegen sind (DGB 2018, S. 30ff.).

Im Verteilungsbericht des DGB wird ebenfalls konstatiert, dass aktuell ca. jede_r Sechste als „einkommensarm“ eingestuft werden kann. Analog zum Verteilungsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes wird daher festgehalten, dass Einkommensarmut mittlerweile ein „gesamtgesellschaftliches Problem“ sei (DGB 2018, S. 8). Hinsichtlich der Vermögensverteilung wird im Bericht des DGB aufgezeigt, dass die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 65 Prozent, das wohlhabendste 1 Prozent über 32 Prozent des Gesamtnettovermögens verfügen (DGB 2018, S. 53f.). Demgegenüber besitzen die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung lediglich 2,4 Prozent des Vermögens (siehe dazu auch Abschnitt 2.2.1, S. 21). Der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung ist seit 2010 um 15,6 Prozent gestiegen, was eine stetige Zunahme der Vermögensungleichheit in Deutschland aufgezeigt (DGB 2018, S. 56). Der DGB kommt zusammenfassend zu dem Urteil, dass die „Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt“ seien (DGB 2018, S. 62). Problematisiert wird im Verteilungsbericht des DGB abschließend die Wohnungspolitik. Auf Basis von Lebuhn et al. (2017) wird referiert, dass rund 40 Prozent aller Haushalte mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Vor allem Haushalte mit geringem Einkommen weisen eine hohe Mietbelastung auf. So verfügen die Haushalte, in denen die Mietbelastung 40-45 Prozent ausmacht, durchschnittlich über 730 Euro monatlich (DGB 2018, S. 65).

Mit Blick auf die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung und den Armuts- und Verteilungsberichten von WSI, DGB und Paritätischem Gesamtverband kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Fakten zur Analyse von sozialer Ungleichheit im Grundsatz geteilt werden. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in der Bewertung der Daten. In Differenz zur Berichterstattung der Bundesregierung problematisieren WSI, DGB und Paritätischer Gesamtverband deutlich stärker eine hohe und ansteigende soziale Ungleichheit in Deutschland, und bringen diese in Zusammenhang mit zunehmenden sozialen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft. Diese

Beobachtung wird vor allem mit Bezug darauf konstatiert, dass die Armutsbetroffenheit stetig zunehme und mittlerweile auch die Mitte der Gesellschaft erreicht habe.

2.3.2 Gibt es einen „Niedergangsdiskurs“?

Den Armuts- und Verteilungsberichten von WSI, DGB oder Paritätischem Gesamtverband stehen Analysen gegenüber, die in Deutschland einen „Niedergangsdiskurs“ (Cremer 2018, S. 9) beobachten, der den realen sozialen Verhältnissen in Deutschland – so die Autoren – nicht entspreche und mit Risiken für die Legitimität des Sozialstaates einhergehe (Niehues 2017). Allen voran Georg Cremer – Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg und von 2000 bis 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes²⁶ – beschreibt, dass die gegenwärtige Armutsdebatte den Armen kaum nützen würde, sondern vielmehr die Angst in der Mitte der Gesellschaft vor einem sozialen Abstieg befördere (Cremer 2018, S. 230).

Zwar beschreibt auch Cremer die Zunahme von sozialer Ungleichheit, beispielsweise mit Blick auf die Markteinkommen, die verfügbaren Einkommen oder die Armutsrisikoquote (Cremer 2018, S. 40). Dabei hebt er jedoch die zeitliche Entwicklung hervor, wonach zum Beispiel die Einkommensungleichheit in erster Linie zwischen den 1990er Jahren und 2005 stark angewachsen sei (siehe auch Abschnitt 2.2.1, S. 17). So habe sich die Einkommensschere zwar geöffnet, „aber sie öffnet sich nicht immer weiter“ (Cremer 2018, S. 40). Insgesamt würden die aktuellen Entwicklungen „nicht das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild einer drastisch schrumpfenden [...] Mitte“ (Cremer 2018, S. 42) bestätigen.

Zur Beschreibung des „Niedergangsdiskurses“ ist bei Cremer die „Kommunikation zu Armut und Armutsrisiko“ (Cremer 2019, S. 27) und die Analyse, was „Armut in einem reichen Land“ wirklich bedeutet (Cremer 2018, S. 72), essentiell. Diskussionsgegenstand ist hierbei vor allem das Konzept der relativen Armut, welches zwar als gut begründet und auch als notwendig bewertet wird, beispielsweise um Risikogruppen zu identifizieren (Cremer 2018, S. 75). Gleichzeitig legt Cremer (2018) jedoch Probleme dar, die er bei der Interpretation der relativen Armutsgefährdung beobachtet. Neben der gängigen Kritik, dass ein Anstieg der realen Einkommen aller Bundesbürger_innen zwar deren Lebensverhältnisse verbessern könne, nicht aber zu einer Veränderung bei der Armutsrisikoquote führen würde (siehe hierzu auch Becker 2017), führt Cremer vor allem die fehlende Abgrenzung zwischen Armut und Armutsrisiko an (Cremer 2018, S. 74). So liege die Armutsrisikoquote für Deutschland in der Regel oberhalb der Mindestsicherung, gleichzeitig werde das relative Armutsrisiko häufig mit relativer Armut, und diese wiederum mit Armut gleichgesetzt (Cremer 2019, S. 28). Dieses Vorgehen sei eine Verkürzung im Diskurs um Armut und soziale Ungleichheit.

Nach Cremer bedarf es daher einer Diskussion um geeignetere Indikatoren zur Analyse von Armut in Deutschland. Denn gegenwärtig verwendete Konzepte würden dazu einladen, dass Probleme von Armut ignoriert werden können oder „unabhängig von allen Bemühungen staatlicher Sozialpolitik das immer gleiche Elend zu konstatieren“ sei (Cremer 2019, S. 32). Daher regt Cremer unter anderem an, unterschiedliche Armutsquoten auszuweisen. Demzufolge könnten Einkommen unter 40 Prozent des Medianeinkommens als „starke (relative) Armut“, unter 50 Prozent als „relative Armut“ und unter 60 Prozent als „Armutsrisiko“ beschrieben werden. Mit Verweis auf Groh-Samberg (2009) – dessen Ausführungen jedoch ein anderes Verständnis von Armut zugrunde liegt – legt Cremer dar, dass bei einer Armutsdefinition „das Ziel der Abschaffbarkeit von Armut zum Ausdruck kommen [sollte]“ (Groh-Samberg 2009, S. 117).

²⁶ Georg Cremer ist zudem Mitglied des wissenschaftlichen Gutachtergremiums für den sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Insgesamt beschreibt auch Cremer (2018) in seinen Analysen einen langfristigen Anstieg sozialer Ungleichheit in Deutschland. Gleichzeitig kommt er jedoch – bei grundsätzlich gleicher Datenlage – zu einer anderen Gesamteinschätzung als das WSI, der DGB oder der Paritätischer Gesamtverband und betont, dass die aktuellen Entwicklungen nicht annähernd so drastisch seien wie häufig dargestellt.

So konstatiert Cremer zum Beispiel eine relativ stabile gesellschaftliche Einkommensmitte (Cremer 2018, S. 39ff.). Kritisch sieht Cremer vor allem die aktuelle Form des Diskurses um Armut, weil es zu einer starken Diskreditierung des Sozialstaats komme, im Zuge dessen die Solidaritätsbereitschaft der gesellschaftlichen Mitte verloren gehe. Das gegenwärtige „Lamento des immer Schlimmer“ führe in erster Linie dazu, dass Bürger_innen dem Sozialstaat die in einer demokratischen Gesellschaft notwendige Unterstützung entzögen (Cremer 2018, S. 11).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Analysen zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit in Deutschland im Grundsatz zwar auf den gleichen Fakten beruhen, sich die Dateninterpretationen jedoch erheblich zwischen den Akteuren unterscheiden.

2.4 Zwischenfazit

Auf Basis des Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung konnte in diesem Kapitel zunächst aufgezeigt werden, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland ungleich verteilt sind. Die Einkommensverteilung ist zwar seit 2005 konstant, zu Beginn der letzten Dekade, d.h. zu Beginn des 21. Jahrhunderts, waren die Einkommen insgesamt jedoch deutlich gleichmäßiger verteilt. Die Entwicklung unterscheidet sich nach Einkommensgruppen, so gingen die Löhne in den unteren Einkommensdezilen real zurück. Beim Vermögen zeigt sich eine noch stärkere Ungleichheit der Verteilung. So besitzt das oberste Dezil der Haushalte über 50 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die untere Hälfte der Einkommensverteilung zusammen nur über rund 1 Prozent der Vermögen verfügt. Seit dem Ende der 1990er Jahre ist der Vermögensabstand zwischen diesen Gruppen deutlich angewachsen.

Das Risiko arm zu sein ist zuletzt über einen längeren Zeitraum relativ konstant geblieben, wobei am aktuellen Rand ein Rekordhoch bei der Armutsrisikoquote festgestellt werden kann und einige Bevölkerungsgruppen davon besonders betroffen sind. Insbesondere Arbeitslose und Alleinerziehende zählen zu den Risikogruppen. Diese beiden Gruppen sind auch überdurchschnittlich von (erheblicher) materieller Deprivation betroffen, welche allerdings seit 2008 für beide Gruppen deutlich zurückgegangen ist.

Erwerbstätigkeit stellt den zentralen Faktor zur Verhinderung von Armut dar. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in Deutschland seit 2006 deutlich zugenommen. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist kontinuierlich zurückgegangen, während bei Langzeitarbeitslosigkeit zunächst eine Verfestigung auszumachen war, jedoch seit 2016 ein deutlicher Rückgang beobachtbar ist. Allerdings schützt auch Erwerbstätigkeit nicht immer vor geringem Einkommen und Armut. So führen die Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung sowie atypischen Beschäftigungsformen dazu, dass die Armutsrisikoquote von Erwerbstätigen seit Anfang des letzten Jahrzehnts deutlich angestiegen und besonders hoch bei Alleinerziehenden ist. Die Einführung des Mindestlohns konnte den Anteil der Personen im Niedriglohnbereich bisher nicht signifikant reduzieren, sondern lediglich den Abstand zur Niedriglohnschwelle verringern. Ein deutlicher Anstieg war in der letzten Dekade auch bei der atypischen Beschäftigung auszumachen. Diese ist zwar nicht gleichzusetzen mit prekärer Arbeit, dennoch zeigen Analysen, dass das Gehalt von atypisch Beschäftigten häufiger im Niedriglohnbereich liegt als das Gehalt von Normalbeschäftigten. Dementsprechend weisen Personen in atypischer Beschäftigung auch ein deutlich höheres Armutsrisiko auf als Personen in Normalarbeitsverhältnissen.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird durch sozialstaatliche Umverteilung begrenzt. Insbesondere bei Arbeitslosen und Alleinerziehenden sowie Kindern und jungen Erwachsenen bis 24 Jahre wird die Armutsgefährdung durch das Steuer- und Transfersystem deutlich reduziert. Trotz der steigenden bzw. hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit hat die Umverteilungswirkung durch das Steuersystem jedoch abgenommen. Zurückgeführt wird dies vor allem auf die Entlastungen bei den direkten Steuern und auf den quantitativen Bedeutungszuwachs von indirekten Steuern.

Zur Reduzierung der sozialen Ungleichheit sind Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft von Bedeutung. Analysen zur sozialen Mobilität zeigen, dass die Bildungsvoraussetzungen und der Erwerbsstatus im Elternhaus zentrale Einflussfaktoren für den Bildungs- und Berufsweg der Kinder sind. Darüber hinaus zeigen Analysen, dass die intergenerationalen Einflüsse im Bildungs- und Berufsstatus weiterhin deutlich ausgeprägt sind. So kann zwar der Bildungs- und Berufsstatus der Eltern überwunden werden und der Übergang in die nächsthöhere Kategorie gelingen. Mobilitätssprünge von der unteren in hohe Kategorien sind allerdings selten.

Mit Blick auf weitere Berichte zu Armut und Ungleichheit, insbesondere von WSI, DGB und Paritätischem Gesamtverband sowie den Veröffentlichungen von Cremer ist festzuhalten, dass die Fakten zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit in Deutschland im Grundsatz geteilt werden. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung kann als fundierte und breit akzeptierte Beschreibung zentraler Indikatoren verstanden werden. Die Bewertung der Fakten zur Entwicklung von Armut und Reichtum unterscheidet sich aber deutlich.

In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung erfolgt die Interpretation der Daten im Rahmen eines politischen Aushandlungsprozesses. Gerade vor diesem Hintergrund wird häufig Kritik an der Berichterstattung der Bundesregierung geübt. Diese bezieht sich insbesondere darauf, dass die soziale Ungleichheit in den Berichten beschönigend dargestellt wird und/oder politisch unvorteilhafte Themen mitunter ausgeklammert werden. Eine aktuelle Diskursanalyse zur Rolle des Armuts- und Reichtumsberichts im Ungleichheitsdiskurs zeigt auf, dass die Bewertungen der Befunde und die Schlussfolgerungen der Berichterstattung bis hin zu Handlungsempfehlungen vor allem in der politischen Debatte, insbesondere im Bundestag (Smith Ochoa und Yildiz 2019; S. 55), aber auch im Zuge von Stellungnahmen zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteure sowie in der medialen Diskussion, stattfindet.

Gerade in dieser Institutionalisierung des Diskurses über Armut und Reichtum (und nicht in der „wissenschaftlichen Klärung des Ungleichheitszustandes“) kann – so Smith Ochoa und Yildiz (2019) – die wesentliche Errungenschaft der regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung gesehen werden.²⁷

Die Ausführungen der anderen Armuts- und Verteilungsberichte und den Veröffentlichungen von Cremer zeigen deutlich, dass die Betrachtung von objektiven Indikatoren zur Entwicklung von sozialer Ungleichheit immer mit erheblichen Kontroversen hinsichtlich der Dateninterpretation verbunden ist. Gerade vor diesem Hintergrund scheint die Betrachtung von individuellen Wahrnehmungen von Bürgerinnen und Bürgern und deren Erwartungen an den Sozialstaat wichtig, da sie sich nicht unmittelbar aus den objektivierbaren Daten zu Armut und Ungleichheit ergeben.

²⁷ Dahingehend lässt sich auch beobachten, dass der wissenschaftliche und mediale Diskurs zum Armuts- und Reichtumsbericht auch zu einer Weiterentwicklung der Berichterstattung führen kann. Beispielsweise sollen im sechsten Armuts- und Reichtumsbericht gegenwärtige Kritikpunkte an der Berichterstattung berücksichtigt und unter anderem die Subjektperspektive gestärkt sowie die Datengrundlage zu Wohnungslosigkeit verbessert werden (BMAS 2019).

3. Wahrnehmung von Ungleichheit

3.1 Einleitung

Soziale Ausgrenzung kann als kumulativer und interdependenter Prozess der Benachteiligung in einer Vielzahl unterschiedlicher, für die Lebensführung relevanter Funktionsbereiche der Gesellschaft verstanden werden. Dabei variiert die Frage, welche Bereiche das jeweils konkret sind, mit dem gesellschaftlichen Kontext wie auch der persönlichen Einschätzung. So kann auch die *Wahrnehmung von Ungleichheit* vom „objektiven“ Maß der Ungleichheit, wie es z.B. durch Armutsgefährdungsquoten oder den Gini-Koeffizienten abgebildet wird, abweichen.

Daten zur *Wahrnehmung* von Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung liegen in Deutschland u.a. durch die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) vor. Nach 1984, 1991, 1994 und 2004 wurde 2014 im ALLBUS zum fünften Mal ein Schwerpunkt auf „Soziale Ungleichheit“ gelegt.²⁸

Daten zur wahrgenommenen (Un-)gerechtigkeit der Erwerbseinkommen liegen zudem aus dem SOEP vor. Seit 2009 wird hier auch alle zwei Jahre die Einschätzung des eigenen Erwerbseinkommens abgefragt (vgl. hierzu vor allem Kapitel 4 der vorliegenden Expertise). Ländervergleichend finden sich die umfangreichsten Daten im International Social Survey Programme (ISSP). Allerdings wird das Ungleichheitsmodul im ISSP nur in einem etwa zehnjährigen Turnus erhoben, nach 1987, 1992 und 1999 zuletzt 2009.

Ergebnisse zur Einschätzung des Ausmaßes sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch die Bevölkerung finden sich auch in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung und einigen im Zuge der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Auftrag gegebenen Studien. Zudem haben sich zahlreiche weitere, quantitative und qualitative empirische Studien mit Fragen der Einschätzung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit und den Folgen beschäftigt.

Dieses Kapitel referiert zunächst Forschungsergebnisse zu den Einschätzungen der Bevölkerung bezüglich des Ausmaßes sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, beleuchtet Einflussfaktoren und Folgen wahrgenommener Ungleichheit und Ungerechtigkeit und zeichnet schließlich die zeitlichen Entwicklungen nach. Beleuchtet werden zudem Wahrnehmungen verteilungsbedingter Konfliktpotenziale sowie Einschätzungen zur Solidarität in der Gesellschaft und zu den erwarteten wirtschaftlichen Folgen wahrgenommener Ungleichheit.

3.2 Einschätzungen der Bevölkerung zum Ausmaß sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Bereits der 3. Armuts- und Reichtumsbericht (BMAS 2008) behandelte die Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit und fasste zusammen:

- Reichtum wird von den Menschen nicht nur mit finanziellen Potenzialen in Zusammenhang gebracht, sondern vor allem auch mit Gesundheit und Bildungschancen;
- ein Großteil der Bevölkerung ist der Auffassung, man werde nur reich, wenn man über gute Beziehungen und gute Ausgangsbedingungen verfüge;

²⁸ Im Rahmen des ALLBUS 2014 wurden 3471 Personen (2.362 im Westen, 1109 im Osten Deutschlands), die nach einem zweistufigen Verfahren aus den Einwohnermelderegistern zufällig ausgewählt worden waren, in persönlich-mündlichen CAPI-Interviews (computer assisted personal interview) befragt. Wie in den vorangegangenen Jahren auch wurden zwei Module des International Social Survey Programme (ISSP) [...] zusammen mit dem ALLBUS-Interview erhoben. Mit der Durchführung der Studie war TNS-Infratest in München beauftragt (Wasmer et al. 2017, S. 5).

- sehr kritisch wird die Vergütung von Vorständen reflektiert;
- eine „leistungsgerechte“ Ungleichverteilung von Einkommen wird durchaus akzeptiert, extreme Armut jedoch wegen der mit ihr verbundenen Einschränkungen, Unsicherheiten und psychischen Belastungen kritisiert²⁹;
- extremer Wohlstand wird vor allem kritisch betrachtet, wenn er mit Verschwendung einhergeht und zur Abgrenzung genutzt wird.

Auch Noll und Weick kamen in einer 2012 veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass nicht einmal jeder Dritte die sozialen Unterschiede in Deutschland für gerecht hielt (Noll und Weick 2012).

Ähnliche Befragungen wurden für den 4. und 5. Armuts- und Reichtumsbericht durchgeführt. So liegen umfangreiche jüngere Zahlen zur subjektiven Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland durch einen für den Fünften Armuts- und Reichtumsbericht erstellten Survey³⁰ (Götte 2015) vor. Hier zeigte sich:

- 44 Prozent der Befragten nehmen in Deutschland einen Anstieg der Armut wahr, 31 Prozent einen Anstieg des Reichtums – die Schere geht in der Wahrnehmung auseinander;
- zwei von drei Befragten sehen ein Risiko der Altersarmut;
- 50 Prozent der Befragten glauben, den Armen werde in Deutschland genug abverlangt;
- zwei von drei Befragten meinen, Reiche sollten mehr abgeben.

Im Statista-Dossier „Armut in Deutschland“ (2018) zusammengetragene Daten mehrerer Befragungen aus den Jahren 2016 und 2017 untermauern ebenfalls, dass ein großer Teil der Bevölkerung erhebliche Probleme und Ungerechtigkeiten bezüglich der Armut und Ungleichverteilung von Einkommen sieht und dass eine Mehrheit unzufrieden mit den politischen Antworten oder zumindest Bemühungen hinsichtlich dieser Themen ist. Einige Schlaglichter auf Fragen und Antworten:

- Ist Armut in Deutschland heute ein (sehr) großes Problem?
ja: 70 Prozent, nein: 29 Prozent
- Wie haben sich die Unterschiede zwischen arm und reich in Deutschland verändert?
größer geworden: 82 Prozent, gleich geblieben: 12 Prozent, weniger geworden: 3 Prozent
- Stimmen Sie der Aussage zu, dass die Einkommensunterschiede heutzutage in unserem Land viel zu groß sind?
Stimme voll und ganz zu: 60 Prozent, stimme eher zu: 32 Prozent
- Ist Hartz IV ausreichend für das, was man zum Leben braucht?
nein: 55 Prozent, ja: 37 Prozent
- Fühlen Sie sich für das Rentenalter genügend abgesichert?
nein: 57 Prozent, ja: 39 Prozent
- Stimmen Sie der Aussage zu, dass die Regierung in unserem Land Maßnahmen ergreifen sollte, um die Einkommensunterschiede zu reduzieren?
Stimme voll und ganz zu: 53 Prozent, stimme eher zu: 31 Prozent
- Trauen Sie der Bundesregierung zu, eine mögliche Altersarmut zu verhindern?
nein: 67 Prozent, ja: 28 Prozent

(Statista 2018, verschiedene Befragungen).

In einer Studie von Brenke und Kritikos (2017) stellen die Autoren auf der Basis von Allbus-Daten ebenfalls fest, dass viele Bürgerinnen und Bürger den wahrgenommenen gesellschaftlichen Verhältnissen kritisch gegenüberstehen. Unabhängig von der eigenen materiellen Lage war auch hier die Auffassung verbreitet, in Deutschland mangle es an sozialer Gerechtigkeit.

²⁹ Qualitative Untersuchung aus dem Jahr 2008, BMAS 2008, S. 3.

³⁰ Datengrundlage für die Auswertung lieferte eine repräsentative deutschlandweite Bevölkerungsbefragung. Teilgenommen haben 2.021 volljährige Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Schließlich sei als weitere aktuelle Studie mit ähnlichen Befunden eine von Mau und Heuer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte einschlägige Studie angeführt (Mau und Heuer 2017). In der hierfür durchgeführten repräsentativen Befragung³¹ stimmten dem Item „Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß“ 49 Prozent der Befragten voll und ganz zu und weitere 33 Prozent eher zu (ebda., S. 4). Die Autoren stellen fest: „Es handelt sich hierbei um ein weit verbreitetes Unbehagen über die Ungleichheit, denn in allen sozio-demographischen Gruppen stimmt eine breite Mehrheit dieser Einschätzung zu. Die Kritik am Ausmaß der sozialen Ungleichheit ist in Ostdeutschland mit 85 Prozent Zustimmung größer als in Westdeutschland mit 81 Prozent und bei Frauen (84 Prozent) größer als bei Männern (80 Prozent); zudem ist sie tendenziell größer bei Personen mit niedrigerem Schulabschluss und geringerem Einkommen. Stark ausgeprägt ist die Zustimmung in den unteren sozialen Schichten“ (ebda., S. 4).

Wie Adriaans und Liebig (2018) in einer aktuellen Studie auf der Basis des SOEP und der repräsentativen LINOS-Studie³² zeigen, wird Ungleichheit im Erwerbseinkommen von der Bevölkerung dabei keineswegs grundsätzlich abgelehnt. Allerdings empfindet ein großer Anteil der Befragten die aktuelle Verteilung der Bruttoerwerbseinkommen in Deutschland als ungerecht. Dies gilt vor allem für die Mitte und das untere Ende der Einkommensverteilung: Eine große Mehrheit der Befragten beurteilt die niedrigen und mittleren Erwerbseinkommen insgesamt als zu niedrig. So empfinden nur rund vier Prozent der Befragten ein durchschnittliches Brutto-Monatseinkommen von 1.200 Euro, wie es beispielsweise Reinigungskräfte, Friseur_innen oder Paketbot_innen erhalten, als gerecht und nur für 16 Prozent der Befragten sind mittlere Einkommen von durchschnittlich 2.700 Euro, wie sie zum Beispiel Krankenschwestern bzw. Krankenpfleger, Buchhalter_innen oder Elektriker_innen verdienen, gerecht, während über 80 Prozent selbst bei mittleren Einkommen eine ungerechte Unterbezahlung identifizieren (ebda., S. 804). Hohe Einkommen werden dieser Studie zufolge seltener als ungerecht empfunden.

Insgesamt weisen die vorliegenden Studien damit durchweg auf ein hohes

„Ungerechtigkeitsempfinden“ der Bevölkerung in Bezug auf die Einkommensverteilung hin.

3.3 Ursachen und Folgen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Ursachen und Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit

Einigkeit besteht in der Forschung bezüglich der Frage, dass die Wahrnehmung von Ungleichheit nicht immer mit dem tatsächlichen Ausmaß von Ungleichheit in der Gesellschaft oder auch ihrer zeitlichen Entwicklung korreliert. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass ähnliche (Einkommens-)Ungleichheiten in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen werden (Niehues 2016, ISSP-Daten). Es stellt sich daher die Frage, welche Umstände die Wahrnehmung von Ungleichheit und gesellschaftlicher (Un-)Gerechtigkeit respektive „Fairness“ beeinflussen (können). Diermeier et al. (2017) weisen in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Medienberichterstattung hin. In ihrer Studie verknüpfen sie Daten zur Medienberichterstattung über Ungleichheitsthemen mit den Antworten, die von Befragten im SOEP hinsichtlich der Einschätzung von Ungleichheit und gesellschaftlicher (Un-)Gerechtigkeit gegeben wurden. Als Ergebnis ihrer Regressionsanalysen zeigt sich, dass eine verstärkte mediale Berichterstattung über Ungleichheitsthemen unabhängig von der tatsächlichen Entwicklung dazu führt, dass sich Personen, die kurz darauf im Rahmen des SOEP

³¹ Repräsentative Bevölkerungsbefragung im Rahmen des FES-Projektes „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ zur „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, in der u.a. die Präferenzen der Bevölkerung zur Ausrichtung und Finanzierung des Sozialstaates erhoben wurden. Befragt wurden 2.000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren sind, per computergestützten Telefoninterviews zwischen dem 30.11.2015 und dem 18.12.2015 durch TNS Infratest.

³² Die LINOS-Studie (Legitimation of INequality Over the life-Span) ist eine repräsentative Befragung von im Jahr 2011 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen.

befragt wurden, besorgter über die wirtschaftliche Situation des Landes sowie über die gesellschaftliche Einkommensverteilung und Fairness zeigten (ebda.). Die Autor_innen schließen daraus, dass sich die Zunahme der Besorgnis von Bürger_innen hinsichtlich der Ungleichheit von Einkommen abgekoppelt von der realen Entwicklung vollziehe. Stattdessen sei sie (auch) auf mediale Beeinflussung zurückzuführen (ebda., vgl. ähnlich zur Rolle der Medien zuvor auch schon Schröder und Vietze 2015).

Wie Engelhardt und Wagener (2016, 2018) in einer experimentellen Studie gezeigt haben, wissen Deutsche faktisch sehr wenig über die tatsächliche Einkommensverteilung und soziale Schichtung in Deutschland. Auch ihre eigene Position können sie nur schlecht einordnen.³³ Ihnen ist diese Unwissenheit auch durchaus bewusst. Nichtsdestotrotz zeigt sich eine Präferenz für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung im Verhältnis zu der ihrer Einschätzung nach existierenden (Ungleich-)Verteilung. Daran änderte sich auch nach Aufklärung über die tatsächliche Einkommensverteilung in einer zweiten Befragungsrunde nichts – außer bei denjenigen, die erfuhren, dass sie im deutschen Steuer-Transfersystem Nettozahler seien (ebda.).

Unterschiede im gewünschten Maß an (Un-)Gleichheit – nicht nur bei der Wahrnehmung existierender (Un-)Gleichheit – zeigen sich allerdings zwischen West- und Ostdeutschland. Exemplarisch können hierzu Untersuchungen von Kuhn genannt werden. Kuhn (2013) hat auf der Basis von ISSP-Daten ermittelt, dass es zwar in einem Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland – erwartungsgemäß – Unterschiede bezüglich der Wahrnehmung von Ungleichheit, bezüglich der Verteilungsnormen und der Umverteilungspräferenzen gibt. Die Diskrepanzen zwischen den vorherrschenden Verteilungsnormen (also z.B. der Beurteilung bestimmter Erwerbseinkommen als „gerecht“) waren jedoch deutlich kleiner als die Diskrepanzen zwischen der Wahrnehmung von Ungleichheit und den Präferenzen für staatliche Umverteilung. Insgesamt ermittelte er für Ostdeutschland eine größere Präferenz für staatliche Umverteilung und progressive Besteuerung als im Westen und folgert daraus, dass das sozialistische System der DDR seine Spuren weniger in dem hinterlassen habe, was für eine gerechte Primärverteilung auf dem Arbeitsmarkt gehalten werde, sondern vielmehr in den Erwartungen an den Staat, durch Umverteilung für eine gerechte Sekundärverteilung zu sorgen.

Folgen der Wahrnehmung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Empfundene Einkommensungerechtigkeit wirkt sich negativ auf die subjektive Gesundheit wie auch die allgemeine Lebenszufriedenheit aus (Sachweh und Sthamer 2016, S. 242f.). Wahrgenommene Ungleichheit kann zudem dazu führen, dass das Vertrauen in das ökonomische System schwindet: In seinen ökonometrischen Analysen auf der Basis der ISSP-Daten zur Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit in verschiedenen Ländern kommt Kuhn (2016) zu dem Ergebnis, dass die Höhe der wahrgenommenen Ungleichheit von Gehältern statistisch signifikant mit dem (fehlenden) Vertrauen in das Funktionieren des Arbeitsmarktes bzw. der generellen Marktmechanismen korreliert. Je größer die Ungleichheit der Einkommen empfunden wird, desto weniger glauben die Menschen, dass Löhne auf Leistung beruhen und damit dem meritokratischen Prinzip folgen. Im Gegensatz zur tatsächlichen Einkommensverteilung kann die subjektiv empfundene Ungleichheit in einer Gesellschaft zudem einen Großteil der Variation in der Bewertung von Einkommensunterschieden und auch der Umverteilungspräferenzen erklären (Niehues 2016, ISSP-Daten).

Wenn Menschen den Anschluss an den durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft verlieren, kann ihre Bindung an den allgemeinen Wertekonsens loser werden. Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Ausgrenzung und sozialer Ungerechtigkeit einerseits und Gefährdungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt andererseits werden vor allem hinsichtlich zweier Phänomene diskutiert: Der verstärkten Zuwendung zu rechtspopulistischen Gruppierungen

³³ Wie Kuhn (2015) auf der Basis eines internationalen Vergleichs deutlich gemacht hat, ist dies allerdings kein spezifisch deutscher Befund.

und Parteien sowie dem Rückzug aus der politischen Partizipation, insbesondere durch „Nichtwählen“.

Dass Verteilungsfragen, insbesondere Prekarisierung und die Sorge, hiervon betroffen zu sein, in Zusammenhang mit dem Aufstieg der neuen Rechtsparteien steht, ist inzwischen vielfältig untersucht worden. So zeigt eine Studie von Brenke und Kritikos (2017), dass es Menschen, die insgesamt besorgt sind, vor allem zur AfD (allerdings auch zu den Linken) zieht. Koppetsch (2018) zeigt auf, inwiefern Rechtspopulismus für sozial Deklassierte ein politisches Narrativ bietet, „das Verwerfungen und Dysfunktionen (neo-)liberaler Gesellschaften in einem neuen, für die Betroffenen vorteilhaften Licht erscheinen lassen“ (ebda., S. 382).

Wahrgenommene Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Einkommensverteilung können, wie Adriaans und Liebig (2018) herausgearbeitet haben, nicht nur zum nachlassenden Engagement am Arbeitsplatz (s. hierzu detaillierter Kapitel 4), sondern auch zum Rückzug aus dem politischen Willensbildungsprozess führen.

In den vergangenen Jahren ist einige empirische Forschung zur Frage vorgelegt worden, wie sich die Struktur derer zusammensetzt, die sich (zumindest temporär) von der demokratischen Teilhabe durch Wählen zurückgezogen haben. Besonders deutlich zeigt sich die Korrelation zwischen Arbeitslosenquote und (fehlender) Wahlbeteiligung, wo es nach kleinräumigen Auswertungen von Schäfer et al. (2013) einen klaren Zusammenhang zu geben scheint: Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Stadtteil, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgeben. „Nichtwählen“ ist vor allem eine Frage der Einkommensklasse, der Menschen angehören. Nur 7 Prozent aller Nichtwähler stammte bei der Bundestagswahl 2013 aus dem obersten Einkommensquintil. Dagegen gingen aus dem untersten Einkommensquintil fast 4 von 10 Personen nicht zur Wahl – doppelt so viele, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprochen hätte.

Umgekehrt proportional ist dagegen die Mitgliedschaft in politischen Parteien. Hier waren in den 2000er Jahren rund 39 Prozent der Menschen aus dem obersten Einkommensquintil aktiv, dagegen nur 11 Prozent der Menschen aus dem untersten Einkommensquintil. Diese Ungleichheit hat sich nach Daten von ALLBUS seit den 1980er Jahren weiter verstärkt (Schäfer et al. 2013). Wie Adriaans und Liebig (2018) herausgearbeitet haben, führen vor allem empfundene Ungerechtigkeiten am unteren Ende der Einkommensverteilung zu einem Rückzug aus dem demokratischen Prozess.

Wahrgenommene Ungerechtigkeiten im oberen Bereich der Einkommensverteilung gehen dagegen vor allem mit der Reduktion der eigenen Anstrengungen am Arbeitsplatz einher.

3.4 Zeitliche Entwicklungen der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Gerlitz et al. (2012) haben auf Basis von Survey-Daten des International Social Justice Project (ISJP) und makroökonomischen Daten der offiziellen Statistik die Veränderungen der Wahrnehmung von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland in den anderthalb Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung (Datenwellen 1991 – 2006) untersucht.³⁴ Auf der Grundlage von vier verschiedenen Fragen/Items zur wahrgenommenen Gerechtigkeit zeigt sich, dass Westdeutsche über die gesamte Periode Deutschland als gerechter wahrnahmen als Ostdeutsche, dass jedoch die Diskrepanz in den Wahrnehmungen im Beobachtungszeitraum sank. Auffallend war vor allem der Befund, dass die größten kurzfristigen Veränderungen in Westdeutschland zu beobachten waren, wo die Gerechtigkeit am Ende des untersuchten Zeitraums deutlich geringer eingeschätzt wurde als zur Zeit der

³⁴ Die Analysen beruhen auf deutschen ISJP Trenddaten aus repräsentativen Befragungen, die 1991, 1996, 2000 und 2006 durchgeführt wurden. Das Sample bestand aus 11,254 Fällen, darunter 7,059 Westdeutschen (63 Prozent) und 4,195 Ostdeutschen (37 Prozent). Zudem wurden Makrodaten der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes verwendet (zur Beschreibung s. Gerlitz et al. 2012, S. 267). Die Analyse basiert auf mehrschrittigen Mehrebenenmodellen (ebda.).

Wiedervereinigung (während sich in Ostdeutschland um 2006 geringere Ausschläge zeigten).³⁵ Mit ökonomischen Methoden testeten die Autor_innen drei mögliche Faktorenbündel: den sozio-ökonomischen Status, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sowie Gerechtigkeitsideologien. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass die ökonomische Entwicklung mit der Entwicklung von Gerechtigkeitsvorstellungen verknüpft ist: angesichts einer schwachen ökonomischen Entwicklung und hoher Arbeitslosigkeit Mitte der „Nuller Jahre“ sei der Glaube an die Gerechtigkeit des Systems ins Wanken geraten (ebda.).

Den Trend zu einer Wahrnehmung stärkerer Ungleichheit in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts arbeitet auch Böhnke heraus, weist jedoch zugleich auf schichtspezifisch unterschiedliche Entwicklungen hin: „Die Ungleichheit der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten hat sich in der Wahrnehmung der Befragten zwischen 1998 und 2007 verstärkt: Privilegierte Bevölkerungsgruppen – hohes Einkommen, hoher beruflicher Status, Selbsteinordnung in einer hohen Gesellschaftsschicht – sehen für sich in diesem Zehnjahreszeitraum einen Chancenzuwachs; benachteiligte Gruppen – niedriges Einkommen, Arbeitslose, Selbsteinstufung unten in der gesellschaftlichen Hierarchie – eine Schwächung ihrer Möglichkeiten“ (Böhnke 2015, S. 6, s. auch Böhnke 2014). Die Ergebnisse stimmen tendenziell mit denen von Faik und Becker (2009) überein, die ebenfalls auf die vor allem bei (Langzeit-)Arbeitslosen in diesem Zeitraum deutlich gestiegene Unzufriedenheit bezüglich der Einkommensverteilung und der wahrgenommenen Kluft zwischen Arm und Reich hinweisen. Zwischen 2007 und 2012 hat sich laut Böhnke nach Daten des European Quality of Life Survey die Wahrnehmung der individuellen Teilhabechancen jedoch insgesamt nicht weiter verschlechtert (Böhnke 2015, S. 6).

Bei historischer Betrachtung ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und die kritische Bewertung des Ausmaßes sozialer Ungleichheit in Deutschland keine neuen Phänomene sind. So bezeichnete bereits im Jahr 1992 eine große Mehrheit der Bevölkerung – etwa 84 Prozent in Westdeutschland und sogar 98 Prozent in Ostdeutschland – die Unterschiede bei den Einkommen in Deutschland als zu groß (Nüchter et al. 2010, S. 27).

3.5 Wahrnehmung sozialer Spannungen und Konflikte

Hinweise auf mögliche Spannungen und Konflikte in Verbindung mit der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit ergeben sich aus einer Studie, die Wolfgang Glatzer und Team an der Universität Frankfurt im Auftrag des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes angefertigt haben (Glatzer et al. 2008).³⁶ In dieser Studie, die sich vor allem mit der Wahrnehmung von Reichtum beschäftigt, ermittelten die Wissenschaftler_innen auf der Basis von drei 2005, 2006 und 2007 durchgeführten Sozialstaatssurveys, dass jeweils etwa 80 Prozent der Befragten aus dem untersten Einkommensdezil wie auch aus der breiten Mitte der Einkommensverteilung (weniger im obersten Dezil) große oder sehr große Konflikte zwischen Arm und Reich sahen.

Die Autor_innen kommen zu dem Schluss: „Die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Arm und Reich durch die Bevölkerung ist in Deutschland überraschend hoch. [...] Knapp vier Fünftel der Bevölkerung nehmen diesen Gegensatz [zwischen arm und reich, d. Verf.] als starken Konflikt wahr. Im Vergleich zu anderen Konflikten wird nur der Konflikt zwischen links und rechts höher eingeschätzt. Die Konfliktwahrnehmung ist bei den Hocheinkommen zwar etwas niedriger als bei der übrigen Bevölkerung, aber in allen Einkommensschichten wird mit großer Mehrheit ein eher starker Konflikt erkannt. Es hat den Anschein, als ob in diesem Bereich die Konfliktwahrnehmung der

³⁵ Zu unterschiedlichen Einstellungen zwischen West- und Ostdeutschland s. auch die Studie von Wagner (1996).

³⁶ Die Studie stützt sich auf verschiedene Primärerhebungen, die im Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ durchgeführt wurden. In der repräsentativen Umfrage wurden 5000 ausgewählte Personen aus der deutschen Wohnbevölkerung telefonisch befragt. Die Durchführung erfolgte durch das Markt- und Sozialforschungsinstitut aproxima in Weimar. Ein zweites empirisches Standbein stellten drei Gruppendiskussionen und fünf Einzelinterviews zum Thema Reichtum dar.

Bevölkerung sensibler ist als dies bei Experten in Wissenschaft, Politik und Medien der Fall ist“ (ebda., S. 75).

Ausführlich hat sich auch Hasberg in ihrer 2016 publizierten (unter Betreuung von Glatzer angefertigten) Dissertation zum Thema „Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit: Deutschland und die USA im Vergleich“ mit der Frage einer Verbindung von wahrgenommener Ungleichheit und wahrgenommenen Konflikten zwischen Arm und Reich beschäftigt (Hasberg 2016, S. 204ff.). Wie sie auf der Basis von ISSP-Daten aus drei Wellen (1987, 1999, 2009) ermittelte, dominierte zwar (mit jeweils über 40 Prozent) die Einschätzung, es gäbe „schwache Konflikte“ zwischen arm und reich, doch immerhin rund 25-30 Prozent - mit steigender Tendenz über den Betrachtungszeitraum – gingen von „großen Konflikten“ aus. Dabei nahmen Frauen die Konflikte stärker wahr als Männer und junge Menschen eher als alte, ebenso nahmen ärmere Menschen den Konflikt zwischen Armen und Reichen stärker wahr als reiche Menschen. Wahrnehmungsdifferenzen zwischen gesellschaftlich höher und niedriger gestellten Menschen zeigten sich weniger deutlich, gerade hier stieg die Konfliktwahrnehmung aber zwischen 1999 und 2009 deutlich an (ebda., S. 218).³⁷ Die Verfasserin kommt daher zu dem Schluss: „Es drängt sich damit die Vermutung auf, dass mit weiter wachsender Ungleichheit auch das Konfliktpotential steigt, um irgendwann stärker aus der Latenz herauszuwachsen und in Form offener Konflikte ausgetragen zu werden“ (ebda., S. 222).

3.6 Einschätzungen zum Stellenwert und den Ausprägungen von Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft

Steigende Ungleichheit stellt nicht per se eine Gefahr für die Solidarität und den Zusammenhalt in der Gesellschaft dar; es kommt vielmehr darauf an, ob bzw. wie Ungleichheit wahrgenommen und inwiefern sie akzeptiert wird.

In seiner Wiener Dissertation konnte Gert Lang (2017) mittels

Mehrebenenstrukturgleichungsmodellen mit ISSP-Daten zeigen, dass Akzeptanzbereitschaft in Bezug auf soziale Ungleichheit nicht nur von individuellen, sondern gleichzeitig von regionalen Faktoren bestimmt ist, und dass Interaktionseffekte zwischen den Ebenen bestehen. Wie er zeigt, hängt Akzeptanz in beträchtlichem Maße von der gesellschaftlichen Verfasstheit und nicht nur von individuellen Dimensionen ab.

Die Frage, welche konkreten gesellschaftlichen Folgen im Hinblick auf Solidarität und Zusammenhalt als Folge einer ungleichen Einkommensverteilung von der Bevölkerung in Deutschland gesehen werden, hat bislang nur vereinzelt im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gestanden.

Belegt ist durch die bereits erwähnte aktuelle Untersuchung von Mau und Heuer (2017), dass die Menschen in Deutschland mehrheitlich davon ausgehen, dass die bestehende Ungleichheit längerfristig negative Folgen für die *Wirtschaftsentwicklung* haben werde. So stimmten in der repräsentativen Befragung dem Item „das Ausmaß der sozialen Ungleichheit schadet langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland“ 40 Prozent der Befragten voll und ganz zu und weitere 36 Prozent eher zu (Mau und Heuer 2017, S. 4). Dies belegt, dass der vielbeschworene Trade Off zwischen sozialer Gleichheit und wirtschaftlicher Entwicklung – der besagt, dass ein hoher Umverteilungsgrad mit niedrigen Arbeits- und Investitionsanreizen und als Folge einem niedrigen Wirtschaftswachstum einhergehe – zumindest von der Bevölkerung nicht so eingeschätzt wird. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Ungleichheit auch ökonomisch für die Volkswirtschaft Nachteile bringe. Allerdings traut nur ein geringerer Teil der Befragten dem Sozialstaat zu, durch Leistungen, bspw. im Bereich der Arbeitslosenversicherung oder der Gesundheitsversorgung, zu mehr

³⁷ Amerikanische Bürger_innen schätzen den Konflikt zwischen arm und reich allerdings noch deutlich größer ein als deutsche (Hasberg 2016, S. 208). Zu unterschiedlichen Ländervergleichen in Bezug auf die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit s. auch die in Edlund et al. (2017) versammelten Beiträge.

Gleichheit beizutragen.³⁸ Einer entsprechenden Aussage stimmten nur 19 Prozent der Befragten voll und ganz zu, weitere 41 Prozent stimmten teilweise zu. Die Autoren deuten dies nicht als eine Ablehnung von Umverteilung, sondern vermuten eine Skepsis, die auf lebensweltlichen Erfahrungen beruht (ebda., S. 6).

Sachweh und Sthamer (2016, S. 244f.) weisen auf möglicherweise gegenläufige Entwicklungen hin. Einerseits sehen sie Anzeichen dafür, dass die Zunahme kritischer Einstellungen zur Ungleichverteilung in den höheren Einkommensklassen zu einer höheren Zustimmung zu sozialstaatlicher Umverteilung und damit mehr Solidarität führe (Bsp.: Breite Zustimmung zum Mindestlohn). Gleichzeitig konstatieren sie jedoch eine im Zuge gestiegener Einkommensungleichheit und Individualisierung gesunkene Bindung an intermediäre Akteure (wie Kirchen, Vereine), die dazu führe, dass Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen keinen gemeinsamen sozialen Raum mehr teilten. Die Herausforderung steigender Ungleichheit – und des darüber vermittelten Ungerechtigkeitsempfindens – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestehe daher auch, so die Autoren, „im Risiko einer zunehmenden Segmentierung sozialer Lebenswelten, die keinen gemeinsamen Erfahrungsraum mehr stiftet“ (ebda. S. 245).

3.7 Zwischenfazit

Mit Daten aus dem ALLBUS (Wellen seit 1984), dem SOEP (Wellen seit 2009) und dem ISSP (Wellen seit 1987) liegen insgesamt umfangreiche Daten zur Wahrnehmung und Beurteilung der Einkommensverteilung und sozialen Ungleichheit vor, wenn auch die Daten in unterschiedlichen Abständen erhoben werden und vielfach keine lückenlosen Zeitreihen existieren, die präzise Aussagen über längerfristige Entwicklungen zulassen würden. Auch im NEPS finden sich relevante Daten, die sich insbesondere auf die Erwartung individueller Chancen beziehen.

Insgesamt weisen die vorliegenden Umfragen und Studien durchweg auf ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in Bezug auf die Einkommensverteilung hin. Zeitreihenuntersuchungen zeigen, dass Westdeutsche über die gesamte Periode 1991 - 2006 Deutschland als gerechter wahrnahmen als Ostdeutsche, dass jedoch die Diskrepanz in den Wahrnehmungen im Beobachtungszeitraum sank. Besonders in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts gab es in beiden Teilen Deutschlands einen Trend zur Wahrnehmung stärkerer Ungleichheit. Forschungsergebnisse aus diesem Zeitraum weisen zudem auf eine große Wahrnehmung von Konflikten zwischen Arm und Reich durch die Bevölkerung in Deutschland hin. Frauen nehmen den Daten zufolge die Konflikte stärker wahr als Männer und junge Menschen eher als alte, ebenso nehmen ärmere Menschen den Konflikt zwischen Armen und Reichen stärker wahr als reiche Menschen. Die Akzeptanzbereitschaft in Bezug auf soziale Ungleichheit ist dabei nicht nur von individuellen, sondern gleichzeitig von regionalen Faktoren bestimmt.

Dabei wird, wie die Forschung zeigt, Einkommensungleichheit von der Bevölkerung nicht per se abgelehnt. Gerechtigkeitsdefizite werden allerdings vor allem im Bereich niedriger Einkommen gesehen, die mehrheitlich als zu niedrig eingeschätzt werden – und zwar sowohl von Beziehern niedriger, wie auch höherer Einkommen. Auch zu hohe Einkommen werden als ungerecht angesehen, insofern der Mechanismus von Leistung und Gegenleistung – wie bei (zu) niedrigen Einkommen – hier als „außer Kraft gesetzt“ wahrgenommen wird.

Zugleich zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland faktisch sehr wenig über die tatsächliche Einkommensverteilung und soziale Schichtung in Deutschland wissen und auch ihre eigene Position nur schlecht einordnen können. Mehrere Studien weisen auf einen hohen Einfluss der medialen Berichterstattung auf die Einschätzung und Bewertung der (ungleichen) Einkommensverteilung durch die Bevölkerung hin.

³⁸ Vgl. hierzu detaillierter Kapitel 5 der vorliegenden Expertise.

Empfundene Einkommensungerechtigkeit wirkt sich negativ auf die subjektive Gesundheit wie auch die allgemeine Lebenszufriedenheit aus. Wahrgenommene Ungleichheit ist gekoppelt mit fehlendem Vertrauen in das Funktionieren des Arbeitsmarktes und kann zudem dazu führen, dass das Vertrauen in das ökonomische System schwindet. Mehrheitlich gehen die Menschen in Deutschland den vorliegenden Daten zufolge davon aus, dass die bestehende Ungleichheit längerfristig negative Folgen für die Wirtschaftsentwicklung haben wird.

Vorliegende Studien weisen darauf hin, dass mit der Wahrnehmung einer hohen Ungleichheit die Bindung an den allgemeinen Wertekonsens loser wird (bzw. werden kann). Prekarisierung und die Sorge, hiervon betroffen zu sein, werden in der Forschung in Zusammenhang mit dem Aufstieg der neuen Rechtsparteien gebracht. Die vorliegenden Daten belegen u.a., dass „Nichtwählen“ vor allem eine Frage der Einkommensklasse ist, der Menschen angehören.

Allerdings ist die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit weder ein neues Phänomen in Deutschland, noch im internationalen Vergleich übermäßig stark ausgeprägt.

Die vorliegenden Studien können keine kausalen Antworten darauf liefern, warum die wahrgenommene Ungleichheit nicht mit der tatsächlichen Verteilungssituation übereinstimmt. Hier stellt sich die Forschungsfrage, wodurch sich Unterschiede in der wahrgenommenen Ungleichheit erklären lassen.

Auch zur Frage möglicher künftiger Auswirkungen der wahrgenommenen und kritisch beurteilten Ungleichheit können vorliegende Befragungsdaten nur begrenzt Auskunft geben. In der Forschung findet sich einerseits die Vermutung, dass die Zunahme kritischer Einstellungen zur Ungleichverteilung in den höheren Einkommensklassen zu einer höheren Zustimmung zu sozialstaatlicher Umverteilung und damit mehr Solidarität führen könnte, andererseits wird die Gefahr gesehen, dass Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen keinen gemeinsamen sozialen Raum mehr teilen und sich die Lebenswelten daher entkoppeln. In jedem Fall verweisen die Ergebnisse auf politischen Handlungsbedarf.

4. Wahrnehmung der persönlichen Situation

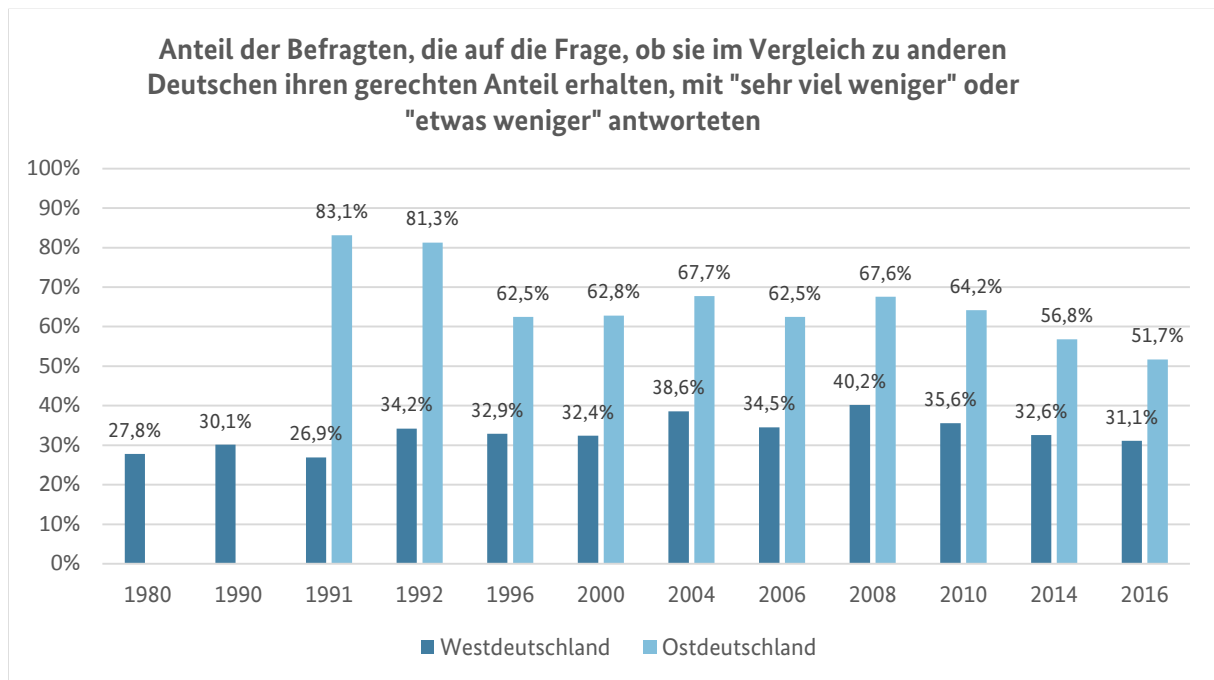
4.1 Einleitung

Die Wahrnehmung der persönlichen Situation und ihrer Veränderung im gesellschaftlichen Gefüge, insbesondere der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe, kann eine Quelle von Zufriedenheit oder Unzufriedenheit sein und politische Orientierungen wie auch das Verhalten mit beeinflussen. Dabei werden soziale Integration und soziale Ausgrenzung individuell erfahren. Sie decken sich nicht unbedingt mit der nach objektiven Kriterien guten oder schlechten Lebenslage. Der Blick darauf, wie Menschen ihre persönliche Situation wahrnehmen, wo Ausgrenzungsempfinden trotz objektiv guter Lebenslage vorherrscht oder umgekehrt, wo trotz einer objektiven Unterversorgung ausgeprägte Teilhabechancen gesehen werden, hilft zu verstehen, wie Handlungsmöglichkeiten eingeschätzt werden und wie mit zur Verfügung stehenden Ressourcen umgegangen wird. Im Folgenden werden zunächst wichtige Studien referiert, die sich mit der Einschätzung der eigenen sozialen Teilhabe und ihren Veränderungen im Zeitablauf beschäftigen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf das Phänomen der „Abstiegsangst“ geworfen. Anschließend wird auf das mögliche Auseinanderfallen von objektiver Situation und subjektiver Wahrnehmung eingegangen, bevor jeweils ein kurzer Blick auf ermittelte Gründe und Folgen gefühlter sozialer Ausgrenzung geworfen wird. Das Kapitel schließt mit einem knappen Zwischenfazit.

4.2 Die Einschätzungen der eigenen sozialen Teilhabe – Befunde und zeitliche Entwicklungen

Seit über 30 Jahren fragen Wissenschaftler_innen des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften im ALLBUS, ob die Bevölkerung in Deutschland nach eigener Einschätzung ihren „gerechten Anteil“ erhält. Die vorliegenden Daten belegen, dass das gefühlte Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung meist bei großen politischen Umbrüchen umschwingt. Im Beobachtungszeitraum war dies vor allem in den Wendejahren nach der Wiedervereinigung sowie nach Beginn der Wirtschaftskrise 2007 zu sehen (siehe Abbildung 2; Glatzer auf der Basis des ALLBUS, zitiert nach NDR 2019). Betrachteten 1980 noch 67,5 Prozent der (westdeutschen) Bevölkerung ihren Anteil am Einkommen als „gerecht“ und nur 28,5 Prozent als viel oder etwas zu gering, so glaubten 1991 nur 40,9 Prozent der (gesamtdeutschen) Bevölkerung, einen gerechten Anteil zu erhalten, dagegen 55,3 Prozent, dass ihr Anteil zu gering sei. Bis 2010 blieb der Anteil derer, die ihren Einkommensanteil für „gerecht“ hielten, unter der 50 Prozent-Marke, stieg allerdings sukzessive an und erreichte 2016 schließlich wieder 55 Prozent (bei 38,1 Prozent, die ihren Anteil am Einkommen für zu gering halten). Nach wie vor große Unterschiede in der Einschätzung gibt es dabei zwischen Befragten in den alten und den neuen Bundesländern, auch wenn die Schere sich (sehr) langsam schließt: Zwischen 1991 und 2016 sank der Anteil der „Unzufriedenen“ in Ostdeutschland von 83,1 Prozent auf (immer noch beträchtliche) 51,7 Prozent; in Westdeutschland stieg er im gleichen Zeitraum von 26,9 Prozent auf 31,1 Prozent, hatte seinen „Peak“ allerdings mit über 40 Prozent im Folgejahr der Wirtschaftskrise von 2007 (ebda. – vgl. Abbildung 2). Besonders unzufrieden zeigen sich nach den ALLBUS-Daten Personen mit niedrigem Einkommen, neben Arbeitslosen aktuell allerdings auch Teilzeitbeschäftigte (ebda.).

Abbildung 2: Einschätzung der eigenen sozialen Teilhabe in Westdeutschland und Ostdeutschland, 1980 - 2016



Quelle: Eigene Grafik nach Daten von Glatzer, zitiert nach NDR 2019, auf Basis des ALLBUS 1980-2016.

Vor allem die sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts – in den „Nullerjahren“ – mehrenden Anzeichen einer zunehmenden Unzufriedenheit mit dem eigenen Einkommen erregten das wissenschaftliche Interesse. So ermittelten Liebig und Schupp (2007, 2008), dass immer mehr Erwerbstätige ihr Einkommen als ungerecht empfanden. Ihren Berechnungen auf Basis von SOEP-Daten zufolge war allein zwischen 2005 und 2007 der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, von rund 26 Prozent auf rund 35 Prozent angestiegen. In Westdeutschland war der Anstieg in dieser Phase dabei stärker als in Ostdeutschland.³⁹ Vor allem bei den Beziehern mittlerer Einkommen verstärkte sich in dieser Phase offenbar das Gefühl, ein ungerechtfertigt niedriges Einkommen zu erhalten. Personen, die ihr Einkommen als zu niedrig empfanden, wiesen zudem überdurchschnittlich viele Krankentage auf. In der SOEP-Welle von 2011 bewerteten erneut etwa 35 Prozent der Befragten Erwerbstätigen ihr Erwerbseinkommen aus selbstständiger oder nicht-selbstständiger Tätigkeit als ungerecht, wie eine Untersuchung von Shamon (2014) ergab.

Schneider (2018) betont auf der Basis einer auf Logit-Schätzungen beruhenden multivariaten Betrachtung von SOEP-Daten, dass über alle Lohngruppen hinweg der Nettoverdienst als ungerechter empfunden werde als der Bruttoverdienst und dies auch durch die Aussicht auf Transferleistungen nicht abgemildert werde.

Seit dem Jahr 2009 wird die wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens alle zwei Jahre im SOEP erfragt. Die Daten ermöglichen es, die Einschätzung der Erwerbstätigen in Bezug auf ihre eigene Entlohnung wie auch in Bezug auf die (Erwerbs-)Einkommensverteilung insgesamt zu beobachten. Aus einer auf diesen Daten beruhenden aktuellen Studie von Adriaans und Liebig (2018) wird deutlich, dass die überwältigende Mehrheit der Befragten niedrige Einkommen für zu gering halten und auch die Mitte der Einkommensverteilung tendenziell noch als zu niedrig

³⁹ Damit bestätigen die SOEP-Daten - bei Unterschieden im Detail - die dargestellten Ergebnisse des ALLBUS.

bewertet wird (vgl. Kapitel 3). Mehrheitlich fänden die Befragten insofern eine Anhebung niedriger Einkommen angebracht (ebda., S. 805).

Aus der „Status-Wert-Theorie“, der „New Theory of Distributive Justice“ und aus tauschtheoretischen Erklärungsansätzen lässt sich schließen, dass Menschen ihr eigenes Einkommen in Abhängigkeit vom Durchschnittseinkommen, der Einkommensungleichheit und ihrer sozialen Position in einem Einkommensgefüge als gerecht oder ungerecht einschätzen (Shamon 2014, S. 397). In einer 2012 durchgeführten internetbasierten Umfrage mit integriertem experimentellem Versuchsaufbau fand Shamon diese Hypothese bestätigt, insofern sich die Befragten bei ihren Einkommensgerechtigkeitsbewertungen vor allem am Durchschnittsverdienst von Personen mit gleicher beruflicher Qualifikation orientierten (ebda.). Schneck (2013) kommt in einer Studie ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Wahrnehmung von Einkommensungerechtigkeiten zumeist auf einem Vergleich mit „peers“ beruhe. Nach einem gerechten Lohn gefragt, nannten die Befragten dennoch meist höhere Beträge.

Bezogen auf das eigene Einkommen zeigen sich c.p. unterschiedliche Einschätzungen in Abhängigkeit vom eigenen Bildungsniveau: Menschen mit niedriger Bildung empfinden sich häufiger auch dann nicht als arm, wenn sie unter die objektive Armutsgrenze fallen. Im Unterschied hierzu empfinden Hochgebildete ihr Einkommen häufiger auch dann als nicht ausreichend, wenn es über der objektiven Armutsgrenze liegt. Ebenso tendieren Ältere bei gleichem Einkommen eher als Jüngere dazu, sich als arm zu empfinden (Lejeune et al. 2017).⁴⁰

Die Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung bezieht sich allerdings nicht nur auf das eigene (Erwerbs-)Einkommen. Wie Böhnke auf Basis des European Quality of Life Survey ermittelt hat, blickten 2012 18 Prozent der deutschen Bevölkerung pessimistisch in die Zukunft. „13 bis 15 Prozent gaben an, dass sie sich nicht zurechtfinden, weil ihnen das Leben zu kompliziert erscheine, oder sie vermissten Wertschätzung für das, was sie tun. Jeweils neun Prozent der Bevölkerung in Deutschland beklagten fehlenden Respekt oder fühlten sich aus der Gesellschaft ausgegrenzt“ (Böhnke 2015, S. 6). Jeder Fünfte stimmte zwei oder mehr dieser Aussagen zu. Damit lag die Einschätzung der eigenen sozialen Teilhabe ähnlich wie schon im Jahr 2007, nachdem sich der Glaube an die eigenen Teilhabemöglichkeiten im vorangegangenen Jahrzehnt verschlechtert hatte (ebda.). Achatz und Wenzig (2008) fokussierten in ihrer Studie die Selbstwahrnehmung von ALG II-Leistungsempfängern. Auf der Basis von 2005 und 2006 geführten Interviews mit ALG II-Leistungsempfängern⁴¹ zeigte sich: Im ersten Jahr der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende empfand mehr als jeder Dritte Leistungsbezieher Statusverluste. Etwa jeder Fünfte erwartete eine Verbesserung seiner Lebenssituation. Die Akzeptanz der Reform hing zum einen von persönlichen Merkmalen der Leistungsbezieher und ihren Arbeitsmarktchancen ab, aber auch von der Ausgestaltung und Anwendung der Aktivierung, wobei umfassende Beratungsleistungen die Akzeptanz der Betroffenen erhöhten. In einer neueren qualitativen Studie kommt Hirsland (2016) auf der Basis von narrativen Interviews mit ALG II-Empfängern, die mehrfach befragt wurden (Panelstudie) zu dem Ergebnis, dass die Befragten sich ganz überwiegend als „verkannte Randständige einer von ihnen als normativ definierten Mittelschicht“ verstehen in einer Gesellschaft, die ihre Mitte verloren habe (ebda., S. 371). Dieser Befund kann als Indiz dafür gesehen werden, dass die breit geführte Diskussion über das Bröckeln der Mittelschicht – unabhängig von tatsächlichen Befunden – bereits als kritisches Faktum wahrgenommen wird und von Teilen der Gesellschaft zur Deutung der eigenen, marginalisierten Position eingesetzt wird.

Dem stehen allerdings deskriptive Auswertungen des SOEP gegenüber, die zeigen, dass die *Lebenszufriedenheit insgesamt* in Deutschland seit ca. 2006 gestiegen ist, und zwar sowohl in West-

⁴⁰ Datengrundlage: Informationen von allen 40- bis 85-jährigen Befragten der Basisstichproben 1996, 2002, 2008 und 2014 des Deutschen Alterssurveys (DEAS), die am mündlichen Interview teilgenommen haben.

⁴¹ IAB-Querschnittsbefragung zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (N= 20.832) im Rahmen der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Auftrag gegebenen Evaluation des SGB II.

als auch in Ostdeutschland und im Zuge der verbesserten Arbeitsmarktlage der letzten Jahre in den unteren Einkommensgruppen sogar etwas stärker als in den oberen Einkommensgruppen (Schöb 2017). Auch der internationale Vergleich korrigiert den Eindruck, dass sich besonders viele Menschen in Deutschland abgehängt fühlen bzw. ihre eigenen Teilhabechancen als gering ansehen: Im Vergleich zu anderen EU-Ländern ist das durchschnittliche Ausgrenzungsempfinden in Deutschland relativ niedrig. Nur in wenigen (vor allem nordischen) Ländern äußern sich die Menschen im Durchschnitt positiver über ihre wahrgenommenen Teilhabechancen. Vor allem in ost- und südeuropäischen Ländern fühlt sich dagegen die Bevölkerung durchschnittlich weniger integriert (Böhnke 2015, S. 7).

4.3 Abstiegsängste und ihre Ursachen

Von der Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation ist die Einschätzung der eigenen zukünftigen Entwicklung zu unterscheiden, auch wenn beide nicht unabhängig voneinander sind. Politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit hat hier vor allem das Thema der „Abstiegsangst“ erlangt. Gleich mehrere Studien zum Thema „Abstiegsängste“ liegen von Holger Lengfeld, teils mit Koautor_innen, vor. Auf der Basis von Datenanalysen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) über einen Zeitraum von 30 Jahren (1984 – 2014) kommt er gemeinsam mit Jessica Ordemann zu dem Ergebnis, dass vor allem in den 1990er und 2000er Jahren in Deutschland die Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Verlust des jeweiligen sozioökonomischen Status zugenommen habe (Lengfeld und Ordemann 2017, S. 167).⁴² Bis 2005, so die Ergebnisse der Auswertungen, stieg die empfundene Unsicherheit in allen Schichten an, am stärksten in der „mittleren Mitte“ (ebda.).

„Abstiegsängste“ zeigen sich in Deutschland stärker als in anderen Ländern (Erlinghagen 2008) an der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Erlinghagen, der sich in mehreren Studien mit der tatsächlichen und wahrgenommenen Beschäftigungsstabilität beschäftigte, hat in diesem Zusammenhang auf der Basis von SOEP-Daten auf einen auf den ersten Blick überraschenden Befund hingewiesen (Erlinghagen 2010): Während die Beschäftigungsstabilität in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung trotz vielfältiger sozialer, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen erstaunlich konstant geblieben ist und sie sich in Ostdeutschland seit den 1990er Jahren langsam an die (noch) höhere Beschäftigungsstabilität in den alten Bundesländern annäherte, lässt sich seinen Auswertungen zufolge seit etwa 2001 – und damit bereits deutlich vor der „Krise“ um 2008 – ein sprunghafter Anstieg der Angst vor Jobverlust in West und Ost verzeichnen. Der Autor führt diese Verunsicherung vor allem auf die tief greifenden sozialpolitischen Veränderungen im Beobachtungszeitraum zurück, insbesondere die Hartz-Reformen und die zunehmende Einkommensungleichheit.

Unterschiedliche Einschätzungen und Ergebnisse gibt es dagegen bezüglich der Entwicklung von Abstiegsängsten in jüngerer Zeit. So diagnostizieren Lengfeld und Ordemann (2017) schon für 2006 – 2014 wieder einen Rückgang der Statusverunsicherung durch alle Schichten, wobei ihren Ergebnissen zufolge die Besorgnis in der mittleren Mittelschicht sogar überdurchschnittlich sank (ebda.). Hieraus leiten die Autoren die These ab, dass es sich bei der „mittleren Mittelschicht“ um das sensible Zentrum der Gesellschaft handle. Als Begründung wird die besondere Investition der Mittelschicht in den eigenen Status angeführt (Lengfeld und Ordemann 2017). Verwendet man den Ansatz der SINUS-Milieus, so kommt man für die Bevölkerungsgruppe der „bürgerlichen Mitte“ zu ähnlichen Befunden: Diese wird in den SINUS-Milieu-Studien charakterisiert durch ein ausgesprochen starkes Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung sowie nach gesicherten Verhältnissen, wobei die Sorge um den eigenen Stuserhalt und die Kalkulierbarkeit des Lebens als entscheidende Zufriedenheitskriterien gelten.

⁴² Auswertungen des SOEP mit maximal 49.102 Erwerbstätigen, für die 286.049 Beobachtungen vorliegen. Methode: deskriptive Trendanalysen, random effects ordered probit-Regressionen mit anschließenden marinsplot.

In einer weiteren Ausarbeitung (Lengfeld 2017) kommt der Autor sogar zu dem Schluss, dass die Abstiegsangst der Deutschen gegenwärtig so gering wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr sei: Nur knapp ein Drittel der Deutschen Sorge sich gegenwärtig vor dem Abstieg. Dies sei für Westdeutschland der zweitniedrigste Wert seit Beginn der Messungen 1984.⁴³ In Ostdeutschland ist demzufolge das Ausmaß der Sorgen zwar nach wie vor höher als im Westen, zugleich wurde dort jedoch ein stärkerer Rückgang der Abstiegsängste verzeichnet. Der Autor vermutet als Gründe die vergleichsweise gute ökonomische Entwicklung, aber auch, dass sich die Erwerbstätigen möglicherweise zunehmend besser mit den neuen Unsicherheiten arrangiert haben könnten und gelernt hätten, diese zu bewältigen („Coping“). Der Rückgang der Abstiegsangst war seinen Auswertungen zufolge sowohl bei Frauen wie auch bei Männern zu konstatieren, und zwar in verschiedenen Altersgruppen und sozialen Schichten in ähnlicher Weise (ebda.).

Lengfeld steht mit der Aussage eines Rückgangs von Abstiegs- und Zukunftsängsten nicht alleine – so argumentieren auch Felbermayr et al. (2017), dass die Bürger_innen angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung auch bezüglich ihrer persönlichen Entwicklung zuversichtlicher würden. Dem steht allerdings eine ebenfalls umfangreiche Forschungsliteratur gegenüber, die – basierend sowohl auf quantitativen als auch auf qualitativen empirischen Studien – von weiterhin bestehenden und z.T. in den vergangenen Jahren sogar zugenommenen Zukunfts- und Abstiegsängsten ausgeht, so dass eine „Entwarnung“ nicht angezeigt scheint.

So belegen die Forschungsergebnisse von Grabka et al. (2016) weiterhin vermehrte Abstiege aus der Mitte, und Burkhardt et al. (2013) kommen zu dem Ergebnis, dass sich diejenigen, die nicht abgestiegen sind, zunehmend um den Verlust ihres sozialen Status sorgen.

Bei der Untersuchung von (Abstiegs-)Sorgen oder sogar Ängsten gilt es offenbar, wie die Ergebnisse von Schöneck et al. (2011) zeigen, die Zeitperspektive mit zu berücksichtigen. In der zwischen kurzfristigen sozialen Risiken und langfristigen Abstiegsgefahren differenzierenden Studie (basierend auf einer Auswertung des SOEP 2011) zeigte sich, dass akute Bedrohungsgefühle und unmittelbare Abstiegsängste nur in bestimmten Gruppen (untere Einkommensschichten, Personen im Osten) ausgeprägt waren. Zukunftspessimismus – als Befürchtung, dass der eigene Lebensstandard und insbesondere der der nachfolgenden Generation nicht aufrechterhalten werden könne – fand sich dagegen in sämtlichen sozialen Schichten. Die Autor_innen schließen aus diesem Befund, dass sich Verunsicherungsdynamiken (zumindest) in der Mittelschicht nicht unbedingt in der Erfahrung konkreter Abstiege manifestieren, sondern in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse, die keine Stabilität oder gar Aufstieg mehr versprechen. Sie kommen zu dem Schluss: „Nennenswerte Teile der Bevölkerung in Deutschland haben danach den Glauben an langfristigen Wohlstandsgewinn und kollektiven Aufstieg verloren“ (ebda., S. 1).

Qualitative Studien zu Verängstigungsszenarien (vgl. z.B. Betzelt und Bode 2017, S. 202f.) verweisen zudem darauf, dass nicht nur die Mittelschicht von Abstiegsängsten bedroht sei. Dauerhafte Unsicherheit sorgen gerade dort für Ängste, wo der „totale“ Abstieg in Exklusion drohe und zugleich wenige Optionen erkennbar seien, diese Bedrohung hinter sich zu lassen. Hieraus schließen Bode und Lüth (2018, S. 375), „dass nicht unter Gegenwartsbedingungen erfahrene oder für die nahe Zukunft antizipierte wirtschaftliche Deprivation, sondern das Empfinden von Unsicherheit in längerfristiger Perspektive und im Hinblick auf die Entwicklung des eigenen sozialen Status Zukunftsängste antreiben“. Diese langfristige Furcht betrifft vor allem den sozialen Abstieg im Alter. Sie scheint den Autor_innen zufolge keine Frage sozialer „Klassen“ zu sein: Bezogen auf die Angst vor einem solchen Abstieg hat das Einkommen zwar einen starken Effekt; trotzdem gibt es sie in allen Einkommenslagen (ebda., S. 390). Bode und Lüth (2018, S. 391) fassen ihre Ergebnisse zusammen als „unruhiger Blick nach vorn“. Sie diagnostizieren eine spezifische „Angstspirale“ bei der diejenigen Bundesbürger_innen, die subjektiv ein hohes Maß an Zukunftsangst haben, zugleich auch ihr

⁴³ Basis der Analysen sind Umfragedaten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Jahre 1991 bis 2016 mit Angaben von über 40.000 Erwerbstätigen.

Vertrauen in Instanzen wie das Alterssicherungssystem verlieren, die genau dieser Angst begegnen könnten.⁴⁴

Die verschiedenen Studien zu „Abstiegsängsten“ eint der Befund, dass das mentale Sicherheitsgefühl nicht unbedingt ein Spiegel der faktisch existierenden Erwerbsrisiken und Ungleichheiten ist. Diesen möglichen Diskrepanzen zwischen „objektiver“ und „subjektiver“ Prekarisierung und Ausgrenzung wird im folgenden Abschnitt vertieft nachgegangen.

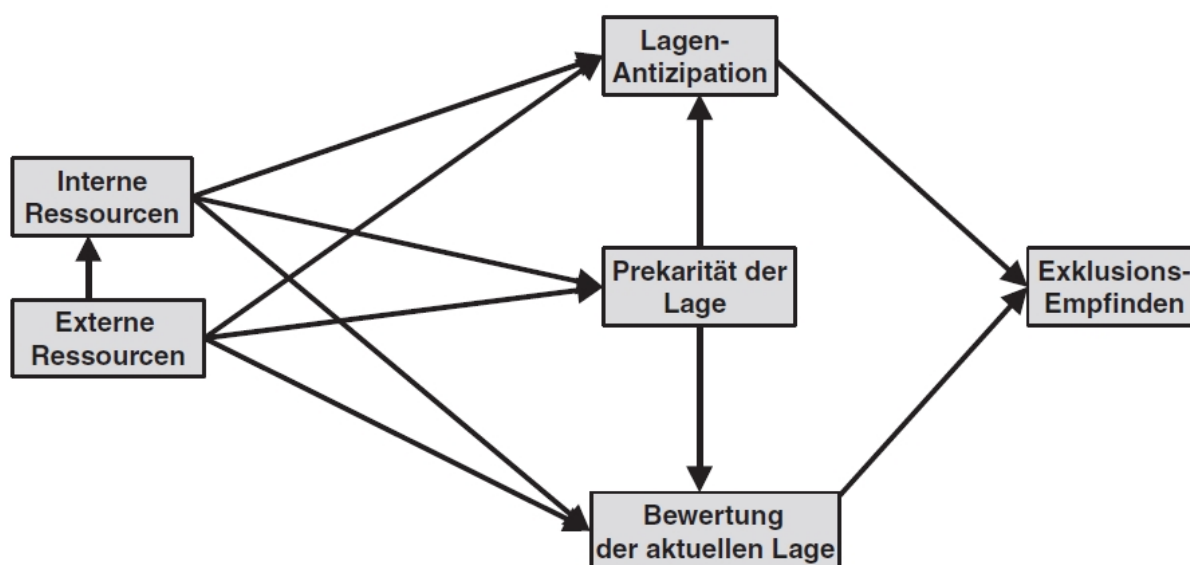
4.4 Befunde zum Verhältnis von objektiver Situation und subjektiver Einschätzung

Ganz offensichtlich decken sich die objektive Situation (wie auch ihre Veränderung im gesellschaftlichen Gefüge) und die subjektive Einschätzung der eigenen Situation (und ggf. ihrer Veränderung) nicht zwangsläufig. Diese Beobachtung ist aus soziologischer wie auch politischer Perspektive von besonderem Interesse. Wieweit objektive Situation und subjektive Wahrnehmung miteinander zusammenhängen bzw. voneinander abweichen, wurde bereits in einer Ende der 1990er Jahre in Frankfurt durchgeführten empirischen Studie untersucht (Mielke 2000). Ausgangspunkt war die durch wiederholte Umfragen bestätigte Beobachtung, dass Personen ihre eigene wirtschaftliche Lage über Jahre hinweg tendenziell günstiger (!) als die allgemeine wirtschaftliche Lage beurteilten. Bei der empirischen Überprüfung der für die Bewertung wirtschaftlicher Lagen relevanten Faktoren wurden ALLBUS-Datensätze der Jahre 1982, 1986, 1991 und 1996 und der Wohlfahrtssurvey des Jahres 1993 mithilfe linearer und logistischer Regressionen analysiert. Die Untersuchung zeigt, dass beide Beurteilungen Resultat unterschiedlicher Wahrnehmungsquellen sind: Während für die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation die direkte Realitätserfahrung (wie Vergleiche mit anderen Personen oder früheren Zeiten) maßgeblich ist, ist für die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation offensichtlich indirekte Realitätserfahrung (z.B. die Berichterstattung durch Medien) ausschlaggebend. In der Studie bestätigte sich die Tendenz zur asymmetrischen Beurteilung: Am größten war die Gruppe derer, die die eigene wirtschaftliche Situation gut und gleichzeitig die allgemeine wirtschaftliche Situation schlecht beurteilten. Aus der Studie geht hervor, „dass diese asymmetrische Beurteilung von sechs Faktoren signifikant beeinflusst wird. Dem politischen Informationsniveau, der Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, der Furcht vor Arbeitslosigkeit, dem Haushaltsnettoeinkommen, der subjektiven Schichteinordnung sowie der Parteibindung“ (ebda., S. 73). So schätzten Anhänger einer bestimmten Partei die wirtschaftliche Lage schlechter ein, wenn die von ihnen unterstützte Partei in der Opposition war und besser, wenn sie in der Regierung war (Tendenz zur Legitimation/Delegitimation). Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation fiel am besten aus, „wenn Personen die allgemeine wirtschaftliche Situation möglichst positiv beurteilen, ein möglichst hohes Nettoeinkommen haben und sich der oberen Schicht zugehörig fühlen. Personen schätzen weiterhin ihre wirtschaftliche Lage besonders gut ein, wenn sie stark in einen Arbeitsprozess eingebunden sind, ihre berufliche Stellung in der Zukunft als nicht gefährdet ansehen und bisher keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit gemacht haben“ (ebda., S. 78). Welche Faktoren die subjektive Wahrnehmung der eigenen Situation beeinflussen, wurde seitdem mehrfach untersucht. Im Folgenden wird näher auf eine Studie von Bude und Lantermann (2006) eingegangen, die sich insbesondere auf die Wahrnehmung von Prekarität und sozialer Teilhabe konzentriert und auf die in späteren Forschungsarbeiten wiederholt Bezug genommen wurde. In Erweiterung des in der Psychologie verbreiteten Stressmodells von Lazarus und anderen entwickelten die Autoren das so genannte „Prekaritäten-Ressourcen-Modell“ des Exklusionsempfindens (PRE-Modell). Das Modell verknüpft externe und interne Ressourcen mit objektiver Exkludiertheit/Prekarität und subjektivem Exklusionsempfinden. Dabei wird davon

⁴⁴ Hier kommt es zu massivem Kontrollverlust bei gleichzeitig hohem Handlungsdruck – eine typische Quelle von Angstgefühlen (vgl. Betzelt und Bode 2017, S. 197-200).

ausgegangen, dass das Gefühl, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, zwar von der objektiven Situation beeinflusst wird, aber auch weitere Faktoren wie die Haushaltsökonomie, die Erwerbssituation, die soziale Vernetzung, das Institutionenvertrauen und das psychophysische Wohlbefinden Einfluss auf die Einschätzung der persönlichen Situation im Kontext des gesellschaftlichen Ganzen haben (ebda.). Wie die folgende, der Studie von Bude und Lantermann (2006) entnommene Grafik zeigt, erwächst das Empfinden von Exklusion den Analysen der Autoren zufolge aus einem Zusammenspiel zwischen internen und externen Ressourcen,⁴⁵ der objektiven Situation, sowie der subjektiven Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation wie auch der Antizipation der möglichen künftigen Entwicklung (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Prekaritäten-Ressourcen-Modell des Inklusionsempfindens



Quelle: Bude und Lantermann (2006, S. 237, Abb.1).

Zur empirischen Überprüfung des PRE-Modells wurde im April 2003 eine vom Hamburger Institut für Sozialforschung in Auftrag gegebene bundesweite Telefonbefragung vom Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum der Universität Duisburg-Essen durchgeführt.⁴⁶ Die Auswertung der quantitativen Erhebung auf der Basis des theoretischen Modells ergab u.a. (Bude und Lantermann 2006, S. 242ff.)⁴⁷:

- Eine *objektiv prekäre Lage* hat vor allem *indirekte Wirkungen* auf das *Exklusionsempfinden*, allerdings in geringerem Maße auch *direkte Effekte*: Je günstiger die gegenwärtige Lage objektiv war, desto positiver wurde diese im Regelfall auch beurteilt. Auch die Einschätzung der künftigen Entwicklung korrelierte positiv mit der objektiven Lebenslage in den verschiedenen Bereichen.
- Die *Lagebewertung* und *Lagenantizipation* wurde auch durch die Verfügbarkeit über *interne und äußere Ressourcen* bestimmt. Wie die Autoren herausarbeiteten, wirken auf die Bewertung der eigenen Lage u.a. das Alter, das Vorhandensein einer Partnerschaft, das Nettoeinkommen sowie insbesondere die interne Ressource „Kohärenzsinn“ ein.

⁴⁵ Zu den internen Ressourcen zählen die Autoren individuelle Kompetenzen und Fähigkeiten, die für die Bewältigung von unsicheren und riskanten Situationen und Anforderungen günstig sind, zu den externen Ressourcen Einkommen, Bildung, partnerschaftliche Bindung, beruflicher Status, Geschlecht und Alter (Bude und Lantermann 2006, S. 237).

⁴⁶ Der Interviewleitfaden bestand aus rund 150 Fragen. Insgesamt wurden 1518 zufällig ausgewählte Frauen und Männer mit Wohnsitz in Deutschland befragt (Bude und Lantermann 2006).

⁴⁷ Zu berücksichtigen ist, dass für die Testung des Modells in der zitierten Publikation nur Erwerbstätige einbezogen wurden.

- Entsprechend wurde das *Prekaritätsempfinden* sowohl von *externen als auch von internen Ressourcen* bestimmt. Die Faktoren berufliche Position, Einkommen, Partnerschaft und Geschlecht als externe Ressourcen tragen ebenso wie die internen Ressourcen „Unbestimmtheitsorientierung“ und „Kohärenzsinn“ zu der beobachteten Varianz der Wahrnehmung der Lebenslage bei. Dabei werden die internen Ressourcen von den externen Ressourcen mit beeinflusst.
- Nach den empirischen Befunden determinieren die beiden Bewertungsdimensionen „*Lagenantizipation*“ und „*Lagenbewertung*“ (sowie die objektive Lage) die Varianz des *Exklusionsempfindens* in erheblichem Maße. Neben diesen Faktoren sind jedoch weitere Faktoren bedeutsam – erneut der Kohärenzsinn, das Geschlecht und die berufliche Position. So fühlen sich Frauen c.p. öfter ausgeschlossen als Männer, während Personen mit höherer beruflicher Position, aber auch Personen mit mehr Kohärenzsinn sich weniger häufig ausgeschlossen fühlten.

Die Autoren kommen zu dem Fazit: „Wer mit Widersprüchen und Unausgeglichenheiten umzugehen weiß und bei aller Ungewissheit in dem, was er sieht und unternimmt, einen Sinn zu erkennen vermag, wird auch durch das massive Schwanken seines sozialen Grundes nicht aus der Bahn geworfen. Wer hingegen die Komplexitätssteigerung durch Verunsicherung nur schlecht aushalten kann, zweifelt schnell an seiner Bedeutung fürs gesellschaftliche Ganze“ (ebda., S. 249).

Weitere Studien haben seitdem bestätigt, dass das subjektive Exklusionsempfinden als eigenständiges Konstrukt gleichberechtigt neben dem Konstrukt der objektiven Exkludiertheit oder Prekarität der Lebenslage in theoretischen Arbeiten wie auch empirischen Untersuchungen zu berücksichtigen ist.

4.5 Gründe für wahrgenommene Teilhabeprobleme

Die Forschung hat sich weniger mit der Frage beschäftigt, welche Gründe Personen selber für als gering wahrgenommene eigene Teilhabechancen verantwortlich machen, als vielmehr mit der Frage, welche Charakteristika Personen kennzeichnen, die sich als sozial ausgegrenzt empfinden und/oder ihre eigenen Teilhabechancen als gering einschätzen.

Wie in wissenschaftlichen Studien wiederholt herausgearbeitet worden ist, erweist sich vor allem Arbeitslosigkeit als entscheidende Determinante für das individuelle Zugehörigkeits- bzw. Ausgrenzungsgefühl in der Gesellschaft. Arbeitslose sind in hohem Maße durch den Eindruck belastet, nicht mehr Teil der Gesellschaft zu sein. Dies gilt vor allem für Langzeitarbeitslose, während Erwerbstätigkeit mit der Wahrnehmung verbunden ist, zur Gesellschaft dazuzugehören, insbesondere, wenn die Beschäftigung unbefristet ist (Böhnke 2015) und wenn es sich um eine Vollzeitbeschäftigung handelt (NDR 2019). Auch geringe Bildung, niedriges Einkommen und Armut korrelieren mit einem überdurchschnittlichen Ungerechtigkeits- und Ausgrenzungsempfinden. Wie Böhnke (2015) ermittelt hat, erweist sich in multivariaten Analysen Arbeitslosigkeit jedoch als stärkster Faktor für das Ausgrenzungsempfinden, und zwar selbst dann, wenn im Haushaltskontext keine Verarmung vorliegt (ebda., Daten für 2012, Datenbasis European Quality of Life Survey). Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen anderer Studien (wie bspw. Shtamer et al. 2013). Das Normalarbeitsverhältnis ist am stärksten mit einer positiven Einschätzung der gesellschaftlichen Teilhabe verbunden, während davon abweichende Beschäftigungsformen wie beispielsweise Befristungen und Leiharbeit dieses positive Integrationsgefühl nicht im gleichen Ausmaß vermitteln können (Gundert und Hohendanner 2014).

Das Ausgrenzungsempfinden steigt weiterhin dort, wo Menschen wenig Sozialkontakte haben und wo ihnen die gesundheitlichen Voraussetzungen für Interaktion in der Gesellschaft fehlen (ebda., S. 7). Dagegen zeigte sich – unter Kontrolle von Arbeitslosigkeit, sozialer Lage etc. – kein erhöhtes Ausgrenzungsempfinden bei in Deutschland lebenden Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (ebda.).

Wie Poppitz (2016) in einem internationalen Vergleich ermittelt hat, lassen sich Unterschiede zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Einkommensungleichheit nicht nur durch Einkommen und Vermögen, sondern auch durch soziales und kulturelles Kapital erklären. Bei einem internationalen Vergleich sind zudem gewisse Muster zu erkennen: Tendenziell wird die Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Ländern mit mehr Einkommensgleichheit, mehr materiellem Wohlstand, besseren Lebensbedingungen und weniger Langzeitarbeitslosigkeit von der Bevölkerung positiver wahrgenommen (Böhnke 2015, S. 7, Datenbasis: European Quality of Life Survey).

4.6 Befunde zu den Folgen gefühlter Ausgrenzung

Wie bereits Bude und Lantermann (2006, S. 247) ermittelt haben, wird soziales Engagement – im Sinne einer Bereitschaft zu und einer tatsächlichen Unterstützung anderer Menschen – nicht vom Vorhandensein objektiver Exklusion, sondern vielmehr vom subjektiven Gefühl fehlender gesellschaftlicher Teilhabe bestimmt. Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, „neigen zudem verstärkt zu resignativen oder fatalistischen Bewältigungsstrategien“ (ebda.) Die Autoren ermittelten zudem eine geringere Bereitschaft sich exkludiert fühlender Menschen zur Aneignung von neuem Wissen und neuen Kompetenzen.

Die jüngere politikwissenschaftliche Forschung hat vor allem auf Zusammenhänge zwischen (tatsächlicher und gefühlter) Exklusion und politischer Teilhabe hingewiesen. So haben Brenke und Kritikós (2017) ermittelt, dass sich generell vor allem jene Personen gänzlich vom Wählen abwenden, die sich stark benachteiligt fühlen und die vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten kaum an Einkommenszuwächsen beteiligt waren. Der Befund wird u.a. von einer Studie von Adriaans und Liebig (2018) gestützt. Ihren Ergebnissen zufolge gehen sowohl die wahrgenommene Ungerechtigkeit des eigenen Einkommens als auch Ungerechtigkeiten in der gesellschaftlichen Einkommensverteilung mit einem Rückzug am Arbeitsplatz und einen Verzicht auf politische Teilhabemöglichkeiten einher.⁴⁸ Von den Autor_innen entwickelte Regressionsmodelle belegten, dass Befragte, die in Bezug auf ihr eigenes Einkommen eine stärkere ungerechte Unterbezahlung identifizieren, auch stärkere Leistungszurückhaltung am Arbeitsplatz berichten und dass auch Kritik an besonders hohen Einkommen mit Leistungsreduktionen verbunden war. Weiterhin zeigte sich, dass die Einschätzung, unterbezahlt zu werden, auch die Wahrscheinlichkeit verringert, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen (ebda., S. 806).

Befunde von Belok und Faus (2017)⁴⁹ deuten ebenfalls an, dass subjektive Perspektiven auf die eigene materielle Lebenslage in Gegenwart und Zukunft in einem Zusammenhang mit Urteilen zur Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen stehen. Es zeigt sich in verschiedenen Milieus eine Koinzidenz zwischen Zukunftssorgen und einer gewissen Demokratieskepsis. Wie schließlich Vehrkamp und Wegschaider (2017, S. 60ff.) im Anschluss an die Bundestagswahl 2017 herausgearbeitet haben, hat die AfD in der Mittelschicht vor allem Sympathisanten unter denen, die sehr zukunfts skeptisch eingestellt sind. Vor allem aber haben Zukunftsängste in unteren sozialen Lagen das Votum für die AfD befördert.

Befunde von Elsässer, Hense und Schäfer (2016) weisen umgekehrt darauf hin, dass die Anliegen der unteren Schichten in der Politik nur wenig Gehör finden und die Politik in Deutschland – mehr noch als in den USA – den Interessen der Bessergestellten Vorrang einräumt: „Für den Zeitraum von 1998 bis 2013 finden wir einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Mehrheitsmeinung höherer Einkommensgruppen und den danach getroffenen politischen Entscheidungen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Armen. Dieses Muster ist besonders deutlich

⁴⁸ Datenquellen: SOEP sowie LINOS-Studie. Die LINOS-Studie (Legitimation of Inequality Over the life-Span) ist eine repräsentative Befragung von im Jahr 2011 sozialversicherungspflichtig beschäftigter Personen. Die Befragung wurde im Rahmen des DFG-Projektes „Strukturelle Bedingungen von Gerechtigkeitseinstellungen über den Lebensverlauf“ 2017 durchgeführt. Grundlage für die o.g. Auswertung waren Angaben von rund 2 400 Erwerbstätigen, die an der zweiten Welle der Befragung (LINOS-2) teilgenommen haben und zu ihren Gerechtigkeitseinstellungen befragt wurden (Adriaans und Liebig 2018).

⁴⁹ Ermittelt mit Hilfe einer CATI-Befragung.

ausgeprägt, wenn sich Befragte mit unterschiedlichem Einkommen in ihren politischen Meinungen unterscheiden. Auch die Präferenzen der Arbeiter_innen werden seltener umgesetzt als etwa die von Beamt_innen oder Selbstständigen“ (Elsässer et al. 2016, S. 10).

4.7 Zwischenfazit

Die datenbasierten Befunde aus der Forschung zeigen, dass die Wahrnehmung der eigenen Situation und die Wahrnehmung der allgemeinen Lage häufig auseinander fallen.

Insgesamt ist das Gefühl, persönlich sozial ausgegrenzt zu sein, in Deutschland weniger verbreitet als in vielen anderen europäischen Ländern. Dennoch sind wahrgenommene Ungerechtigkeiten und Defizite bezüglich der eigenen Situation aufgrund belegter gesellschaftlicher Folgen ein ernstzunehmendes Problem.

Es wird deutlich, dass Ausgrenzungsempfinden häufig auf soziale Benachteiligungen zurückzuführen ist, die arbeitsmarkt- und integrationspolitisch sowie wohlfahrtsstaatlich beeinflussbar sind: Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere in Verbindung mit niedriger Qualifikation, prekäre Erverbsverhältnisse oder Krankheit, die zu Perspektivlosigkeit führen können.

Weitere Forschungsbedarfe zeigen sich bezüglich des Zusammenhangs von Ausgrenzungserfahrungen und Institutionenskepsis, wobei sich letztere auch bei Personen zeigt, die ihre persönliche Situation besser als die allgemeine Situation einschätzen. Auch den Fragen, was als „gerechter Lohn“ angesehen wird und wie die Wahrnehmung der eigenen Situation vom jeweiligen sozialen Umfeld, aber auch von der Darstellung und Rezeption von Medienberichten abhängig und damit sozial konstruiert sind, wäre näher nachzugehen.

Politisch zu reflektieren sind die in wissenschaftlichen Studien nachgewiesenen Folgen des verbreiteten Gefühls, selbst zu schlecht für die eigene Arbeit entlohnt zu werden: neben einem Rückzug am Arbeitsplatz, der sich u.a. in verringerter Leistungsbereitschaft und Engagement äußert, wurde auch ein Rückzug aus der politischen Willensbildung (Stichwort Wahlbeteiligung) nachgewiesen. Selbst wenn die eigene Position nicht als ungerecht empfunden wird, führt die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung zu ähnlichen Reaktionen.

5. Erwartungen an den Sozialstaat

5.1 Einleitung

In diesem Kapitel werden die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Sozialstaat beschrieben, wie sie insbesondere in repräsentativen Umfragen erhoben werden. Wo dies möglich ist, werden Zeitreihen ausgewertet, da auf dieser Grundlage Veränderungen in den Erwartungen gut zu erkennen sind. Es wird zunächst auf die grundlegenden Erwartungen an den Sozialstaat eingegangen und anschließend an Einstellungen zur Umverteilung durch Steuern. In einem weiteren Unterabschnitt wird kurz auf zwei ausgewählte Handlungsfelder des Sozialstaates – Alterssicherung und Grundsicherung – eingegangen. Darüber hinaus wird zusammengetragen, was sich zur Entwicklung der Erwartungen sagen lässt. Ein kurzes Zwischenfazit fasst die zentralen Befunde dieses Abschnittes zusammen.

5.2 Grundlegende Erwartungen an den Sozialstaat

Erwartungen und Einstellungen der Bevölkerung zu den Systemen der sozialen Sicherung in Deutschland und Einschätzungen zu ihrer Leistungsfähigkeit werden seit langem und in unterschiedlichen Formen mit den Mitteln der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung erhoben (Ullrich 2002, 2008). Eine aktuelle Studie wurde 2016 von Heinrich et al. erstellt und von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben (Heinrich et al. 2016). Sie beruht auf einer repräsentativen telefonischen Befragung und stellt – insofern sie nicht Teil einer regelmäßig wiederholten Befragung ist – eine Momentaufnahme dar. Die Verfasser stellen heraus, dass „eine große Mehrheit der Deutschen (...) der Auffassung (ist), dass die soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile ein zu hohes Ausmaß angenommen hat und zudem negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung hat“ (ebda., S. 6).⁵⁰ Zu den weiteren Befunden gehört, dass sich der Sozialstaat einer großen Beliebtheit erfreut (ebda., S. 6). Die Zuständigkeit des Staates für die Absicherung von Risiken differiert je nach Risiko, wird aber unter den erfragten Risiken stets von mindestens zwei Dritteln der Befragten gesehen („den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern“, 67 Prozent) und bei der Alterssicherung und Gesundheitsversorgung praktisch flächendeckend dem Staat zugeschrieben („den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichern“, 94 Prozent; „gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherstellen“, 95 Prozent⁵¹). Die Sicherungsleistung des Sozialstaates wird aber teilweise kritisch gesehen. Jeweils etwa ein Viertel fühlt sich im Fall von Arbeitslosigkeit bzw. im Alter individuell „nicht gut gesichert“ (25 bzw. 27 Prozent, ebda., S. 20). Und während das Vertrauen in die ausgleichende Wirkung des Sozialstaates mit politischen Überzeugungen korrespondiert – das Vertrauen ist höher ausgeprägt bei Personen, die sich als links einschätzen – sind die Einschätzungen zum Ausmaß der sozialen Ungleichheit über politische Präferenzen hinweg sehr ähnlich (ebda., S. 18).

Zugleich ist die Bereitschaft der Befragten, durch zusätzliche Finanzierung – durch Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge – oder durch Leistungskürzungen an anderer Stelle dazu beizutragen, das gewünschte Sicherungsniveau zu erreichen, sehr begrenzt. Eine Erhöhung der Sozialbeiträge befürworten nur 31 Prozent der Befragten, eine höhere Kreditaufnahme des Staates nur 20 Prozent

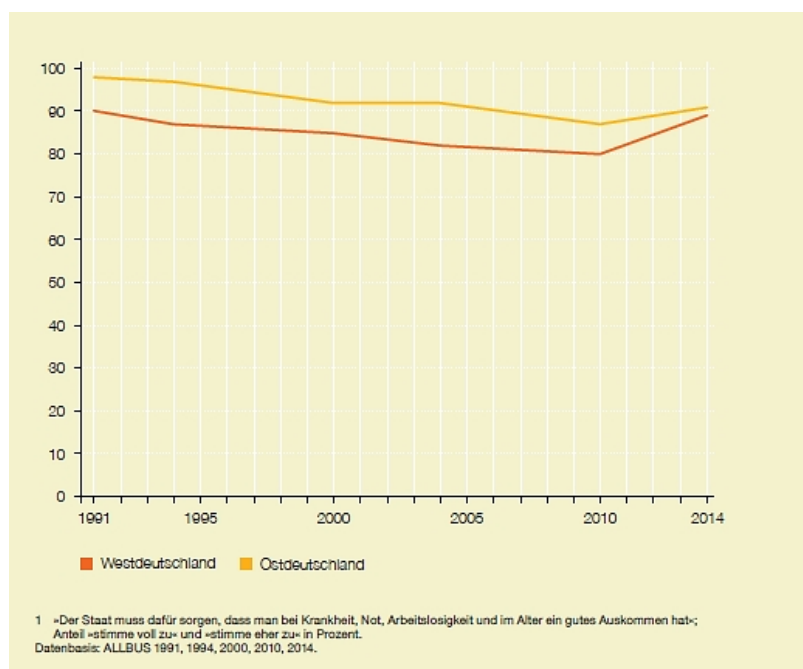
⁵⁰ Der Aussage „Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß“ stimmten 49 Prozent der Befragten „voll und ganz zu“ und weitere 33 Prozent „eher zu“ (ebda., S. 17).

⁵¹ Die Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der Befragten, die in den jeweiligen Punkten angegeben haben, dass „der Staat auf jeden Fall verantwortlich“ oder „verantwortlich“ sein sollte. Es wurden sieben Aufgabenfelder / Risiken erfragt; die drei oben genannten Aufgabenfelder sind die mit der niedrigsten bzw. höchsten Zustimmung.

und sozialstaatliche Kürzungen (an Stellen, die als weniger dringlich erachtet werden) sogar nur 17 Prozent der Befragten. Mehrheitliche Zustimmung finden lediglich höhere Vermögens- und Unternehmenssteuern (68 und 54 Prozent, ebda., S. 28).

Diese Ergebnisse sind eine aktuelle Momentaufnahme. Daten zur längerfristigen Entwicklung werden mit dem ALLBUS erhoben, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu verschiedenen Themen, die auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zum Sozialstaat umfassen. Im „Datenreport 2016“, der vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wird, wird der Befund, dass eine große Mehrheit den Staat in der Zuständigkeit für die soziale Absicherung sieht, auch in einer längerfristigen Perspektive bestätigt. In Westdeutschland sind dies über den Zeitraum 1991 bis 2014 hinweg zwischen 80 und 90 Prozent der Bevölkerung; in Ostdeutschland ist der Anteil ca. 5 Prozentpunkte höher. Bis 2010 entwickelte sich seit 1991 die Zustimmung in Ost und West auf sehr hohem Niveau leicht rückläufig; seit 2010 jedoch wieder steigend, und seit 2010 nähern sich die westdeutschen Zustimmungswerte den etwas höheren ostdeutschen Zustimmungswerten an (siehe Abbildung 4). Diese Entwicklung wird von den Autoren so gedeutet, dass „ganz offenbar (...) die Bürger auf die Leistungskürzungen und Abbaumaßnahmen temporär mit einer zumindest leichten Reduktion ihrer Ansprüche reagiert (haben). Die gegenläufige Entwicklung der Ansprüche nach 2010 markiert, dass die Bürger zu einer weiteren Anpassung ihrer Ansprüche nach unten nicht mehr bereit sind und die staatliche Verantwortung wieder stärker einfordern“ (Fuchs und Roller 2016, S. 412f.).

Abbildung 4: Zuständigkeit des Staates für soziale Absicherung 1991 bis 2014, in Prozent



Quelle: Fuchs und Roller 2016, S. 413.

Im Unterschied zur aktuellen Momentaufnahme von Heinrich et al. (2016) und zu der einfachen ALLBUS-Zeitreihe von Fuchs und Roller wurde mit dem vom BMAS geförderten Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat und seinen Teilsystemen in Deutschland“ unter Leitung von Wolfgang Glatzer und Alfons Schmid eine sehr komplexe Untersuchung vorgelegt, die in zahlreiche Veröffentlichungen eingeflossen ist (Zusammenfassung in: Glatzer und Becker 2008; Kurzfassungen bzw. einzelne Aspekte in: Glatzer und Schmid 2010, Krömmelbein und Nüchter 2006, Nüchter et al. 2010). Grundlage sind vier repräsentative Surveys in den Jahren 2005 bis 2010 sowie qualitative Trendanalysen und Gruppendiskussionen. Auch in diesem Projekt wird bestätigt, dass dem Staat die Hauptverantwortung für die soziale Sicherung durch die Bürgerinnen und Bürger zugeschrieben wird. 96 Prozent der Befragten sehen den Staat als „hauptverantwortlich“ oder „mitverantwortlich“ für die

soziale Sicherung an (Glatzer und Schmid 2010, S. 55). Eine Besonderheit dieser Studie besteht darin, dass neben dem Staat weitere Akteure nach ihrer Verantwortung für die soziale Sicherung eingeordnet werden. Dabei zeigt sich, dass sowohl Arbeitgebern als auch privaten Haushalten eine ungefähr gleich hohe und ebenfalls beträchtliche Zuständigkeit zugeschrieben wird (88 bzw. 86 Prozent sehen beide als „hauptverantwortlich“ oder „mitverantwortlich“). Allerdings sehen viel mehr Personen den Staat als hauptverantwortlich an, und weniger die Arbeitgeber. Der Anteil derjenigen, die den Staat als hauptverantwortlich ansehen, beträgt 59 Prozent und ist gegenüber Arbeitgebern und privaten Haushalten nur ungefähr halb so groß (26 bzw. 33 Prozent, ebda., S. 55). Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit differiert jedoch für die unterschiedlichen Zweige der Sozialversicherung (einschließlich Sozialhilfe und Grundsicherung für Erwerbsfähige). An der Spitze stehen Kranken- und Unfallversicherung, und am Ende steht die Grundsicherung für Erwerbsfähige und sogar noch dahinter die Rentenversicherung. 63 Prozent der Befragten haben „weniger“ oder „überhaupt kein Vertrauen“ in die Rentenversicherung (für 60 Prozent gilt dies gegenüber der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ebda., S. 56). Zu berücksichtigen ist, dass entsprechende Studienergebnisse immer im zeitlichen Kontext zu sehen sind. So gilt bspw. für die skizzierte Einschätzung zur Rentenversicherung, dass im Befragungszeitraum Leistungskürzungen und Beitragssatzsteigerungen erfolgten.

Die hohen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Staat als Hauptträger der sozialen Sicherung hängen nicht mit dem Wohlfahrtsstaatsmodell der Bundesrepublik zusammen, wie der internationale und insbesondere europäische Vergleich zeigt (Lippl 2008): In allen Ländern wird der Staat von der überwiegenden Mehrheit in der Hauptverantwortung gesehen, egal, ob es sich um liberale, konservative oder sozialdemokratische Regime-Typen des Wohlfahrtsstaates handelt. Neben diesen klassischen Regimetypen⁵² wird in der Untersuchung von Lippl außerdem ein mediterraner Regimetyp betrachtet (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal). Doch es gibt Unterschiede, und sie liegen in der erwarteten Richtung. Die Verantwortung des Staates wird in Staaten des liberalen Wohlfahrtsstaatsregimes etwas niedriger bewertet als in Staaten des konservativen und des sozialdemokratischen Regimetyps (und am höchsten im mediterranen Typ), aber in der Alterssicherung und Gesundheitsversorgung sind es auch in Staaten des liberalen Regimetyps über 93 Prozent – also nahezu alle – die die Hauptverantwortung beim Staat sehen (ebda., S. 21).⁵³ Zu Recht wird daher das Fazit gezogen: „Eine deutliche Abgrenzung der Bevölkerungsmeinungen zwischen den Wohlfahrtsregimes kann nicht gefunden werden. Zentral ist der Befund, dass sich in fast allen Ländern über die Zeit hinweg eine starke Zustimmung dafür findet, dass der Staat für die soziale Absicherung in Risikolagen zu sorgen habe. Dies gilt auch für die Verteilung des Wohlstands. Die Mehrheit der Bevölkerung traut den Marktkräften und ihren Verteilungsmechanismen offenbar nicht. Vielmehr wird es als Aufgabe des Staates angesehen, dass er in die Verteilung des Wohlstandes eingreift und soziale Ungleichheit dadurch mildert und abbaut“ (ebda., S. 4).⁵⁴

⁵² Diese Typologie geht ursprünglich auf Esping-Andersen zurück (Esping-Andersen 1990). Beispiele für liberale Wohlfahrtsstaaten sind USA, Großbritannien, Japan, für konservative Wohlfahrtsstaaten Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien und für sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und die Niederlande. In der zitierten Untersuchung von Lippl (2008) liegen der Typologie und der Zuordnung von Ländern zu den Typen außerdem eine Weiterentwicklung von Esping-Andersen 1999 sowie weitere Studien von Kohl 1993 und Lessenich 1995 zugrunde.

⁵³ Lediglich in der Sicherung bei Arbeitslosigkeit ist die Differenz nennenswert: 67 Prozent der Befragten sehen in Staaten des liberalen Typs den Staat in der Hauptverantwortung, gegenüber 88 Prozent im sozialdemokratischen Typ (ebda.).

⁵⁴ Dieses Ergebnis relativiert ein früheres Ergebnis desselben Autors, mit dem Einstellungsunterschiede in Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaatsmodell betont wurden: „Die Ergebnisse bestätigen, dass liberale Wohlfahrtsstaaten stärker durch eine individualistische Gerechtigkeitsideologie, sozialdemokratische durch die Ideologie eines stärker sozial ausgleichenden Staates und konservative Wohlfahrtsstaaten sowohl durch starken Individualismus als auch Etatismus getragen werden. Die Vielfalt unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Regimes spiegelt sich in den Einstellungen der Bevölkerung wieder“ Lippl 2000, S.1 (aus dem abstract), ähnlich derselbe Autor mit Daten der 1980er und 1990er-Jahre (Lippl 2003). Auch Taylor-Gooby und Martin 2010 zeigen für den deutsch-britischen Vergleich auf einer qualitativen Grundlage, dass die Erwartungen an den Sozialstaat mit den Strukturen des Sozialstaates korrespondieren und sich deshalb zwischen Ländern unterscheiden. Kohl (2013) hingegen bestätigt die neuere These von Lippl, dass die Erwartungen an den Sozialstaat ähnlich, aber die Einschätzungen zu seiner Leistungsfähigkeit verschieden sind.

Wohl aber gibt es deutliche Unterschiede in der attestierten Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherung: Die „Befürchtung, dass das Einkommen im Alter nicht ausreicht“, ist in Ländern des konservativen Wohlfahrtsstaatstyps verbreiteter als in Ländern des sozialdemokratischen Typs. Dies gilt speziell auch für die Bundesrepublik Deutschland, in der die Sorge vor Altersarmut den genutzten Daten zufolge verbreitet ist (ebda., S. 14).⁵⁵ Auch die Bewertung des Gesundheitswesens fällt nicht nur national verschieden aus, sondern differiert zwischen den Wohlfahrtsstaatstypen. Sie ist positiver in Staaten des sozialdemokratischen und konservativen Typs (Ausnahme bei letzterem: Deutschland mit einer eher negativen Bewertung durch die Bürgerinnen und Bürger) und negativ in Staaten des mediterranen Typs (Ausnahme bei letzterem: Spanien mit einer eher positiven Bewertung) (ebda., S. 10).

Dass im europäischen Vergleich in den Ansprüchen an den Staat eher die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede überwiegen, zeigen auch die Untersuchungen von van Oorschot zur „deservingness“ sozialer Leistungen, also zum Ausmaß, für wen und unter welchen Bedingungen Sozialleistungen als gerechtfertigt angesehen werden (van Oorschot 2006; siehe auch Roosma et al. 2014). Auf Grundlage der European Value Study zeigen sich deutliche Abstufungen zwischen Personengruppen, die soziale Unterstützung „verdienen“. An der Spitze stehen Ältere, dicht gefolgt von kranken und behinderten Menschen, gefolgt – in größerem Abstand, aber immer noch akzeptiert – von Arbeitslosen, und schließlich gefolgt von Immigranten, die als „least deserving of all“ erscheinen. Diese „Rangordnung“ findet sich in (nahezu) allen europäischen Ländern, aber das Ausmaß, in dem Sozialleistungen als gerechtfertigt angesehen werden, unterscheidet sich zwischen den Ländern. Der Wohlfahrtsstaatstyp differenziert hinsichtlich der Rangordnung nicht.

Die Ergebnisse aus dem internationalen Vergleich zeigen, dass die sehr hohe Zustimmung zur Hauptverantwortung für die soziale Sicherung in Deutschland ebenso wie abgestufte Einschätzungen zur Dringlichkeit, bestimmte Handlungsfelder zu bearbeiten und ausgewählte Personengruppen zu unterstützen, sowie kritische Einschätzungen zur Leistungsfähigkeit des Sozialstaates keine deutsche Besonderheit sind.

5.3 Einstellungen zur Umverteilung durch Besteuerung

In den meisten der oben referierten Studien zu den grundsätzlichen Erwartungen an den Sozialstaat werden auch Fragen zu seiner Finanzierung angesprochen. Auf Vorstellungen zur Gerechtigkeit und Präferenzen in der Besteuerung soll in diesem Abschnitt eingegangen werden.

Liebig und Mau haben untersucht, wann ein Steuersystem durch die Bevölkerung als gerecht empfunden wird (Liebig und Mau 2005). Sie zeigen zunächst, dass „die geltenden Prinzipien des derzeitigen Steuerrechts als weitgehend legitim angesehen werden“ (ebda., S. 468), was sich in einer hohen Zustimmung zur progressiven Besteuerung und zur Entlastung der Besteuerung aufgrund von Kindern ausdrückt (ebda., S. 479).⁵⁶ In einem zweiten Schritt untersuchen sie, wodurch die individuellen Bewertungen geprägt sind und unterscheiden zwei „Gerechtigkeitsmodelle“. Im ersten Modell werden Steuern als Leistung für staatliche Gegenleistungen gesehen. Im zweiten Modell werden Steuern als Beitrag zur Produktion kollektiver Güter gesehen. Die eigenen Beiträge werden im zweiten Modell in Relation zu den eigenen Ressourcen und in Relation zur Steuerlast anderer Personen gesehen. Empirisch wird vor allem das zweite Modell gestützt: „Die Ergebnisse zeigen, dass es weniger die Bewertung der staatlich bereitgestellten Leistungen in Relation zur eigenen Steuerlast ist, welche die Wahrnehmung einer gerechten Steuerlast beeinflusst, sondern eher die Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation und das Verhältnis der eigenen Steuerlast im Vergleich zu anderen. Dementsprechend sind es eben nicht die oberen Einkommensgruppen, die ihre Steuersituation als besonders ungerecht beurteilen“ (ebda., S. 468). Eher sind es Personen aus

⁵⁵ Grundlage dieser Auswertung von Lippl (2008) ist der European Social Survey von 2006.

⁵⁶ Die Analyse zeigt auch, wengleich weniger deutlich ausgeprägt, eine Zustimmung zur steuerlichen Entlastung aufgrund einer Ehe sowie eine Ablehnung der Besteuerung von Erbschaften (ebda.).

unteren (oder mittleren) Einkommensgruppen, die subjektiv wahrnehmen, dass besser gestellte Personen weniger besteuert werden, als ihrer Leistungsfähigkeit entspricht, was zu Gerechtigkeitsdefiziten in der Besteuerung führt.^{57, 58}

Die Frage nach den „Präferenzen“ im Steuersystem und zur „Abneigung gegenüber Ungleichheit“ (Schwarze und Härpfer 2007) wird in zahlreichen ökonomischen Aufsätzen thematisiert. So haben etwa Hayo und Neumeier herausgefunden, dass die Präferenzen zur Verwendung der Steuermittel entlang der individuellen wirtschaftlichen Situation, des wirtschaftlichen Sachverstands, des Vertrauens in die Politik, der eigenen politischen Ideologie und der Zeitpräferenz (der Bewertung künftiger Ereignisse im Vergleich zu aktuellen Ereignissen, also gewissermaßen der Geduld⁵⁹) abhängt (Hayo und Neumeier 2017). Zum Zeitpunkt der Befragung (2012) war der Anteil jener, die für Steuerkürzungen optierten, etwa doppelt so hoch wie der Anteil jener, die sich für eine höhere Besteuerung aussprachen (32 vs. 18 Prozent, ebda., S. 24). Die Autoren schränken in der Diskussion die Belastbarkeit ihrer Ergebnisse ein, indem sie auf eine mögliche Zeitgebundenheit ihrer Ergebnisse hinweisen (ebda., S. 24).⁶⁰

Henninghausen und Heinemann haben auf der Grundlage des ALLBUS mit Daten von 1999 für Deutschland die Motive untersucht, die hinter der Bewertung von Steuersystemen stehen (Henninghausen und Heinemann 2015).⁶¹ Sie stellen zunächst heraus, dass im internationalen Vergleich die Zustimmung zu progressiven Steuersystemen verbreitet ist. Sie ist am niedrigsten in Neuseeland (Zustimmung von ca. 62 Prozent der Bevölkerung) und am höchsten in Bulgarien (Zustimmung von 92 Prozent). In Deutschland ist die Zustimmung mit ca. 80 Prozent höher als in allen (einbezogenen) skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen), aber etwa auch Frankreich (ebda., S. 259).⁶² Sie finden weiterhin heraus, dass sich in Deutschland die individuellen Präferenzen in der Besteuerung nicht allein durch die eigenen wirtschaftlichen Interessen erklären lassen, sondern darüber hinaus aus Gerechtigkeitserwägungen und der wahrgenommenen Leistungsgerechtigkeit: Personen, die die bestehende Einkommensverteilung als gerecht und als Ergebnis von individueller Leistung ansehen, haben eine niedrigere Zustimmung zur progressiven Besteuerung.⁶³ Dies gilt für Personen aus niedrigen und hohen Einkommensgruppen (ebda., S. 275). Die Autoren folgern daraus, dass Steuerreformen die individuelle Anstrengungsbereitschaft nicht beschädigen sollten.⁶⁴

Die politischen Implikationen aus dieser Untersuchung sind naheliegend, aber sind die Befunde zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (15 Jahre nach der Erhebung) – und erst recht heute – noch aktuell? Eine aktuelle Erhebung bestätigt, dass sozioökonomische Merkmale und finanzielle Eigeninteressen

⁵⁷ Die Belastbarkeit ihrer Ergebnisse wird von Liebig und Mau recht zurückhaltend beurteilt, weil sie auf einer regional auf Berlin begrenzten postalischen Befragung mit letztlich 586 auswertbaren Antworten beruhen (ebda., S. 475). Gleichwohl sind die hier berichteten Ergebnisse statistisch robust.

⁵⁸ Weitere Arbeiten haben zu einer Skala zur Gerechtigkeitsbewertung im Steuersystem geführt (Basic Social Justice Orientations Scale, BSJO-Skala) (Hülle et al. 2018). Praktische Anwendungen zu dieser Skala liegen derzeit nicht vor.

⁵⁹ In der konkreten Untersuchung wurden die Teilnehmenden gebeten, sich (fiktiv) zwischen einer Auszahlung eines Geldbetrages jetzt oder eines höheren Geldbetrages in sechs Monaten zu entscheiden, und in einer zweiten Variante, sich zwischen der Auszahlung eines Geldbetrages in sechs Monaten und eines höheren Geldbetrages in 12 Monaten zu entscheiden (ebda., S. 13f.).

⁶⁰ Grundlage war das Sozio-oekonomische Panel.

⁶¹ In diesem Aufsatz werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst, die im zweiten Teil des Bandes von Heinemann et al. (2011) vorgestellt werden (S. 103-204)

⁶² Grundlage war das ISSP-Modul 'Social Inequality III', das 1999 erhoben und im ALLBUS implementiert wurde.

⁶³ Niehues (2014) zeigt in ihrer Untersuchung, dass es vielmehr die wahrgenommene Einkommensungleichheit (und ihre Bewertung) ist als die tatsächliche Einkommensungleichheit, die die steuerlichen Präferenzen beeinflusst. Dies ist logisch, weil eine andere als die wahrgenommene Ungleichheit nicht meinungsprägend sein kann. Interessant ist ihr Befund, dass die tatsächliche Ungleichheit und die Bewertung von Einkommensunterschieden als „zu hoch“ auseinanderklaffen, wie sie im internationalen Vergleich zeigt. Ihren Daten zufolge ist diese Kluft in Deutschland nicht groß, d.h. weder wird in Deutschland trotz tatsächlich geringer Ungleichheit die bestehende Ungleichheit als zu hoch bewertet (dies trifft etwa auf Ungarn und die Slowakei zu), noch werden hohe Ungleichheiten als nicht zu hoch bewertet (z.B. Großbritannien) (ebda., S. 13).

⁶⁴ Als Ergänzung zu dem Befund, dass die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen demnach gering ausgeprägt sind, lässt sich die Analyse von Kuhn (2013) lesen, der zufolge die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen in ihren „distributional norms“ (also Erwartungen an ein gerechtes Steuersystem) geringer sind als die Unterschiede zwischen ihnen hinsichtlich der wahrgenommenen Ungleichheit und den Erwartungen an den Staat. Grundlage sind – wie bei Henninghausen und Heinemann 2015 – Daten des ISSP aus den 1990er-Jahren.

keinen prägenden Einfluss auf die Finanzierungspräferenzen des Sozialstaates haben (Bandau et al. 2017). Sie bestätigt weiterhin den Stellenwert, den Wertorientierungen haben. Im Mittelpunkt der aktuellen Untersuchung steht aber nicht der Stellenwert von Leistungsgerechtigkeit, sondern die Beurteilung der (wahrgenommenen) Ungleichheit. Mit wachsender Unzufriedenheit über die soziale Ungleichheit erhöht sich die Bereitschaft zu höheren Einnahmen für den Sozialstaat. Die Möglichkeiten hierzu werden nicht in erster Linie in einer höheren individuellen Besteuerung gesehen (also einem höheren Steuersatz oder einer stärkeren Progression) als vielmehr in höheren Steuern für Unternehmen (Zustimmung von 54 Prozent der Befragten) und für große Vermögen (68 Prozent). Alle anderen Finanzierungsoptionen (höhere Erbschaftsteuern, höhere Beiträge zur Sozialversicherung, Erhöhung der Einkommenssteuer, höhere Kreditaufnahme des Staates, Leistungskürzungen) fanden keine Mehrheit (ebda., S. 8).

5.4 Ausgewählte Handlungsfelder: Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung

In den meisten bisher referierten Studien werden die Erwartungen der Bevölkerung zur Verantwortungsteilung in der Sicherung von Risiken zwischen Bürgern und Staat (und weiteren Akteuren) und zur Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherung für verschiedene Handlungsfelder differenziert erfasst. Doch nur wenige Studien gehen tatsächlich in die Tiefe und untersuchen unterschiedliche Politikfelder differenziert. Es werden im Folgenden zwei sozialpolitische Handlungsfelder gewählt, in denen einer aktuellen Befragung zufolge die Zuständigkeit des Staates entweder sehr deutlich oder in nur moderatem Ausmaß gesehen wird, nämlich die Rentenversicherung (94 Prozent der Befragten sagten, dass der Staat auf jeden Fall verantwortlich oder eher verantwortlich ist) und die Arbeitslosenversicherung (67 Prozent) (Heinrich et al. 2016, S. 22 [siehe auch oben]).

Nüchter und Schmid (2012) haben drei Aspekte in den Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung untersucht: die aktuellen Leistungen (2008), die Einschätzung der eigenen Absicherung und die Akzeptanz von Funktionsprinzipien und Reformideen. Sie fanden u.a. heraus, dass die aktuellen Leistungen der Arbeitslosenversicherung von 54 Prozent der Befragten als „eher gut“ bzw. „gut“ bewertet wurden (entsprechend von 46 Prozent als „eher schlecht“ und „schlecht“), und dass der Anteil derjenigen, die die Leistungen positiv bewerten, mit steigendem Einkommen zunahm (ebda., S. 131). In der multivariaten Auswertung war der Zusammenhang zum Einkommen jedoch nicht mehr signifikant; als signifikant erwiesen sich dann grundlegende Wertevorstellungen. Personen mit egalitären Einstellungen bewerteten das Leistungsniveau schlechter als solche mit individualistischen Einstellungen. Die Autoren folgerten deshalb: „Kosten-Nutzen-Erwägungen allein liefern demnach keine hinreichende Erklärung für die Einschätzung der Absicherungsgüte durch das Arbeitslosengeld. Vielmehr wird das Urteil von der Vorstellung der Menschen geprägt, wie eine gerechte Gesellschaft aussehen soll; allerdings unterschiedlich je nach Gerechtigkeitsnorm“ (ebda., S. 132). Die „eigene Absicherung“ wird mehrheitlich skeptisch bewertet (42 Prozent „eher gut“ oder „gut“), und in diesem Aspekt erweist sich die Einkommenssituation auch multivariat als statistisch signifikant (bessere Absicherung mit steigendem Einkommen, ebda., S. 134).⁶⁵ Es wurde außerdem die Zustimmung zu einigen Reformmaßnahmen erfragt. Ein längeres Arbeitslosengeld für Ältere – zum Befragungszeitpunkt war es nach der Kürzung im Zuge der Hartz-Reformen wieder auf maximal 24 Monate verlängert worden – wurde überwiegend (54 Prozent) zustimmend bewertet; in der multivariaten Analyse wurde dies insbesondere von Älteren und Personen mit egalitären Einstellungen begrüßt. Eine Streichung der Leistung bei der Ablehnung von Arbeitsangeboten wurde von 30 Prozent der Befragten befürwortet und insbesondere von Langzeitarbeitslosen abgelehnt. Die

⁶⁵ Stark negativ ist die Einschätzung zur eigenen Absicherung bei Selbstständigen, was erwartungskonform ist, da Selbstständige nicht pflichtversichert sind und nur die wenigsten Selbstständigen tatsächlich gegen Arbeitslosigkeit versichert sein dürften.

ansonsten kürzere Ergebnisdarstellung in Nüchter et al. (2010) aus demselben Projekt zeigt – unter Verzicht auf multivariate Analysen – eine mehrheitliche Zustimmung für das Streichen des Arbeitslosengeldes bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit (60 Prozent, ebda., S. 107) und zu einer permanenten Kontrolle⁶⁶ (80 Prozent, ebda., S. 109). Eine aktuelle repräsentative Umfrage bestätigt, dass nur eine Minderheit von 32 Prozent dafür ist, dass „die meisten Sanktionen (...) abgeschafft werden (sollen), unter anderem für Arbeitslose unter 25 Jahren“ (infratest dimap 2019, Folie 11); 62 Prozent sprachen sich dagegen aus.⁶⁷ Eine wichtige Rolle für die Bewertung speziell der Sanktionen spielt, wer befragt wird: „Arbeitslose sowie Personen, die bereits einmal Arbeitslosengeld II bezogen haben, nennen deutlich geringere Sanktionshöhen als Beschäftigte sowie Personen, die noch nie auf Grundsicherung angewiesen waren“ (Abraham et al. 2018, S. 1).

Anders als Nüchter und Schmid (2012), die auf der Grundlage eines bevölkerungsrepräsentativen Surveys untersucht haben, haben Heinemann et al. (2011) Experimente⁶⁸ zugrunde gelegt, um zu ermitteln, wovon die Bewertung von Arbeitsmarktreformen abhängt, und wie sich diese zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheidet. Es zeigte sich, dass – für Beschäftigte und Arbeitslose gleichermaßen – Fairnessaspekte in den Arbeitsmarktreformen wichtiger waren als Effizienzaspekte. Es war also wichtiger, ob die Reformen als gerecht im Sinne der Leistungsgerechtigkeit, Gleichheit und Bedürftigkeit bewertet werden als die Frage, ob sie – insbesondere – die Lage der Arbeitslosen verbessert haben. Es wurde außerdem deutlich, dass „Experten den Reformen nicht nur eine höhere Problemlösungsfähigkeit (Effizienz) zubilligen, sondern die Reformen auch in allen drei Gerechtigkeitskategorien (Equity, Equality and Need) für gerechter halten als ökonomische Laien“ (ebda., S. 65).

Nüchter et al. (2008) haben im Rahmen ihres Projektes auch die Einstellungen zur Rentenversicherung untersucht. Sie bestätigten zunächst vorliegende Befunde, dass das Äquivalenzprinzip in der Gesetzlichen Rentenversicherung – dass höhere Beiträge zu höheren Renten führen – breit akzeptiert ist.⁶⁹ Über 90 Prozent in West- und Ostdeutschland (gemeinsame Werte werden nicht ausgewiesen) stimmten dem zu (ebda., S. 105). Allerdings gibt es Zweifel an der „Generationengerechtigkeit“, da in alternden und demographisch schrumpfenden Gesellschaften sich vielfach die aktuellen Erwerbstätigen überfordert sehen (so auch das Ergebnis von Goerres und Prinzen 2014 auf der Grundlage von Gruppendiskussionen).⁷⁰ Trotz einer breiten Akzeptanz des Systems wird auch hier die finanzielle Absicherung im Alter mehrheitlich als eher schlecht oder schlecht beurteilt (63 bzw. 65 Prozent der Befragten in West- bzw. Ostdeutschland, ebda., S. 107),⁷¹ und es gibt einen sehr breiten Konsens, dass sich der Lebensstandard der Rentner_innen verschlechtern wird (88 Prozent sagen, dass er künftig „etwas“ oder „viel niedriger“ sein wird, ebda., S. 108). Dazu steht im Widerspruch, dass die eigene Lage durchaus nicht dramatisch beurteilt wird, und der Anteil der Personen, die ihre eigene Absicherung im Alter als „eher gut“ oder „gut“ beurteilt, zwischen 1998 und 2006 sogar eher noch gestiegen ist (von 53 auf 56 Prozent, ebda., S. 109). Auch 2016 fühlten sich 27 Prozent der Befragten (bei leicht veränderter Fragestellung und nur drei

⁶⁶ „Volle Zustimmung“ oder „eher Zustimmung“ zu der Feststellung „Es ist nötig, Leistungsbezieher permanent zu kontrollieren, um den massenhaften Missbrauch von Sozialleistungen zu bekämpfen“ (ebda.).

⁶⁷ Die Frage wurde mit Blick auf einen entsprechenden Vorschlag der SPD in der sozialpolitischen Diskussion gestellt. Unter den SPD-Anhängern war die Zustimmung etwas höher als in der Gesamtbevölkerung (41 Prozent) (ebda., Folie 12).

⁶⁸ Die Experimente bestanden im Ausfüllen von Fragebögen zu verschiedenen Fairness- und Effizienzeinschätzungen zu Arbeitsmarktreformen durch Befragte, von denen zugleich zahlreiche soziodemographische und Persönlichkeitsmerkmale (durch Selbstauskunft) erhoben wurden. Die Fragebögen wurden systematisch variiert, etwa indem unterschiedliche Kontextinformationen zu den Gegenständen der Befragung gegeben wurden oder Frageformulierungen teilweise neutraler und teilweise empathischer gehalten wurden. Es wurde dann danach gefragt, ob diese experimentellen Veränderungen im Fragebogen einen Niederschlag in den Antworten fanden.

⁶⁹ Franke und Simonson (2018) fanden hingegen über 20 Prozent unter den Älteren (40 bis 85 Jahre), die das äquivalenzorientierte Rentensystem mehr oder weniger deutlich ablehnten. Unter ihnen sind überdurchschnittlich viele Personen mit Sorgen vor Statusverlust, die auf eine deutlich stärkere Umverteilung innerhalb der Rente orientieren. Datenquelle ist der Deutsche Alterssurvey.

⁷⁰ In welchem Maße Alterung und Schrumpfung tatsächlich die Rentenfinanzen bedrohen, ist unter Experten umstritten. Siehe etwa Fuest (2007) und Kistler (2006).

⁷¹ Gefragt wurde nach der finanziellen Absicherung „in der heutigen Zeit“ allgemein und nicht bezogen auf die individuelle Lage.

Antwortmöglichkeiten) „gut gesichert“, 43 Prozent „gerade ausreichend“ und 27 Prozent „nicht gut gesichert“ (Heinrich et al. 2016, S. 20).

Der Reformbedarf in der Rentenversicherung wird von der überwiegenden Mehrheit gesehen, aber ähnlich wie bei der Finanzierung des Sozialstaates insgesamt treffen auch rentenpolitische Reformvorhaben auf Vorbehalte (hierzu auch ausführlich Schrenker 2009, Prinzen 2016). Im Jahr 2006 sprachen sich 49 Prozent der Befragten dafür aus, die Rentenhöhe beizubehalten, selbst wenn dafür Beiträge und Steuerzuschüsse erhöht werden müssten. Im Jahr 2001 waren dies noch 66 Prozent, die die Rentenhöhe stabil halten wollten. Umgekehrt sprachen sich 2006 41 Prozent für Beitragsstabilität selbst um den Preis niedriger Renten aus; die Zustimmung hierzu ist seit 2001 leicht gestiegen (von 34 Prozent). Konstant einhellig abgelehnt wurde die Anhebung des Rentenalters: Nur 17 Prozent (2001: 18 Prozent) waren dafür (Nüchter et al. 2008, S. 112).

5.5 Entwicklung der Erwartungen

Obwohl Einstellungen zum und Erwartungen an den Sozialstaat seit langem erhoben werden, liegt kaum Literatur mit Zeitreihen hierzu vor, und Daten, die unabhängig voneinander zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben wurden, lassen sich nicht ohne weiteres zueinander in Beziehung setzen. Ein erster zentraler Befund zum Einstellungswandel enthält die oben zitierte Abbildung 4. Demnach hat die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung in den 1990er-Jahren stetig abgenommen, ist aber seit 2010 wieder auf das Niveau vom Anfang der 1990er-Jahre angestiegen, wobei sich Westdeutschland an Ostdeutschland angenähert hat, wo die Zustimmung zur staatlichen Zuständigkeit stets ausgeprägter war. Es ist zu betonen, dass sich diese Entwicklung auf einem sehr hohen Niveau an Zustimmung vollzogen hat; zu keinem Zeitpunkt stimmten selbst in Westdeutschland weniger als 80 Prozent der staatlichen Verantwortung zu. Gleichwohl lässt sich diese Zeitreihe als eine moderate Zustimmung zum Rückzug des Staates aus der sozialen Absicherung deuten, wie sie mit der aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vollzogen wurde (Fay 1996, Martin 1998, OECD 1996, OECD 2003). Ab 2010 gibt es jedoch einen Meinungsumschwung, der mit dem Befund korreliert, dass die Ungleichheit als „zu hoch“ bewertet wird (vgl. Kapitel 3 der vorliegenden Expertise).

Das oben dargestellte Forschungsprojekt „Einstellungen zum Sozialstaat und seinen Teilsystemen in Deutschland“ hat sich, wie oben dargestellt, in den Jahren 2005 bis 2010 eine eigene Datenbasis geschaffen, in einem eigenständigen Beitrag jedoch auch längerfristige Trends untersucht (Glatzer und Becker 2008). Hier zeigt sich – ohne dass die in Abbildung 4 dargestellten Trends in ihren exakten Werten zu erkennen wären – dass die Zufriedenheit ausgehend von hohen Werten in den 1980er Jahren (ca. 7 auf einer Skala von 0 bis 10) in den 1990er-Jahren gesunken (ca. 6,5) und zum Beobachtungszeitpunkt (2005) erneut zurückgegangen ist. In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit noch einmal niedriger ausgeprägt (ca. 5,5 im Westen, ca. 5,0 im Osten; ebda., S. 2416). Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist jedoch stabil hoch und im Beobachtungszeitraum sogar leicht gestiegen. Glatzer und Becker halten fest, „dass die Gesellschaft sich mit höherer Kontinuität entwickelt, als wir das auf der Grundlage öffentlicher Debatten annehmen“ (ebda., S. 2422).^{72, 73}

⁷² Dass die Ausstattung mit materiellen Gütern stabil hoch ist, wird auch durch die Untersuchung von Gutfleisch und Andreß (2018) auf Grundlage des GESIS-Panels und des PASS im Vergleich der Jahre 2006/07 und 2016 bestätigt. Unter den 28 Merkmalen des Lebensstandards lassen sich aber nur wenige unmittelbar einem Gestaltungsfeld der Sozialversicherung zuordnen, und deren Bedeutung ist im Zeitverlauf gestiegen: „Die medizinischen Behandlungen, die rezeptfreien Medikamente oder auch die Heizung sind in der Notwendigkeitsbewertung leicht nach oben gerutscht, während beispielsweise das Auto (...) oder auch das Bad an Bedeutung verloren haben“ (ebda., S. 4).

⁷³ Eine Allensbach-Untersuchung zeigt eine zwischen 2007 und 2010 sprunghaft gestiegene Attraktivität des Sozialstaates (Institut für Demoskopie Allensbach 2010, S. 15). Die Autoren führen dies auf Erfahrungen in der Bewältigung der Finanzkrise zurück, die in Deutschland weniger Spuren als in anderen Ländern hinterlassen hat (ebda.). Denkbar wäre auch, dass das in dieser Zeit einsetzende wachsende Bewusstsein über zu starke Ungleichheiten das Interesse am Sozialstaat gestärkt hat. Die Frageformulierung nach der Attraktivität lässt offen, ob damit das Interesse an sozialstaatlichen Leistungen oder die Zufriedenheit mit ihnen erfragt wird.

5.6 Zwischenfazit

Die vorliegenden Studien zeigen eine überwältigende Zustimmung für die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung, die in der Bevölkerung der Bundesrepublik seit der Vereinigung (1990) durchgängig bei mindestens 85 Prozent lag. Die Auffassung, dass der Staat zuständig dafür ist, grundlegende arbeitsmarktbezogene Risiken abzusichern, ist nach Handlungsfeldern abgestuft. Sie ist sehr hoch in der Alters- und Krankenversicherung, also bezogen auf das Risiko, aufgrund eines hohen Alters oder aufgrund von Krankheit nicht mehr arbeiten zu können. Sie ist demgegenüber schwächer ausgeprägt in der Grundsicherung.

Die demoskopischen Umfragen zeigen recht stabil weiterhin eine nur begrenzte Bereitschaft, neue Spielräume für die Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen zu erschließen. Abgelehnt werden Steuer- und Beitragserhöhungen, Staatsverschuldung und Leistungskürzungen. Noch am ehesten deutet sich eine Unterstützung für höhere Unternehmens- und Erbschaftssteuern bzw. für die Einführung einer Vermögenssteuer an.

Die Konstanz dieser Meinungen ist höher als es die öffentlichen Debatten erscheinen lassen. Zwar lässt sich über die 1990er Jahre und die Jahre bis 2010 eine leicht rückläufige Unterstützung für den Sozialstaat feststellen. Sie lag aber auch dann bei mindestens 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, in Ostdeutschland war sie stets höher. Seit etwa 2012 wird der Sozialstaat wieder stärker unterstützt. Die Zustimmung aus der westdeutschen Bevölkerung beläuft sich auf ca. 90 Prozent und hat damit wieder das Niveau vom Anfang der 1990er Jahre (früheste hier ausgewertete Studie) erreicht und sich im Übrigen dem Niveau in der ostdeutschen Bevölkerung angeglichen. Es liegt nahe, in dieser Entwicklung einen ursächlichen Zusammenhang zur Wahrnehmung der Ungleichheit in der Gesellschaft und langfristigen Trends in der Sozialpolitik zu vermuten: einer gewissen Akzeptanz von Sozialstaatsreformen in den 1990er Jahren, die Leistungskürzungen mit sich brachten, aber eine erneuerte Wertschätzung des Sozialstaates angesichts einer steigenden Ungleichheit, die zunehmend als übermäßig hoch bewertet wurde (vgl. Kapitel 3). Diese Veränderungen der öffentlichen Meinung im Zeitverlauf bewegen sich aber, wie dargestellt, vor dem Hintergrund einer grundsätzlich sehr verbreiteten Zustimmung zur Zuständigkeit des Sozialstaates für die Absicherung von arbeitsmarktbezogenen Risiken. Trotz der hohen Konstanz ist festzuhalten, dass für aktuelle Einschätzungen der Zeitbezug der Daten, auf die sich aktuelle Debatten stützen, wichtig ist. Wie die Auswertung der Studien gezeigt hat, hinken wissenschaftliche Veröffentlichungen den Erhebungszeitpunkten um mehrere Jahre hinterher. Ein Zeitverzug von sieben bis zehn Jahren ist nicht ungewöhnlich. Zwar gibt es insbesondere von den großen Umfrageinstituten Momentaufnahmen – die oft von politischen Parteien in Auftrag gegeben werden – doch diese Momentaufnahmen lassen sich schwerer in mittelfristige Entwicklungen einordnen und gehen selten über eine Beschreibung bivariater Zusammenhänge hinaus.

Hervorzuheben ist weiterhin ein Ergebnis aus einer experimentellen Studie, dem zufolge Expertenmeinung und Laienmeinung über Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten in der Sozialpolitik auseinanderklaffen. Ob deshalb eine bessere Vermittlung der Expertenpolitik in die Bevölkerung hinein oder bessere Formen der Bürgerbeteiligung an der Politikentwicklung (oder beides) erforderlich ist, lässt sich jedoch auf Grundlage dieser Kurzexpose nicht beantworten. Die Literaturrecherche macht deutlich, dass das BMAS in den Jahren 2005 bis 2010 umfangreiche Datenerhebungen und komplexe Auswertungen zu den „Einstellungen im Sozialstaat“ gefördert hat. Mehrere Veröffentlichungen dieses Projektes sind in die vorliegende Kurzexpose eingegangen. Eine Aktualisierung dieser Studie könnte sinnvoll sein, um die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Ungleichheit, ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung und den damit zusammenhängenden Erwartungen an den Sozialstaat auf eine robuste empirische Grundlage zu stellen.

6. Fazit

Übereinstimmend weisen zahlreiche Studien darauf hin, dass weniger die tatsächliche Ungleichheit als vielmehr die *Wahrnehmung* von Ungleichheit und ihre Interpretation als Ungerechtigkeit in Deutschland zentral für Zufriedenheit und gesellschaftliche Teilhabe ist. Wie die Auswertungen der vorliegenden Daten verdeutlicht haben, hat sich nicht nur die Wahrnehmung von Ungleichheit seit der Wiedervereinigung – wenn auch nicht linear über den gesamten Zeitraum und in allen Bevölkerungsgruppen – verstärkt, sondern auch die Akzeptanz von gesellschaftlicher Ungleichheit.

Schon in den späten 1990er Jahren hat Doris Lucke die Frage aufgeworfen, ob veränderte Akzeptanzlandschaften typisch für Gesellschaften im Umbruch sind, möglicherweise Grenzen der Legitimation im Spätkapitalismus und Sozialstaat definieren und zu einer Legitimitätskrise führen können (Lucke 1996: 481). Nicht wenige der ausgewerteten Studien deutet darauf hin, dass sich die deutsche Gesellschaft gegenwärtig in einer solchen Krise befindet. Es bedarf allerdings weiterer Forschung zu der Frage, welche Faktoren zu den teilweise zu diagnostizierenden Diskrepanzen zwischen der tatsächlichen und der wahrgenommenen Entwicklung gesellschaftlicher Ungleichheit beitragen. Denn trotz intensiver gesellschaftlicher Debatten und mehr oder weniger kontinuierlichen Meinungsumfragen lässt die vorliegende Auswertung vorhandener Umfragen auch erkennen, wo gegenwärtig Lücken in der Forschung bestehen.

Die **Datengrundlagen** sind überwiegend punktuell und geben kaum bzw. in nur wenigen Aspekten Aufschluss über längerfristige Veränderungen. Sinnvoll wären wiederholte Befragungen und besser noch Panelstudien, also wiederholte Befragungen identischer Personen. Bei den **Auswertungen** sind, wie sich in dieser Literaturstudie zeigte, die Tiefe und Differenziertheit der Auswertung oftmals unzureichend. Nur wenige Studien differenzieren etwa nach sozialer Lage; noch weniger nutzen multivariate Auswertungsmethoden und intersektionale Auswertungsmöglichkeiten. Letztlich ist zu vermuten, dass das dominante **Forschungsdesign** von standardisierten Meinungsumfragen auf Grenzen stößt. Forschungsdesigns, die Experimente und Beobachtungen (statt Umfragen nutzen), die qualitative Elemente einbeziehen und mit mixed-methods-Ansätzen quantitative und qualitative Methoden miteinander verknüpfen, könnten geeignet sein, die hier beschriebenen Forschungslücken zu schließen und die scheinbaren Widersprüche in den empirischen Befunden, insbesondere zwischen der wirtschaftlichen Lage und der Verunsicherung in der Bevölkerung, aufzuklären.

7. Anhang: Vorgehen bei der Literaturrecherche

Bei der Literaturrecherche wurde nach folgenden Schlagworten gesucht:

Germany / Deutschland

Gerechtigkeit / Exklusion / Teilhabe / Gleichheit / Ungleichheit / Verteilung / Ausgrenzung / Fairness

Justice / Injustice / Equality / Inequality / exclusion / welfare state / social policy / fairness

Akzeptanz / Wahrnehmung, wahrgenommen / gefühlt / Empfinden, empfunden / subjektiv / Unsicherheit / Angst

Acceptance / Perception, perceived / subjective

Wohlfahrtsstaat / Sozialstaat / Sozialpolitik

Es wurde in folgenden Datenbanken gesucht:

SSOAR (<https://www.gesis.org/ssoar/home/>)

SSRN (<https://www.ssrn.com/en>)

IAB Infoplattform (<https://infosys.iab.de/infoplattform>)

Sozialpolitik Aktuell (<http://www.sozialpolitik-aktuell.de>)

IDEAS (<https://ideas.repec.org>)

ALLBUS Bibliographie 2017 und 2018 (<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/56996>)

SOEP Lit (<https://data.soep.de/soep-core/publ>)

Google Scholar

Diese Titel wurden einer ersten Sichtung unterzogen. Insgesamt 119 Titel wurden als geeignet identifiziert. Nicht alle dieser Titel wurden letztlich in die Expertise einbezogen; die Expertise enthält eine Überblicksdarstellung mit einer spezifischen Argumentation und keine Annotation aller vorhandenen Literatur. Weitere Titel wurden über Zitationen der verarbeiteten Literatur gewonnen und genutzt.

Literaturverzeichnis

Abraham, Martin; Rottmann, Miriam; Stephan, Gesine (2018): Sanktionen in der Grundsicherung: Was als gerecht empfunden wird. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nürnberg (IAB-Kurzbericht, 19/2018).

Achatz, Juliane; Wenzig, Claudia (Hg.) (2008): Subjektive Wahrnehmung von Wohlfahrtsgewinnen und -verlusten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Einführung des SGB II. Kongress „Die Natur der Gesellschaft“. Frankfurt am Main: Campus Verl. Online verfügbar unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/18248>.

Adriaans, Jule; Liebig, Stefan (2018): Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen. In: DIW Wochenbericht 85 (37), S. 801-807. Online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.597899.de/18-37-1.pdf.

ALLBUS (diverse Wellen): Die allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften, GESIS Datenarchiv Köln. Online verfügbar unter <https://www.gesis.org/allbus/download/> (letzter Zugriff: 15.11.2018).

Ausschuss.-Drs. 18(11)1100 (2017): Materialien zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 19. Juni 2017 zum fünften Armuts- und Reichtumsbericht. Zusammenstellung der schriftlichen Stellungnahmen. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/510040/246673edbb37674d6e0772522f21926b/material-zusammenstellung-data.pdf>.

Bach, Stefan (2018): Steuerreformen: Mehr Progression gegen zunehmende Ungleichheit. WSI-Mitteilungen 71(5), S. 425-426.

Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. In: Politikberatung kompakt, No. 114, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

Bandau, Frank; Lübker, Malte; Rixen, Thomas (2017): Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen. Bonn: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (gute gesellschaft - gute demokratie #2017plus). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13494.pdf>.

Becker, Irene (2017): Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend? In: WSI-Mitteilungen 70 (2), S. 98-107. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/wsimit_2017_02_becker.pdf.

Belok, Felicitas; Faus, Rainer (2017): Kartographie der politischen Landschaft in Deutschland. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die wichtigsten Ergebnisse in Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung 8. Bonn: FES.

Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo (2017): Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus. In: Leviathan 45 (2), S. 192-220.

Bode, Ingo; Lüth, Ralf (2018): Der unruhige Blick nach vorn. Zukunftsangst und Institutionenskepsis im Lichte neuerer empirischer Befunde. In: Sigrid Betzelt und Ingo Bode (Hg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat: Kritische Blicke auf ein diffuses System: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 369-394. Online verfügbar unter <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845288079-369/der-unruhige-blick-nach-vorn-zukunftsangst-und-institutionenskepsis-im-lichte-neuerer-empirischer-befunde>.

Böhnke, Petra (2014): Determinanten und Entwicklung subjektiv wahrgenommener Teilhabechancen. In: Martina Löw (Hg.): Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen

Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012, Frankfurt/M.–New York 2014 (CD-ROM).

Böhnke, Petra (2015): Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2015, S. 18-25. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/201647/wahrnehmung-sozialer-ausgrenzung?p=all>.

Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten (2017): Wachsende Ungleichheit in der Prosperität. Einkommensentwicklung 1984 bis 2015. In: IAQ-Forschung 03/2017.

Brenke, Karl; Kritikos, Alexander S. (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: DIW-Wochenbericht 29/2017.

Bude, Heinz; Lantermann, Ernst-Dieter (2006): Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2), S. 233-252. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s11575-006-0054-1>.

Bundesagentur für Arbeit (2018): Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen 2017. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesagentur für Arbeit (2019a): Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (Monatszahlen). Arbeitsmarkt in Zahlen. Online verfügbar unter <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitslose-und-gemeldetes-Stellenangebot/Arbeitslose/Arbeitslose-Nav.html> (letzter Zugriff: 03.03.2019).

Bundesagentur für Arbeit (2019b): Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2004 bis 2019. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> (letzter Zugriff: 03.03.2019).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Kernaussagen. Berlin: BMAS. Online verfügbar unter www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Kernaussagen_Dritter_Armutsbericht.pdf.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin: BMAS. Online verfügbar unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a306-5-armuts-und-reichtumsbericht.html>.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2019): Sechster Armuts- und Reichtumsbericht. Erstes Symposium am 12. Februar 2019. Online verfügbar unter https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/erstes-symposium-arb6-praesentation-fazlic.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Burkhardt, Christoph; Grabka, Markus M.; Groh-Samberg, Olaf; Lott, Yvonne; Mau, Stefan (2013): Mittelschicht unter Druck? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Cremer, Georg (2018): Deutschland ist gerechter, als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme. München: C.H.Beck.

Cremer, Georg (2019): Fallstricke der Armutsdebatte. In: ifo Schnelldienst 72 (10), S. 27-33. Online verfügbar unter <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2019-10-cremer-armutsdebatte-2019-05-23.pdf>.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): DGB Verteilungsbericht 2018: Löhne, Mieten, Steuern – Schiefelage beseitigen! Berlin: DGB Bundesvorstand.

Diermeier, Matthias; Goecke, Henry; Niehues, Judith; Thomas, Tobias (2017): Impact of inequality-related media coverage on the concerns of the citizens: DICE Discussion Paper. Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/162781/1/893307378.pdf>.

- Edlund, Jonas; Bechert, Insa; Quandt, Markus (2017): Social Inequality in the eyes of the Public: A Collection of Analyses Based on ISSP Data 1987 - 2009. Köln: GESIS (GESIS Schriftenreihe). Online verfügbar unter https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/57225/ssoar-2017-edlund_et_al-Social_Inequality_in_the_Eyes.pdf?sequence=3.
- Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Bonn: BMAS. Online verfügbar unter https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Engelhardt, Carina; Wagener, Andreas (2016): What do Germans think and know about income inequality? A survey experiment. In: ECINE Working Paper 389/2016. Online verfügbar unter <https://econpapers.repec.org/paper/inqinqwps/ecineq2016-389.htm>.
- Engelhardt, Carina; Wagener, Andreas (2018): What do Germans think and know about income inequality? A survey experiment. In: Socio-Economic Review 16 (4), S. 743-767. DOI: 10.1093/ser/mwx036.
- Erlinghagen, Marcel (2008): Self-Perceived Job Insecurity and Social Context. A Multi-Level Analysis of 17 European Countries. European Sociological Review 24, S. 183-197.
- Erlinghagen, Marcel (2010): Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (44), S. 1-4. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-214026>.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Social foundations of postindustrial economies. New York: Oxford University Press.
- Faik, Jürgen; Becker, Jens (2009): Wohlstandspolarisierung, Verteilungskonflikte und Ungleichheitswahrnehmungen in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/bitstream/10419/150802/1/diw_sp0256.pdf.
- Fay, Robert G. (1996): Enhancing the Effectiveness of Active Labour Market Policies: Evidence from Programme Evaluations in OECD Countries. Paris: OECD (Occasional papers 18).
- Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Suchta, Jan-Philipp (2017): Lebenszufriedenheit und ihre Verteilung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. In: IFO Schnelldienst 70 (9), S. 19-30.
- Franke, Janna; Simonson, Julia (2018): Social Justice Beliefs Regarding Old-Age Provisions in Germany: A Latent Profile Analysis. In: Social Justice Research 31 (2), S. 182-205. DOI: 10.1007/s11211-018-0305-x.
- Fuchs, Victor R. (1967): Redefining poverty and redistributing income. In: The Public Interest (8), S. 88-95.
- Fuchs, Johannes; Roller, Edeltraud (2016): Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2016: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Berlin: DIW, S. 407-416. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016.pdf?__blob=publicationFile.
- Fuest, Clemens (2007): Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht? Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik. Freiburg (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 07/3).

Gerlitz, Jean-Yves; Mühleck, Kai; Schrenker, Markus; Scheller, Percy (2012): Justice Perception in Times of Transition: Trends in Germany, 1991–2006. In: *European Sociological Review* 28 (2), S. 263–282. DOI: 10.1093/esr/jcq062.

Glatzer, Wolfgang; Becker, Jens (2008): Sozialstaatliche Einstellungen zwischen Kontinuität und Wandel: Ergebnisse des Sozialstaatssurveys 2005. In: Juliane Achatz und Claudia Wenzig (Hg.): *Subjektive Wahrnehmung von Wohlfahrtsgewinnen und -verlusten von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Einführung des SGB II*. Kongress „Die Natur der Gesellschaft“. Frankfurt am Main: Campus Verl, S. 2411–2423.

Glatzer, Wolfgang; Becker, Jens; Bieräugel, Roland; Hallein-Benze, Geraldine; Nüchter, Oliver; Schmid, Alfons (2008): Einstellungen zum Reichtum: Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, A381). Frankfurt: Universität Frankfurt am Main; Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323262>.

Glatzer, Wolfgang; Schmid, Alfons (2010): Wie stehen die Deutschen zum Sozialstaat? Die soziale Sicherung in der Wahrnehmung und Beurteilung der Bevölkerung. In: *Forschung aktuell* 2/2010, S. 54–57.

Goerres, Achim; Prinzen, Katrin (2014): Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf Sozialstaat und Generationenverhältnisse in einer alternden Gesellschaft. Eine Analyse von Gruppendiskussionen. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 60 (1), S. 83–107. DOI: 10.1515/zsr-2014-0106.

Götte, Sebastian (2015): Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „ARB Survey 2015“. Berlin: BMAS.

Grabka, Marcus M. (2014): Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an, *DIW Wochenbericht* 40/2014, S. 959–966.

Grabka, Marcus M.; Goebel, Jan (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. In: *DIW Wochenbericht* 4/2017, S. 71–82.

Grabka, Markus M.; Goebel, Jan; Schröder, Carsten; Schupp, Jürgen (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. In: *DIW Wochenbericht* 18/2016, S. 391–402.

Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag/Springer.

Gundert, Stefanie; Hohendanner, Christian (2014): Do Fixed-Term and Temporary Agency Workers Feel Socially Excluded? Labour Market Integration and Social Well-Being in Germany. In: *Acta Sociologica* 57 (2), S. 135–152.

Gutfleisch, Tamara; Andreß, Hans-Jürgen (2018): Ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben: Welche Merkmale gehören nach Ansicht der Bevölkerung zum notwendigen Lebensstandard? In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* (59), S. 1–7. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.15464/isi.59.2018.1-7>.

Hasberg, Ruth (2016): Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit: Deutschland und die USA im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter https://www.springer.com/gp/book/9783658141974?wt_mc=ThirdParty.SpringerLink.3.EPR653.About_eBook#otherversion=9783658141981.

Hayo, Bernd; Neumeier, Florian (2017): Public Preferences for Government Spending Priorities: Survey Evidence from Germany. In: *German Economic Review*, First published: 23 October 2017 (0). DOI: 10.1111/geer.12149.

Heinemann, Friedrich; Hennighausen, Tanja; Traut-Mattausch, Eva; Kocher, Martin; Jonas, Eva; Frey, Dieter (2011): Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemen. Baden-Baden: Nomos (ZEW Wirtschaftsanalysen - Schriftenreihe des ZEW- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, 100).

Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. (2016): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates: Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland. Bonn: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (gute gesellschaft - soziale demokratie #2017plus). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12648.pdf>.

Hennighausen, Tanja; Heinemann, Friedrich (2015): Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes Toward Progressive Taxation. In: German Economic Review 16 (3), S. 255-289. DOI: 10.1111/geer.12050.

Hirseland, Andreas; Ramos Lobato, Philipp (2014): „Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln“. Zur Neupositionierung von Hilfeempfängern im aktivierenden Sozialstaat. In: SWSRundschau, 54 (2), S. 181-200.

Hirseland, Andreas (2016): Gefühlte Mitte – prekäre soziale Selbstverortung von Grundsicherungsbeziehenden. In: WSI-Mitteilungen 69 (5), S. 365-372. DOI: 10.5771/0342-300X-2016-5-365.

Hülle, Sebastian; Liebig, Stefan; May, Meike Janina (2018): Measuring Attitudes Toward Distributive Justice: The Basic Social Justice Orientations Scale. In: Social Indicators Research 136 (2), S. 663-692. DOI: 10.1007/s11205-017-1580-x.

IAQ (2018): Entwicklung der strukturbereinigten Bruttolohnquote 1995 – 2017. In: Sozialpolitik-aktuell.de. Online verfügbar unter http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII54.pdf (letzter Zugriff: 03.03.2019).

IAW (2016): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung). Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

IAW und ZEW in Zusammenarbeit mit IZA und Biewen, Martin (2016): Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

infratest dimap (2019): ARD-Deutschland TREND Februar 2019. Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der tagesthemen. Hamburg: Norddeutscher Rundfunk. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-1521.pdf>

Institut für Demoskopie Allensbach (2010): Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010: Erkenntnisse aus repräsentativen Trendfortschreibungen. Online verfügbar unter https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7472_Soziale_Marktwirtschaft.pdf.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2015): Niedriglohnbeschäftigung 2013: Stagnation auf hohem Niveau. In: IAQ-Report 03/2015.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2018): Niedriglohnbeschäftigung 2016- beachtliche Lohnzuwächse im unteren Lohnsegment, aber weiterhin hoher Anteil von Beschäftigten mit Niedriglöhnen. In: IAQ-Report 6/2018.

Kistler, Ernst (2006): Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird. München: Hanser.

Klammer, Ute (2018): Armut und Prekarität als politische Gefahr? In: Deutsche Rentenversicherung (4), S. 367–385.

- Klenner, Christina; Menke, Katrin; Pfahl, Svenja (2012): Flexible Familienernährerinnen. Moderne Geschlechterarrangements oder prekäre Konstellationen? Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Kohl, Jürgen (1993): Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersens "The Three Worlds of Welfare Capitalism". In: Zeitschrift für Sozialreform 39, S. 67–82.
- Kohl, Jürgen (2013): Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Koppetsch, Cornelia (2018): Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung. In: WSI-Mitteilungen 5/2018, Schwerpunkttheft Dynamiken sozialer Ungleichheit, S. 382–391.
- Krömmelbein, Silvia; Nüchter, Oliver (2006): Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung: Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (36), S. 1-6. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.15464/isi.36.2006.1-6>.
- Kuhn, Andreas (2013): Inequality perceptions, distributional norms, and redistributive preferences in East and West Germany. In: German Economic Review 14 (4), S. 483-499. DOI: 10.1111/j.1468-0475.2012.00577.x.
- Kuhn, Andreas (2015): The Individual Perception of Wage Inequality: A Measurement Framework and Some Empirical Evidence. Bonn: IZA (Discussion Paper No. 9579).
- Kuhn, Andreas (2016): The subversive nature of inequality: Subjective inequality perceptions and attitudes to social inequality. In: CESifo Working paper Series (6023). Online verfügbar unter <https://ssrn.com/abstract=2829308>.
- Lang, Gert (2017): Zur Akzeptanz sozialer Ungleichheit: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur gesellschaftlicher Kohärenz. Online verfügbar unter <https://www.springer.com/de/book/9783658149949>.
- Lebuhn, Henrik; Holm, Andrej; Junker, Stephan; Neitzel, Kevin (2017): Wohnverhältnisse in Deutschland–eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“. Berlin/Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Lejeune, Constanze; Gordo, Laura Romeu; Simonson, Julia (2017): Einkommen und Armut in Deutschland: objektive Einkommenssituation und deren subjektive Bewertung. In: Katharina Mahne, Julia K. Wolff, Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer (Hg.): Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS). Wiesbaden: Springer, S. 97-110. Online verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-12502-8_6.
- Lengfeld, Holger (2017): Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand: Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels 1991-2016. Leipzig (Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie). Online verfügbar unter <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A16246/attachment/ATT-0/>.
- Lengfeld, Holger; Ordemann, Jessica (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. In: Zeitschrift für Soziologie (46), S. 167-184. Online verfügbar unter <https://www.degruyter.com/view/j/zfsoz.2017.46.issue-3/zfsoz-2017-1010/zfsoz-2017-1010.xml>.
- Lessenich, Stephan (1995): Wohlfahrtsstaatliche Regulierung und die Strukturierung von Lebensläufen: Zur Selektivität sozialpolitischer Interventionen. In: Soziale Welt 46 (1), S. 51–69.
- Liebig, Stefan; Mau, Steffen (2005): Wann ist ein Steuersystem gerecht? In: Zeitschrift für Soziologie 34 (6), S. 468-491. Online verfügbar unter <https://www.degruyter.com/view/j/zfsoz.2005.34.issue-6/zfsoz-2005-0607/zfsoz-2005-0607.xml>.
- Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen (2007): Gerechtigkeitsprobleme im Wohlfahrtsstaat: Besteuerung, wohlfahrtsstaatliche Transfers und die Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens. Berlin: DIW

- (Discussion Papers 690). Online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.57334.de/dp690.pdf
- Liebig, Stefan; Schupp, Jürgen (2008): Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht. In: DIW Wochenbericht 75 (31), S. 434-440. Online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.87970.de/08-31-1.pdf.
- Lippl, Bodo (2000): „Welten der Gerechtigkeit“ in „Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes“: Welche Einkommensgerechtigkeit nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? Berlin: ISJP (Arbeitsbericht 59).
- Lippl, Bodo (2003): Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit und Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in wohlfahrtsstaatlichen Regimes: Analysen mit dem ISSP 1987, 1992 und 1999. In: Jutta Allmendinger (Hg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Arbeitsbericht Nr. 82A. Opladen: Leske + Budrich.
- Lippl, Bodo (2008): Klare Mehrheiten für den Wohlfahrtsstaat: Gesellschaftliche Wertorientierungen im internationalen Vergleich (Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn). Bonn (WISO Diskurs: Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik).
- Lucke, Doris (1996): Grenzen der Legitimation. Zum Strukturwandel der Akzeptanz. In: Clausen, Lars (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt/Main: Campus, S. 473-483.
- Martin, John (1998): What Works Among Active Labour Market Policies. Evidence from OECD Countries' Experiences. In: OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers 35.
- Mau, Steffen; Heuer, Jan-Ocko (2017): Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum: Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Bonn: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (gute gesellschaft - soziale demokratie #2017 plus). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12516.pdf>.
- Mielke, Ralf (2000): Divergierende Wahrnehmungen der eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage privater Haushalte. In: Zeitschrift für Familienforschung 12 (2), S. 71-89. Online verfügbar unter https://www.etracker.com/lncnt.php?et=qPKGYV&url=https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/29110/ssoar-zff-2000-2-mielke-divergierende_wahrnehmungen_der_eigenen_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-zff-2000-2-mielke-divergierende_wahrnehmungen_der_eigenen_und.pdf.
- NDR (2019): Bekommen wir, was wir verdienen? Online verfügbar unter <https://www.ndr.de/themenwoche/gerechtigkeit/Stimmungsbild-Gefuehlte-Gerechtigkeit-in-Deutschland-,gefuehltegerechtigkeit100.html>.
- Niehues, Judith (2014): Subjective perceptions of inequality and redistributive preferences: An international comparison. In: Cologne Institute for Economic Research, IW-TRENDS Discussion Paper (2). Online verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2014/175257/Ungleichheitswahrnehmung_IW-Trends.pdf.
- Niehues, Judith (2016): Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich. In: Wirtschaftsdienst 96 (1), S. 13-18. DOI: 10.1007/s10273-016-1945-9.
- Niehues, Judith (2017): Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut. Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze. IW-Trends, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 44 (3), S. 115-135.
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan (2012): Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht. Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in

Deutschland. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 48, S. 6-11. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.15464/isi.48.2012.6-11>.

Nüchter, Oliver; Bieräugel, Roland; Schippers, Florian; Glatzer, Wolfgang; Schmid, Alfons (2008): Einstellungen zum Sozialstaat II: Akzeptanz der sozialen Sicherung und der Reform der Renten- und Pflegeversicherung 2006. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich (Frankfurter Reihe "Sozialpolitik und Sozialstruktur", Band 2).

Nüchter, Oliver; Bieräugel, Roland; Glatzer, Wolfgang; Schmid, Alfons (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich (Frankfurter Reihe "Sozialpolitik und Sozialstruktur", Band 5).

Nüchter, Oliver; Schmid, Alfons (2012): Eine subjektive Dimension der Arbeitsmarktpolitik: Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Deutschland. In: Silke Bothfeld, Werner Sesselmeier und Claudia Bogedan (Hg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 127–146. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-00145-2_10.

OECD (1996): The OECD Jobs Strategy. Enhancing the effectiveness of active labour market policies. Paris: OECD Publishing.

OECD (2003): Benefits and Employment, Friend or Foe? Interactions between Passive and Active Social Programmes. In: OECD (Hg.): OECD Employment Outlook 2003. Towards More and Better Jobs. Paris: OECD Publishing, S. 171–235.

Paritätischer Gesamtverband (2017): Schriftliche Stellungnahme zum Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In: Ausschussdrucksache18(11)1100, S. 45-59. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/510040/246673edbb37674d6e0772522f21926b/material/zusammenstellung-data.pdf>.

Paritätischer Gesamtverband (2018): Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin: Der Paritätische Gesamtverband. Online verfügbar unter https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/2018_armutsbericht.pdf.

Paul, Karsten; Zechmann, Andrea; Moser, Klaus (2016): Psychologische Folgen von Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit. In: WSI-Mitteilungen 5/2016, S. 373-380.

Poppitz, Philipp (2016): Does self-perceptions and income inequality match? The case of subjective social status. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, IMK Macroeconomic Policy Institute (IMK Working Paper). Online verfügbar unter http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_173_2016.pdf.

Prinzen, Katrin (2016): Attitudes Toward Intergenerational Redistribution in the Welfare State. In: Karsten Hank und Michaela Kreyenfeld (Hg.): Social Demography Forschung an der Schnittstelle von Soziologie und Demografie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 349-370. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-11490-9_15.

Roosma, Femke; van Oorschot, Wim; Gelissen, John (2014): The weakest link in welfare state legitimacy: European perceptions of moral and administrative failure in the targeting of social benefits. In: *International Journal of Comparative Sociology* 55 (6), S. 489-508. DOI: 10.1177/0020715214565932.

RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) (2016): Risiken atypischer Beschäftigungsformen für die berufliche Entwicklung und Erwerbseinkommen im Lebensverlauf. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Sachweh, Patrick; Sthamer, Evelyn (2016): Gerechtigkeitsempfinden. Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener

- Ungerechtigkeit. In: Bertelsmann-Stiftung, Kai Unzicker (Hg.): Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann, S. 207-251.
- Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert; Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schneck, Stefan (2013): My Wage is Unfair! Just a Feeling or Comparison with Peers? Kiel/Hamburg: Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft. Online verfügbar unter https://www.econstor.eu/bitstream/10419/70096/1/DP_Schneck_2013.pdf.
- Schneider, Helena (2018): Wahrgenommene Lohngerechtigkeit in Deutschland. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 44 (3), S. 357-378.
- Schöb, Ronnie (2017): Ungleichheit und Zufriedenheit-Anmerkungen zur Ungleichheitsdebatte. In: Ifo Dresden Bericht 24 (4), S. 32-35.
- Schöneck, Nadine M.; Mau, Steffen; Schupp, Jürgen (2011): Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegsorgen der Bevölkerung in Deutschland. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, No. 428. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.392115.de/diw_sp0428.pdf.
- Schrenker, Markus (2009): Warum fast alle das deutsche Rentensystem ungerecht finden, aber trotzdem nichts daran ändern möchten. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 61 (2), S. 259-282. DOI: 10.1007/s11577-009-0053-x.
- Schröder, Martin; Vietze, Florian (2015): Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen. In: Zeitschrift für Soziologie 44 (1), S. 42-62.
- Schwarze, Johannes; Härpfer, Marco (2007): Are people inequality averse, and do they prefer redistribution by the state? Evidence from German longitudinal data on life satisfaction. In: The Journal of Socio-Economics 36 (2), S. 233-249. DOI: 10.1016/j.socec.2005.11.047.
- Shamon, Hawal (2014): Ist mein Einkommen gerecht? In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 66 (3), S. 397-423. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s11577-014-0281-6>.
- Smith Ochoa, Christopher; Yildiz, Taylan (2019): Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Ungleichheitsdiskurs. Hans-Böckler-Stiftung. Working Paper Forschungsförderung, 121. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_121_2019.pdf.
- Spannagel, Dorothee (2018): Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. WSI-Verteilungsbericht 2018. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut (WSI). In: WSI-Report 43/2018. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_43_2018.pdf.
- Statista (2018): Dossier „Armut in Deutschland“. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/studie/id/50108/dokument/armut-in-deutschland/> (letzter Zugriff: 15.11.2018).
- Statistisches Bundesamt (2019): Höhe der Lohnquote in Deutschland von 1991 bis 2017 (Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens). Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/30461/umfrage/hoehe-der-lohnquote-in-deutschland/> (letzter Zugriff: 03.03.2019).
- Sthamer, Evelyn; Brülle, Jan; Opitz, Lena (2013): Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland. Soziale Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen. In: ISS-aktuell 19/2013.

Taylor-Gooby, Peter; Martin, Rose (2010): Fairness, Equality and Legitimacy: A Qualitative Comparative Study of Germany and the UK. In: *Social Policy & Administration* 44 (1), S. 85-103. DOI: 10.1111/j.1467-9515.2009.00701.x.

Thomsen, Stephan; von Haaren-Giebel, Friederike; John, Katrin; Thiel, Hendrik (2016): Risiken verschiedener atypischer Beschäftigungsformen für die berufliche Entwicklung und das Erwerbseinkommen im Lebensverlauf. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Ullrich, Carsten G. (2002): Methodische Ansätze der Akzeptanzforschung im Bereich der Sozialversicherung. In: *Deutsche Rentenversicherung* 57 (9-10), S. 523–535.

Ullrich, Carsten G. (2008): Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: *Journal of European Social Policy* 16 (1), S. 23-42. DOI: 10.1177/0958928706059829.

Vehrkamp, Robert; Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wagner, Eva (1996): Ist soziale Ungleichheit gerecht? Wahrnehmungen und Bewertungen im Ost-West-Vergleich. In: Walter Müller (Hg.): *Soziale Ungleichheit: Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik*, Bd. 9. Opladen: Leske + Budrich (Sozialstrukturanalyse), S. 139-167.

Wasmer, Martina; Blohm, Michael; Walter, Jessica; Jutz, Regina; Scholz, Evi (2017): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2014. GESIS Papers 2017/20.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation - gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist - nicht zum Weiterverkauf bestimmt.

Alle Rechte einschließlich der fotomechanischen Wiedergabe und des auszugsweisen Nachdrucks vorbehalten.